

# KOMMUNAL

Offizielles Organ des Österreichischen Gemeindebundes

Wir sind  
Österreich

2 · 2010

## THEMA

Änderungen im Wahlrecht: Kuverts  
nur noch mit Lasche ▶ 22

## PRAXIS

Kommunale Beleuchtung: Wieviel  
Licht braucht der Mensch? ▶ 56

## CHRONIK

Umfrage zum „Bürgermeisteramt“:  
Wie die Jugend diesen Job sieht ▶ 74



## THEMA

# Wozu in die Ferne schweifen,

wenn das Gute liegt so nah?  
Die Industriellenvereinigung  
hat mit ihren Forderungen  
nach einer Halbierung der  
Gemeinden das Prinzip der  
Bürgernähe nicht verstan-  
den. KOMMUNAL bringt, was  
die Menschen wollen und  
die Bürgermeister denken.

SEITE 10

**Raiffeisen  
Meine Bank**



**Wenn's um Gemeinde-Finanzierungen  
geht, ist nur eine Bank meine Bank.**

Nur wer in der gleichen Region lebt, weiß auch wirklich, was der Gemeinde wichtig ist und kann auf ihre Bedürfnisse eingehen. Und genau deshalb ist Raiffeisen der beste Partner für alle Finanzierungen öffentlicher Investitionsvorhaben. [www.raiffeisen.at](http://www.raiffeisen.at)

## Eine klare Mehrheit der Bürger gegen die Zusammenlegung

# Ja zur Zusammenarbeit

Die Diskussion reißt nicht ab: Vor allem Vertreter der Industriellenvereinigung bringen sich mit ihrer Forderung nach Gemeindegemeinschaften ins Gerede. Wir scheuen diese Debatte auch nicht, weil wir die Argumente abwägen und auch die Menschen, die wir vertreten, in diese Debatte mit einbeziehen wollen. Die Fakten sprechen ja eine ganz klare Sprache. Die Zahl der Mitarbeiter der Gemeinden pro tausend Einwohner steigt mit der Größe. Während Gemeinden bis 2500 Einwohner mit acht Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern pro tausend Einwohner auskommen, brauchen Städte über 20.000 Einwohner fast dreimal soviel, nämlich 20. Die kleinen Gemeinden investieren wesentlich mehr, sie sind in den Entscheidungen viel schneller, in der Verwaltung sparsamer und erhalten aus dem gemeinsamen Steuertopf viel weniger Geld pro Einwohner als die Großen. Dass in den kleinen, überschaubaren Einheiten der Bürger keine anonyme Nummer, sondern ein wertvolles Mitglied einer lebenden Gemeinschaft ist, dürfte auch bekannt sein. Aber all das wollen die Wichtigtuer, die jetzt die Chance sehen, einmal in die Medien zu kommen, nicht zur Kenntnis nehmen.

Deshalb ist es gut, dass auch die Bevölkerung zu diesem Thema befragt wird, wie dies kürzlich in Oberösterreich geschehen ist. In einer repräsentativen Umfrage des Landes haben sich zwei Drittel gegen und ein Drittel für die Zusammenlegung von Gemeinden ausgesprochen. Überraschend ist, dass der Anteil der Gegner bei der Altersgruppe bis 29 Jahre und der Frauen überdurchschnittlich hoch ist. Das bringt klar zum Ausdruck, dass sich die jungen Menschen wesentlich stärker mit ihren Gemeinden identifizieren und dass die Frauen mit ihrem Gefühl genau wissen, was sie an ihrer Gemeinde haben. Ein ermutigen-

des Signal für die gesamte Kommunalpolitik, weil immer wieder behauptet wird, dass sich die jungen Menschen und die Frauen nur wenig um die Politik kümmern.

Und noch ein Ergebnis dieser Umfrage ist für die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sehr erfreulich: 89 Prozent der Bevölkerung ab 16 Jahren sagen, dass die Bürgermeister und die Gemeindepolitik sehr gute bzw. gute Arbeit leisten. Dieser Wert hat sich innerhalb eines Jahres um fünf Prozent erhöht und wird wiederum bei der Gruppe der 16- bis 29-Jährigen mit 91 Prozent Zustimmung überschritten. Das ist ein Zeugnis, von dem sowohl die Landes- als auch die Bundespolitik nur träumen kann. Es ist auch der Lohn für die großartige Arbeit, die von den Gemeindeführern geleistet wird.

Natürlich hat sich eine überwältigende Mehrheit der Befragten für die verstärkte Zusammenarbeit der Gemeinden ausgesprochen. Daran werden wir weiter arbeiten, aber auch hier gibt es Grenzen, nämlich dort, wo diese Zusammenarbeit teurer kommt als Einzellösungen und den Bürgerinnen und Bürgern mehr Nachteile als Vorteile bringt. Aber ein altes Sprichwort lautet, dass Not erfinderisch macht. Und die meisten Gemeinden befinden sich in einer enormen Finanznot. Den Verantwortungsträgern wird nicht nur Erfindungsgeist, sondern auch Mut und Ideenreichtum abverlangt. Diese Eigenschaften wünsche ich mir nicht nur von den Gemeindeführern, sondern auch von unseren Partnern auf Landes- und Bundesebene.



Helmut Mödlhammer  
Präsident des Österreichischen  
Gemeindebundes

89 Prozent der Bevölkerung ab 16 Jahren sagen, dass die Bürgermeister und die Gemeindepolitik sehr gute bzw. gute Arbeit leisten. Das ist ein Zeugnis, von dem sowohl die Landes- als auch die Bundespolitik nur träumen kann. Es ist auch der Lohn für die großartige Arbeit, die von Gemeindeführern geleistet wird.

*Helmut Mödlhammer*

## THEMEN

## Gemeindebund

- 10 Wozu in die Ferne schweifen? Denn sieh', das Gute liegt so nah! Frei nach Goethe hat KOMMUNAL die Meinungen der BürgermeisterInnen zur abstrusen Idee „Zwangszusammenlegung“ eingeholt
- 17 Das Arbeitsprogramm 2010 des Gemeindebundes: Ein Jahr voller Herausforderungen steht an
- 19 KOMMUNAL-Kolumne: Zählen Sie einmal, wer im Ort welche Bahnübergänge braucht
- 22 Postdienstleistungen: Flächendeckende und dauerhafte Versorgung ist wichtig
- 24 WiR-Gala: 1151 eingereichte Projekte zeigen die Kreativität der Wirtschaft in den Gemeinden

## Recht &amp; Verwaltung

- 20 Änderungen im Wahlrecht: Kuverts nur mit Lasche
- 52 Geschwindigkeitsüberwachung: Gemeinden fordern „Recht auf Radar“

## Finanzen

- 26 Getränkesteuer: Drei Fallgruppen sind relevant
- 46 Welchen Wert hat das kommunale Versorgungsunternehmen? Unternehmensbewertung bei Preisregulierung

## Europapolitik

- 28 Ausschuss der Regionen mit neuer Führungsspitze: Mercedes Bresso und Ramón L. V. Siso gewählt
- 29 Antrittspressekonferenz: EU-Kommissar Hahn für flexiblere Regionen und angreifbare EU



## Impressum

## Herausgeber:

Österreichischer Gemeindebund,  
Löwelstraße 6, 1010 Wien

## Medieninhaber:

Österreichischer  
Kommunal-Verlag GmbH.,  
Löwelstr. 6, 2. Stock, 1010 Wien,  
Tel. 01/532 23 88,  
Fax 01/532 23 77,  
E-Mail:

[kommunalverlag@kommunal.at](mailto:kommunalverlag@kommunal.at)

## Geschäftsführung:

Mag. Michael Zipmer

[www.kommunal.at](http://www.kommunal.at)

## Redaktion:

Mag. Hans Braun - DW 16 (Leitung)  
[hans.braun@kommunal.at](mailto:hans.braun@kommunal.at)  
Mag. Helmut Reindl - DW 15  
[helmut.reindl@kommunal.at](mailto:helmut.reindl@kommunal.at)  
Julya Pollak - DW 37  
[julya.pollak@kommunal.at](mailto:julya.pollak@kommunal.at)  
Tel.: 01/532 23 88

## Anzeigenberatung:

Tel.: 01/532 23 88  
Mag. Sabine Brüggemann - DW 12  
[sabine.brueggemann@kommunal.at](mailto:sabine.brueggemann@kommunal.at)  
Mag. Alexander Palaschke - DW 14  
[alexander.palashke@kommunal.at](mailto:alexander.palashke@kommunal.at)

Patrizia Poropatits - DW 30  
[patrizia.poropatits@kommunal.at](mailto:patrizia.poropatits@kommunal.at)

## Grafik:

Ernst Horvath  
[ernst.horvath@kommunal.at](mailto:ernst.horvath@kommunal.at)

## Fotos:

[www.bilderbox.at](http://www.bilderbox.at); [www.photos.com](http://www.photos.com)

## Redaktionsbeirat:

Mag. Ewald Buschenreiter  
(Verbandsdirektor der sozialdemokratischen Gemeindevertreter NÖ)

Mag. Dr. Elisabeth Dearing  
(Bundeskanzleramt)

Mag. Nicolaus Drimmel  
(Österreichischer Gemeindebund)

Dr. Gustav Fischer  
(BM für Land- und Forstwirtschaft,  
Umwelt und Wasserwirtschaft)

Mag. Michael Girardi  
(BM für Inneres)

Mag. Petra Hafner (BM für  
Unterricht, Kunst und Kultur)

Mag. Wolfgang Hiller (Leiter des  
Informationsbüros des Europäischen  
Parlaments für Österreich)

Dr. Robert Hink (Generalsekretär des  
Österreichischen Gemeindebundes)

Dr. Clemes Hüffel (BM für  
Wissenschaft und Forschung)

Daniel Kosak (Pressereferent des  
Österreichischen Gemeindebundes)

Robert Lender (BM für  
Wirtschaft & Jugend)

Ing. Manfred Lamplmair (BM  
für Landesverteidigung & Sport)

Mag. Susanne Metzger (BM für  
Verkehr, Innovation und Technik)

Bgm. Helmut Mödlhammer  
(Präsident des Österreichischen  
Gemeindebundes)

Mag. Georg Möstl  
(BM für Wirtschaft)

Eduard Olbrich (BM für Soziales  
und Konsumentenschutz)

Mag. Johannes Pasquali  
(BM für Finanzen)

Prof. Dietmar Pilz (Finanzexperte des  
Österreichischen Gemeindebundes)

Mag. Bianca Pörner (BM für Inneres)

Adina Reumüller (Vertretung der  
Europäischen Kommission, Wien)

Mag. Christian Rupp  
(Geschäftsführer IKT-Board im BKA)

Univ.-Prof. Dr. Reinbert Schauer  
(Johannes-Kepler-Universität Linz)

Mag. Christian Schneider  
(Landesgeschäftsführer des GVV der VP-NÖ)

Ges. Dr. Harald Stranzl (BM für Europ.  
und Internationale Angelegenheiten)

Dagmar Strobel (Bundesministerium  
für Frauen und öffentlichen Dienst)

Mag. Michael Zipmer (Geschäftsführer)

## Hersteller:

Leykam Druck, 7201 Neudörfel



PEFC zertifiziert:  
Dieses Produkt stammt  
aus nachhaltig bewirt-  
schafteten Wäldern  
und kontrollierten  
Quellen – [www.pefc.at](http://www.pefc.at)



Druckauflage: 34.355  
(Halbjahresdurchschnitt  
2009)

Persönlich gezeichnete Artikel  
fallen unter die Verantwortlichkeit  
des Autors und müssen sich nicht  
unbedingt mit der Meinung von  
KOMMUNAL decken.

Mit „E.E.“ gekennzeichnete oder  
unter der Bezeichnung „Service“ lau-  
fende Artikel sind bezahlte Informa-  
tionen und fallen nicht in die Ver-  
antwortlichkeit der Redaktion.

Teilen dieser Ausgabe liegen Infor-  
mationen der Firmen ARGE Forum  
mineralische Rohstoffe, Ecolights  
Solare Beleuchtung und Zeppelin  
Österreich GmbH bei



## PRAXIS

### Kommunale Beleuchtung

- 56 Spagat zwischen Notwendigkeit und Eigentor: Wieviel Licht braucht der Mensch tatsächlich?

### Grünflächen – Plätze

- 60 Sport und seine Plätze dürfen nicht Außenseiter werden: Dem Schulsport Beine machen

### KOMMUNALMESSE 2010

- 85 KOMMUNALMESSE 2010, 9. & 10. September: Auf Österreichs größter Leistungsschau für Gemeinden „finden wir alles“

## CHRONIK

- 72 Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen 2010: Steiermark und Tirol mischen die Karten neu  
 74 KOMMUNAL-Umfrage zum Bürgermeisteramt: Wie sieht die Jugend diesen Job?  
 76 Kirchheim im Innkreis ist Europas Kulturdorf 2010  
 78 Rhetorik: Politik braucht „Sprache, die auf der Zunge zergeht“  
 78 Geschwindigkeitsbegrenzungen: KfV-Erhebung zum Fahrverhalten den ÖsterreicherInnen  
 80 Aus den Bundesländern  
 84 Personalien, Ehrungen, Buch-Tipps & Info-Mix  
 86 Vorschau & Service



## Editorial



Michael Zimmer  
Geschäftsführer

Anforderungen der modernen Zeit.

Ich bin dankbar, im letzten Jahr noch mit ihm gemeinsam gearbeitet haben zu dürfen. Seine Menschlichkeit, sein Humor und seine Geradlinigkeit haben dem Arbeitsalltag stets eine besondere Atmosphäre verliehen. In dieser Zeit konnte ich viel von meinem Bruder lernen und werde nun gemeinsam mit unserem engagierten Team die Arbeit von ihm und von meinem zwei Jahre zuvor verstorbenen Vater fortsetzen und dabei die Zielsetzung von KOMMUNAL nie aus den Augen verlieren.

Als starkes Sprachrohr der österreichischen Gemeinden und als

unverzichtbare Informationsquelle der kommunalen Entscheidungsträger des Landes haben wir nicht nur einen exzellenten Ruf zu verteidigen, sondern vor allem auch eine immense Verantwortung zu tragen. Gemeinsam mit allen unseren Mitarbeitern und gemeinsam mit unserem Partner, dem Österreichischen Gemeindebund, nehmen wir diese Verantwortung gerne weiterhin auf uns.

Wir garantieren Ihnen, näher denn je am Puls der Gemeinden zu sein und KOMMUNAL als noch stärkere Drehscheibe zwischen Wirtschaft und Kommunen zu positionieren. Darauf können Sie sich verlassen!

Mein Bruder Walter Zimmer ist leise fortgegangen: über eine Grenze, die jedem von uns noch bevorsteht. Die ihm zugemessene Lebenszeit war viel zu kurz, aber er hat sie intensiv genützt. In den letzten sieben Jahren seines Lebens als Geschäftsführer des Kommunalverlags. Zeit seines Lebens aber vor allem als leidenschaftlicher Familienmensch. Trotz aller Rückschläge hat Walter bis zuletzt am Geschehen des Verlags teilgenommen. Und so wie ich ihn kannte, hätte er uns als echter „Zeitungsmacher“ zum Weitermachen animiert.

Walter hatte in den vergangenen Jahren großen Anteil an der Entwicklung unseres Verlages. Er war eine Triebfeder, die den Österreichischen Kommunalverlag und sein Flaggschiff KOMMUNAL weiterentwickelt und fit gemacht hat für die

Walter Zimmer, 1962–2010

# Ein viel zu kurzes Leben

Walter Zimmer (48), Verleger, Geschäftsführer des Kommunalverlages, Familienvater, ist tot. Zweieinhalb Jahre hat er mit aller Kraft und allen Mitteln gegen ein metastasierendes Melanom angekämpft. Am 15. Februar 2010 ging dieser Kampf zu Ende. Nachruf auf ein viel zu kurzes Leben.

Schon als 13-Jähriger hatte er seine erste Zeitung herausgebracht, damals nur für die näheren Verwandten mit Geschichten rund um die eigene Familie in Markt Piesting, mit Matritze und blauer Farbe gedruckt. Damals schon ganz Verleger, war er für die Storys, den Druck und den Vertrieb zuständig. Ab diesem Zeitpunkt war sein Weg in die Verlags- und PR-Landschaft vorgezeichnet.

Walter Zimmer maturierte 1980 am Bundesrealgymnasium Wiener Neustadt und begann ein Studium an der Wirtschaftsuniversität Wien. Sein einziger hauptberuflicher Ausflug in die Politik startete kurz darauf als Landessekretär der Jungen ÖVP Niederösterreich. Er relaunchte die Mitgliederzeitschrift und erfand eine zeitgemässere Werbelinie für die JVP.

Mit 23 Jahren heiratete er seine Jugendliebe Martina und gründete in Bad Fischau seine Familie, die ab diesem Zeitpunkt sein wichtigster Anker und der tägliche Mittelpunkt seines Lebens sein sollte. Er hinterlässt seinen Sohn Stefan (22) und seine Tochter Julia (12). Mit ihnen verbrachte er fast seine gesamte Freizeit: mit Ausflügen, Skiurlauben, Kinderpartys, Konzerten und Golfnachmittagen. Fotos seiner Kinder in unterschiedlichen Altersstufen und kleine Familiengeschenke schmückten Büro und Schreibtisch.

Büro und Schreibtisch waren ab 1988 in den Räumlichkeiten der Wiener Agentur Escalero. Walter Zimmer betreute Kunden wie Knorr, Kärcher, Elektra Bregenz und das Kuratorium für Verkehrssicherheit. Von dort wechselte er zur Agentur GESCO und beriet die S-Bausparkasse, Immorent und S-Versicherung. Nach einem einjährigen Zwischenspiel bei der PR-Agentur VIP Relations kehrte er als Geschäftsführer der GESCO Medien Verlagsgesellschaft zur Agentur des Sparkassenverlages zurück und blieb zehn Jahre. Er entwickelte und leitete Printmedien der Erste Bank und der Sparkasse-Gruppe und ihrer Tochtergesellschaften. In dieser Zeit legte er die Prüfung als Werbemittler und Werbeberater ab – damals in der Vor-EU-Zeit noch ein gebundenes Gewerbe.

Als Zwanzigjähriger hatte Walter Zimmer das Elternhaus verlassen, um eine unabhängige und selbstständige Karriere zu machen. 2003 – Vater Walter hatte das 61. Lebensjahr erreicht – konnte ihn sein Vater überzeugen, ins Familienunternehmen Kommunalverlag zu wechseln, um eine geordnete und fachlich einwandfreie Nachfolge in der Firma zu sichern. Walter Zimmer junior wurde auf Vorschlag des Co-Gesellschafters Dr. Josef Taus Geschäftsführer der Verlagsgesellschaft. Seit 2003 hat die Firma unter seiner Leitung neue Geschäftsfelder aufgebaut (z. B. Onlineshop für Gemeinden, Verkehrssicherheits-Produkte) und den Umsatz jährlich gesteigert.

Im Sommer 2007 traf ihn die Melanom-Diagnose aus heiterem Himmel. Stark und mutig kämpfte er gegen die Krankheit, persönlich eindrucksvoll motiviert durch die Tatsache, dass





seine Mutter Marliese einst selbst eine an sich unheilbare Krebserkrankung 13 Jahre lang überlebte. Ihm selbst waren keine 13 Jahre gegönnt.

Das Letzte, was er im Krankenzimmer zur Seite legte, waren Blackberry und Laptop. Was er nie ablegte, war der unbändige Willen, zu überleben, und die positive Grundhaltung bis zum Schluss, mit der er die letzten

schicksalhaften Tage seiner Tochter Julia, seines Sohnes Stefan und seiner Ehefrau Martina erleichtern wollte.

„Wir glaubten, wir haben noch so viel Zeit ...“ steht auf seiner Parte. Die Mitarbeiter und Partner des Kommunalverlages trauern geschockt um einen starken, menschlichen Chef und Freund.

## Trauer im Österreichischen Gemeindebund

# Wir verlieren einen Freund

Es ist schwer, über den Verlust eines Freundes zu schreiben, wenn man sieht, wie unbarmherzig und ungerecht das Schicksal zuschlagen kann.

Walter Zimper ist viel zu früh von uns gegangen, er wurde aus dem Leben gerissen, aus seiner Familie gerissen, die ihm alles bedeutet hat. Er hat dagegen angekämpft, seit Monaten, seit Jahren. Gegen diese heimtückische Krankheit, die er am Ende nicht besiegen konnte. Er war nicht nur der Sohn eines Zeitungsmachers, er war selbst auch einer. Er war der, der in einer schwierigen Situation, nach dem Tod von Walter Zimper sen., die Verantwortung nicht gescheut hat und das Lebenswerk seines Vaters auch zu seinem eigenen Lebenswerk gemacht und erfolgreich weiter entwickelt hat. Und er war ein Mensch, der es geschafft hat, mit Humor und oft erfrischender Direktheit sein Umfeld zu prägen.

Der Österreichische Gemeindebund hat mit Walter Zimper jun. einen wichtigen Partner viel zu früh verloren. Er hat vor allem aber einen feinfühligsten Menschen, einen persönlichen Freund und einen Kämpfer für die Anliegen der Gemeinden verloren. Unsere Gedanken und unsere Anteilnahme sind bei seiner Familie, vor allem bei seiner Gattin Martina und seinen beiden Kindern. Wir werden Dich vermissen, aber nicht vergessen, Walter.

*Helmut Mödlhammer  
Präsident des Österreichischen  
Gemeindebundes*

*Robert Hink  
Generalsekretär des Österreichischen  
Gemeindebundes*

**Kommunale Sommergespräche:** Bad Aussee wieder Zentrum der Kommunalvertreter

## Chance für die Kleinen?

„Haben die Kleinen (noch) eine Chance? – Im Spannungsfeld zwischen Wohlfühlgemeinde und Sparbudget“ lautet das diesjährige Thema der Kommunalen Sommergespräche, die vom 28. bis 30. Juli 2010 wieder im steirischen Bad Aussee abgehalten werden. Wie in der Vergangenheit, werden Meinungsführer und Experten aus Politik, Wirtschaft und Finanzen unter der Moderation von ORF-Nachrichtensprecher Gerald Groß zum kommunalen Gedankenaustausch zusammenkommen, um

Ideen zu finden, Lösungsansätze zu erarbeiten und Zukunftsfragen der öffentlichen Hand zu diskutieren. Insbesondere den Workshops wird mehr Zeit eingeräumt, um noch praxisorientierter arbeiten zu können. Gespannt kann man auch auf die neuesten Ergebnisse der eigens in Auftrag gegebenen OGM-Studie sein. Veranstaltet werden die mittlerweile fünften Kommunalen Sommergespräche vom Österreichischen Gemeindebund und der Kommunalkredit Austria. Das



detaillierte Programm folgt in Kürze. Voranmeldungen jetzt beim Österreichischen Gemeindebund, [oesterreichischer@](mailto:oesterreichischer@)

[gemeindebund.gv.at](http://gemeindebund.gv.at) oder bei der Kommunalkredit bei Christian Katona [c.katona@kommunalkredit.at](mailto:c.katona@kommunalkredit.at)

**Sicherheitsdenken:** Landeshauptstadt folgt dem Beispiel Wels

## Ab September: Stadtwache kommt nun auch nach Linz

Die Linzer Stadtregierung will ab September nun auch eine eigene Stadtwache auf die Straßen schicken. Begonnen werden soll mit 18 Männern und/oder Frauen, mit Option auf Erweiterung bis zu 30 Köpfen. Die Ordnungswächter dürfen verwarnen, belehren und helfen, aber nicht strafen. Dazu wäre ein Aufsichtsorganetz

nötig, das es aber bei uns nicht gibt. Der Sicherheitsstadtrat der FPÖ will so eines aber rasch einführen. Die Stadtwache soll bis dahin vor allem die Einhaltung der Sperrstunden und Ausgehzeiten der Jugendlichen kontrollieren, gegen illegale Müllablagerung ankämpfen, die Leinen- und Beißkorbpflicht bei Hunden überprü-

fen oder Bettler überwachen. Personen dürfen zwar an-, aber nicht festgehalten werden. Die Kosten im Vollbetrieb werden sich um rund eineinhalb Millionen Euro belaufen. Die Ausbildung erfolgt in einem zweimonatigen Kurs zu Konflikt-Management und rechtlichen Belangen, Mindestalter ist 18 Jahre.

**Geringer Anklang**

## Wenige Postler beim Blaulicht

Ab sofort gibt es auch eine Prämie von 10.000 Euro, um beamtete Postler dazu zu bewegen, in den Polizeidienst zu wechseln. Bis dato haben jedoch nur 57 Mitarbeiter ihre Dienstaufgaben freiwillig verändert. Trotzdem will die Post bis 2014 rund 1000 Beamte zum Wechsel bewegen.

**Neues Modell:** Vier Vorarlberger Gemeinden gehen gemeinsame Wege



Viele Haltestellen und vier Vorarlberger Gemeinden, die einen Bus gemeinsam betreiben.

## Raumentwicklung zu mehr

Die Gemeinden Altach, Götzis, Koblach und Mäder, rund 150 BürgerInnen und vier Bürgermeister beteiligen sich an verschiedenen Konzepten, die die Kommunen gemeinsam in Angriff nehmen wollen. Und das ist schon seit Jahren „usus“. Anhand der laufenden Debatte über Ortszusammenlegungen ein sehr positives Beispiel für offene Zusammenarbeit.

Seit 2008 wird in der Region der Ortsbus zusammen betrieben. Dies soll auch auf die Pflegeeinrichtungen ausgedehnt werden. Die bestehenden Sozialzentren in Götzis und Altach sollen durch die geplanten Pflegeheime in Koblach und Götzis ergänzt werden. Künftig sollen noch gemeinsame Betriebsgebiete, Schulen und Bauhöfe gebaut werden.

**Rekordtief**

## Sehr wenig Einbürgerungen

Im Vorjahr wurde laut Statistik Austria 7990 Menschen die österreichische Staatsbürgerschaft verliehen. Das sind um 22 Prozent weniger als im Vorjahr, und überhaupt waren es seit 1989 nicht so wenige. In allen Bundesländern wurden seit 1993 jährlich weniger Einwanderungsbescheide ausgestellt. Die meisten neuen Staatsbürger kommen zum Großteil vom Balkan.



**Überwachung:** Gemeinden weiterhin keine Kompetenz gegen Zu-schnell-Fahrer

## Staat geht gegen Raser vor

Mehr als 40.000 Unfälle mit rund 600 Todesopfern passieren auf Österreichs Straßen jedes Jahr. Gemeinsam mit dem Verkehrsministerium will der Betreiber Asfinag diese Zahlen in den kommenden Jahren halbieren. Im Vorjahr hat die Polizei so viele Raser wie noch nie, rund vier Millionen, gestraft. Von diesem Bußgeld gehen 80 Prozent an die Asfinag zur Straßenerhaltung. Der Autobahnbetreiber will daher neue, noch effizientere Geschwindigkeits- und Abstandsmessgeräte installieren, geplant sind zwei zu-



Raser sollen ab sofort stärker kontrolliert und zur Kasse gebeten werden; auf Autobahnen kommen zahlreiche neue Radararten.

sätzliche Section-Control-Anlagen, mit Option auf weitere, neue Überkopftafeln mit flexiblen Tempolimits und integrierter Geschwindigkeitsmessung. Aufgerüstet werden soll auch das Netz an fixen Radarstationen, die nun auch von vorne

blitzen dürfen. Die Kosten seien, laut Asfinag, mit den Einnahmen gedeckt; zusätzlich zeigen Studien, dass die Todesfälle um 17 Prozent zurückgingen. Gemeinden fehlt bis dato die Kompetenz, Raser in Ortszentren zur Kasse bitten zu dürfen.

**Wahl:** Möglichkeiten

## Keiner schaffte es in jede Gemeinde

In der Steiermark schaffte es keine Partei, sich in allen 540 steirischen Gemeinden für die Gemeinderatswahl aufzustellen. Die ÖVP verfehlte ihr Ziel nur knapp, gerade eine Gemeinde ließ sich nicht festmachen. Bei der SPÖ sind es schon 29 Gemeinden, fünf werden parteinahe Listen führen. Auch die FPÖ ist schwächer aufgestellt als bei der vergangenen Wahl: 255 Gemeinden sind ohne FP-Vertretung. Die Grünen sind in 86 Orten aufgestellt, das BZÖ in 60 und die KPÖ in 25 Gemeinden, dazu kommen rund 100 Bürgerlisten.

**Investitions-Aufruf:** Wirtschaftskammer will Wärme nicht ungenutzt beim Fenster rauslassen

## Thermische Sanierung mit 300 Millionen Euro fördern

Geht es nach der Wirtschaftskammer (WKO), sollen unsanierte, wärmeverschwendende Häuser bald der Vergangenheit angehören. Die im zweiten Konjunkturpaket zur Verfügung gestellten 100 Millionen Euro für Wärmedämmung sollten, laut einer Studie des Wifo (Wirt-

schaftsförderungsinstitut), auf 300 Millionen Euro erhöht werden. Immerhin fließe das Geld dann doppelt und dreifach ins öffentliche Budget zurück. Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl sieht das als gute Möglichkeit, gleichzeitig die Wirtschaft anzukurbeln. Laut WKO würden

diese 300 Millionen zur Hälfte vom Bund und über die Wiedereinführung der Zweckbindung bei der Wohnbauförderung lukriert. Diese mache pro Jahr rund drei Milliarden Euro aus, wie Wifo-Experten berechnen. Leitl will daher zusätzliches Geld in die Förderung der thermischen Sanierung

fließen lassen. Alle Nachkriegsbauten sollen in den kommenden 25 Jahren thermisch saniert werden. Um das umsetzen zu können, müsse laut Wifo die Sanierungsrate im Wohngebäudebereich bis 2020 von derzeit ein auf drei Prozent jährlich angehoben werden, bis 2025 sogar auf fünf.

**Neuordnung**

## NÖ Regionalzüge ohne Garantie

Die vor einem Monat fixierte Übernahme von zahlreichen ÖBB-Nebenbahnen und Schmalspurstrecken durch das Land NÖ scheint den Weiterbetrieb der selbigen nun doch nicht vollständig zu sichern, wie ursprünglich angegeben. Wie der „Standard“ berichtete, seien nur vier Streckenabschnitte als öffentliche Eisenbahn garantiert. Der Weiterbetrieb der Ybbstalbahn beispielsweise steht noch immer in den Sternen.

**Mobilitäts-Strategie:** Wirtschaftsminister setzt auf Strom statt Benzin

## Elektro-Autos rollen auf Österreich zu

Geht es nach Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner, sollen in Österreich bis 2020 an die 200.000 Elektro-Autos das Straßennetz bevölkern. „Es gibt einen Cluster aus Verbund, Manga, AVL und anderen, die das vorbereiten“, zitierte die Tageszeitung „Kurier“ den Minister. Im März will er dazu eine Gesamtstrategie mit Anreizsystem und verschiedenen Lenkungsmaßnahmen vorstellen.



Elektro-Autos als Lösung gegen die nicht sinken wollenden CO2 Emissionen? Laut Wirtschaftsminister Mitterlehner soll dazu Anfang März ein Konzept vorgestellt werden.



Kleine Gemeinden arbeiten effizienter als große

# Denn sieh, das Gute liegt so nah!

Wozu sollten neue und umstrittene Strukturen geschaffen werden, wenn gut funktionierende und nahe Einheiten existieren? Die Industriellenvertreter beharren auf ihrer abstrusen Idee, obwohl die Menschen sogar in Umfragen der IV dem „Gemeinde-Kahlschlag“ eine Absage erteilen. Offenbar spielen Zahlen und Fakten nicht immer eine Rolle. KOMMUNAL bringt einen Überblick über die Diskussion und hat die Meinungen von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern eingeholt.

„Was wir derzeit in der öffentlichen Diskussion über Gemeindefusionen erleben ist eine gefährliche Mischung, die vielfach geprägt ist von Unwissen und Unehrllichkeit“, ärgert sich Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer. „Hier sprechen Leute von Dingen, von denen sie nicht die geringste Ahnung haben und vergleichen oft auch Äpfel mit Birnen.“

Was ist geschehen? Seit Wochen thematisieren Vertreter der Industriellenvereinigung aus mehreren Bundesländern die Frage, ob man durch die Zusammenlegung von Gemeinden nicht an Verwaltungskosten sparen könnte. Zuletzt hatte es in Oberösterreich diesbezüglich große Aufregung gegeben. Mit 444 Gemeinden, so ließ der Präsident der IV Oberösterreich, Klaus Pöttinger, wissen, sei sein Bundesland „übersorgt“. „Ich könnte mir vorstellen, dass man auch mit der Hälfte auskommt“, meinte Pöttinger. „Wir müssen die vorhandenen großen Sparpotenziale im Bereich der Verwaltung dringend heben. Ein Bestandteil einer umfassenden Verwaltungsreform sollte auch

eine Gemeindefusion sein,

Hier sprechen Leute von Dingen, von denen sie nicht die geringste Ahnung haben und vergleichen oft auch Äpfel mit Birnen.

Bürgermeister Helmut Mödlhammer, Gemeindebund-Präsident

wie sie in manchen Bundesländern bereits teilweise erfolgreich umgesetzt wurde. Wir sind davon überzeugt, dass das Land auch mit der Hälfte sehr gut verwaltet werden kann. Eine solche Reform ist Teil des Elchtests, den die öffentlichen Haushalte bestehen müssen, um der Wirtschaftskrise entgegenzusteuern. Über Kooperationen ist es bisher nämlich noch zu wenig gelungen, vorhandene Sparpotenziale zu heben“, so Pöttinger auf eine Anfrage von KOMMUNAL. Ähnliche Wortmeldungen hatte

## Zusammenlegung der eigenen Gemeinde

Sprechen wir ganz konkret über Ihre Wohngemeinde. Würden Sie die Eingemeindung bzw. die Zusammenlegung mit anderen Gemeinden prinzipiell befürworten oder ist das nicht der Fall?



Diese Studie wurde vom Market-Institut für das Land OÖ durchgeführt.

n = 1000 telefonische CATI-Interviews repräsentativ für die öö-Bevölkerung ab 16 Jahren

Erhebungszeitraum: 25. bis 28. Jänner 2010

maximale statistische Schwankungsbreite bei n = 1000 ± 3,16 Prozent

es auch von Vertretern der IV aus anderen Bundesländern gegeben. Kurz darauf gaben die Industriellen sogar eine Umfrage in Auftrag, um ihre Ansichten zu unterstreichen. „Mit wenig Erfolg“, schmunzelt Gemeindebund-Chef Mödlhammer. „Sogar in der von der IV beauftragten Umfrage lehnen die Menschen die Fusion von Gemeinden mehrheitlich ab, obwohl die Fragen teils sehr suggestiv gestellt wurden.“

### Kleine Gemeinden – geringe Verwaltungskosten

„Diese Behauptungen widersprechen auch der Faktenlage völlig“, fügt Gemeindebund-Generalsekretär Dr. Robert Hink hinzu. „Wir haben über die Ausgaben der Gemeinden einen lückenlosen Überblick und können die Kosten österreichweit auch nach Größenklassen zuordnen. Ein Blick in den Gemeindefinanzbericht hätte gezeigt, dass in dieser Diskussion schlicht unrichtige Annahmen getroffen werden“, so Hink.

Ein Faktum, so Hink weiter, sei etwa, dass kleinere Gemeinden im Verhältnis zu großen deutlich weniger Mitarbeiter/innen beschäftigen. „Eine Kommune mit bis zu 2500 Einwohner beschäftigt im Schnitt acht Mitarbeiter/innen pro tausend Einwohner“, berichtet Hink. „Ab einer Gemeindegröße von

10.000 Einwohner steigt dieser Wert auf 15 bis 20 Mitarbeiter/innen pro 1000 Einwohner.“ Ähnlich dramatisch seien die Kostenunterschiede zwischen kleinen und großen Gemeinden bei den generellen Kosten für die Verwaltung. „Eine kleine Gemeinde wendet dafür pro Jahr und Einwohner durchschnittlich 266 Euro auf. Bei Gemeinden ab 20.000 Einwohner steigt dieser Wert auf 433 bis 610 Euro pro Jahr und Einwohner.“

### Zusammenarbeit seit Jahrzehnten erfolgreich

Erstaunt zeigt sich Mödlhammer auch über die immer wiederkehrende Forderung nach mehr Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden. „Man wird keinen Bürgermeister in ganz Österreich finden, der sich einer sinnvollen und kostensparenden Zusammenarbeit mit einer anderen Gemeinde verweigert“, so Mödlhammer. „Wir haben schon jetzt in Österreich rund 1500 Gemeindeverbände, über die die verschiedensten Aufgaben gemeinsam erledigt werden, von der Wasserversorgung bis hin zu Verwaltungsaufgaben oder Bauhof-Agenden.“ Jahr für Jahr würden sich neue Verbände gründen.

### Keine Reform-Verweigerer

„Als Präsident des Gemeindebundes, aber auch als Bürgermeister meiner Gemeinde wehre

ich mich dagegen, dass man uns als Reform-Verweigerer hinstellt oder Dinge fordert, die ohnehin schon seit vielen Jahrzehnten stattfinden und gelebt werden“, so Mödlhammer weiter. Niemand solle glauben, dass ein Bürgermeister nicht die Kostenstruktur seiner Gemeinde im Auge habe. „Wir können es uns – angesichts sinkender Steuereinnahmen – gar nicht leisten, nicht zusammenzuarbeiten.“

Dazu komme, so die Gemeindevertreter unisono, die emotionale Komponente. „Die Menschen empfinden ihre Heimatgemeinde auch auf der Gefühlsebene als wichtigen Teil ihrer Identität. Millionen Stunden an ehrenamtlicher Leistung in Vereinen und Organisationen würden vermutlich nicht mehr in diesem Ausmaß erbracht werden, wenn man großflächig und mit Zwang Gemeinden zusammenlegt. Diesen Verlust sollten die Herren von der IV auch erst einmal kalkulieren und in Zahlen darstellen“, so der Gemeindebund-Präsident.



Eine solche Reform ist Teil des Elchtests, den die öffentlichen Haushalte bestehen müssen, um der Wirtschaftskrise gegenzusteuern. Über Kooperationen ist es bisher nämlich noch zu wenig gelungen, vorhandene Sparpotenziale zu heben.

DI Klaus Pöttinger, Vizepräsident der Industriellenvereinigung und Präsident der IV-Landesgruppe Oberösterreich

## Und das sagen die BürgermeisterInnen

# Zusammenlegung nein, Zusammenarbeit ja



Wir arbeiten gerne und gut mit der Bezirksstadt zusammen, aber eine Gemeindezusammenlegung kommt weder für die Bevölkerung noch für mich als Bürgermeister in Frage. Es würde über kurz oder lang die Identität und alles, was unsere Gemeinde lebens- und liebenswert macht, verloren gehen!

Gernot Lechner, Bürgermeister von Winklarn



Gemeindezusammenlegungen würden der Wirtschaft schaden, die Dorfgemeinschaft, das Vereins- und Dorfleben würden darunter leiden, vor allem wenn Bürgermeister und Gemeinderäte nicht vom eigenen Dorf sind! Das Interesse für die kleinen, wichtigen Angelegenheiten ginge verloren. Zusammenlegungen sind das schlechteste, was man machen kann!

Franz Gallop, Bürgermeister von Stams



Gemeindezusammenlegungen können kein Thema sein. Es hat sich ja herausgestellt, dass größere Verwaltungseinheiten nicht die gewünschte Effizienz bringen. Dagegen Gemeindekooperationen erscheinen mir durchaus sinnvoll und werden diese auch in den verschiedensten Bereichen praktiziert. Es gibt Abwasserverbände, Wasserverbände, Abfallwirtschaftsverbände usw.

Rudolf Pollhammer, Bürgermeister von Weißenbach bei Liezen

Man sollte unterscheiden zwischen Zusammenlegung und Kooperation von Gemeinden. Während die



Zusammenlegung zweier Gemeinden zu Identifikationsverlust der BürgerInnen führen kann, ist die Kooperation zwischen Gemeinden eine Chance. Durch Bündelung der Kräfte können Projekte oft leichter realisiert werden als von einer Gemeinde alleine.

Monika Schwaiger, Bürgermeisterin der Stadtgemeinde Seekirchen und Obfrau Regionalverband Salzburger Seenland



Es ist schon sehr verwunderlich, dass in Zeiten des Wohlstandes geglaubt wird, dass durch Gemeindezusammenlegungen noch mehr Wohlstand und Zufriedenheit erreicht werden kann. Genau das Gegenteil wird der Fall sein. Kleine Einheiten waren schon immer bemüht, mit Hausverstand und Augenmaß größtmögliche Sicherheit und Lebensqualität zu erlangen und sind das beste Fundament für Wohlstand.

LAbg. Josef Moosbrugger, Bürgermeister von Bizau

Wie Beispiele beweisen, ist meist gerade in kleinen Einheiten der Zusammenhalt und die Identifikation der Bevölkerung mit der Gemeinde und somit mit der Gemeindeverwaltung am größten. Damit sind sie aber auch das Herz des ländlichen Raumes, das nicht geschwächt werden darf.

Walter Pfeiffer, Bürgermeister von Wolfau



## Und das sagen die BürgermeisterInnen



Die Gemeinde Lech ist bereits seit einigen Jahren mit einigen Gemeinden des Klostertales und mit Warth in einer Baurechtsverwaltung.

Diese Zusammenarbeit ermöglicht den beteiligten Gemeinden eine professionelle Erledigung und Bearbeitung der Bauagenden und gewährleistet die Selbstständigkeit jeder einzelnen Gemeinde. Ansprechpartner ist der jeweilige Bürgermeister und damit bürgerlich nah ...

Ludwig Muxel, Bürgermeister von Lech



Ich spreche mich gegen eine Zusammenlegung von Gemeinden aus. Ich sehe auch keine Kostensparnisse bei einer Gemeindefusion, denn der Verwaltungsaufwand bleibt trotzdem gleich.

Willibald Müller, Bürgermeister von Hirschbach



Die hohe Politik philosophiert immer wieder gerne über die Bedeutung des ländlichen Raumes, ohne jemals wirklich etwas dafür zu tun. Wenn es Verwaltungseinheiten gibt, die sich dieser Problematik wirklich annehmen, dann sind es die Gemeinden. Eine Zusammenlegung von Gemeinde würde genau diese lokalen Bemühungen konterkarieren. Nicht im zentralisieren liegt die Lösung, sondern in einem gerechten Finanzausgleich.

Jede Gemeinde soll jeden Tag daran arbeiten, sich zu verbessern

Georg Aicher-Hechenberger, Bürgermeister von Erl



– effizienter zu werden. Eine Politik des Zusperrrens und der Wegrationalisierung kann keine nachhaltige Zukunftsperspektive sein.

Ein modernes Ortsmanagement, zusammengesetzt aus den politischen Gremien und der Gemeinde als Betrieb, ist nicht nur bürgerlich nah, sondern wirtschaftlich gesehen auch am billigsten.

Albert Stürmer, Bürgermeister von Sankt Johann am Wimberg im nördlichen Mühlviertel

Die Gemeindestrukturereform wurde in Kärnten mit der Zusammenlegung zahlreicher Gemeinden 1973 bewerkstelligt. Von 204 Gemeinden reduzierte sich die Zahl der Kommunen auf 121. Die erwarteten finanziellen Vorteile haben sich nicht – wie erhofft – eingestellt. Zu Beginn der 90er-Jahre hat es einige Bemühungen zu Verselbstständigungen gegeben, die zum Teil erfolgreich waren. Seit 1997 haben wir 132 Gemeinden. Derzeit sind Zusammenlegungen kein Thema in Kärnten, und die Größe der Gemeinden entspricht im Wesentlichen den Vorstellungen der Bevölkerung.

Präsident Hans Ferlitsch, Bürgermeister von St. Stefan im Gailtal und Präsident des Kärntner Gemeindebundes

Irgendwie erinnert mich das ganze Sparprogramm bei den Gemeinden wie das Goldwaschen im Gebirgsbach. Man kann damit sehr viel Aufsehen erregen, sehr viele Leute damit beschäftigen, doch es hat keinen eigentlichen Ertrag.

Hans Gruber, Bürgermeister von Teufenbach



Neben einer aktuellen und repräsentativen Umfrage des Landes Oberösterreich geben auch die Rückmeldungen der Bürgermeister selbst dem Gemeindebund recht. „Wir gehen unter in Briefen und Mails von Bürgermeister/innen, die uns ihre Meinung zu diesem Thema schreiben“, berichtet Gemeindebund-General Robert Hink.

### Zusammenhalt in kleinen Gemeinden viel größer

Und nicht nur die Bürgermeister selbst, sondern auch die Bevölkerung sieht die Fusionsvorschläge skeptisch. Laut einer Market-Umfrage des Landes Oberösterreich lehnen 60 Prozent der Menschen die Fusion von Gemeinden ab. Nur 30 Prozent sprechen sich dafür aus. Noch deutlicher fällt das positive Zeugnis aus, das die Menschen ihrem Bürgermeister als Person ausstellen. 89 Prozent der Befragten beurteilen die Leistung ihres eigenen Ortschefs mit den Schulnoten „Sehr Gut“ oder „Gut“. Auch die Arbeitsbelastung der Ortschefs in ihrem Amt wird von den Menschen sehr realistisch gesehen. 72 Prozent sind der Meinung, dass ihr/e Bürgermeister/in „sehr viel zu tun“ hat. Die gemeindeübergreifende Zusammenarbeit hingegen erfreut sich hoher Zustimmung. 88 Prozent bewerten derartige Kooperationen als „sehr“ bzw. „eher sinnvoll“. 76 Prozent ziehen Kooperationen einer vollständigen Fusion vor. Auch nach den Folgen einer Gemeindefusion wurden die Menschen befragt. Am schlimmsten wiegen dabei, so die Meinung der Befragten, der Verlust des eigenen Bürgermeisters, die längeren Verwaltungswege und der Verlust an Identität, wenn Feuerwehren oder Vereine auch zusammgelegt würden. „In Summe lässt sich also festhalten“, so Gemeindebund-Präsident Mödlhammer, „dass wir es hier mit einer Diskussion zu tun haben, die von den Menschen nicht gewollt wird und die anhand der Faktenlage und der Budgetzahlen auch keine Berechtigung hat. Die Gemeindestruktur, so wie wir sie jetzt haben, entspricht den Bedürfnissen

der Menschen und auch den Aufgaben, die Gemeinden zu erfüllen haben.“

### Geprägt von Unwissen und Unehrllichkeit

Der Österreichische Gemeindebund stellte schon vor einiger Zeit ein Argumentarium zusammen, um derartige Vermutungen mit Zahlen und Fakten zu entkräften. Hier ein Auszug:

**Behauptet wird: Kleinere Gemeinden haben im Verhältnis mehr Mitarbeiter als größere Gemeinden. Die Anzahl der Mitarbeiter könnte also durch die Zusammenlegung von Gemeinden reduziert werden.**  
Richtig ist: Gemeinden mit einer Größe von bis zu 2500 Einwohner beschäftigen im Durchschnitt acht Mitarbeiter/innen pro 1000 Einwohner. In Gemeinden zwischen 20.000 und 50.000 Einwohner ist die Mitarbeiterzahl überhaupt am höchsten (20 MA je 1000 EW).

**Behauptet wird: Kleine Gemeinden erhalten überdurchschnittlich viele und hohe Förderungen und Finanzausweisungen.**  
Richtig ist: Über den abgestuften Bevölkerungsschlüssel besteht eine krasse Benachteiligung kleiner Gemeinden. Gemeinden über 50.000 EW (ohne Wien) erhalten aus dem Topf der gemeinsamen Steuern um fast 50 Prozent mehr als Gemeinden unter 10.000 EW.

**Behauptet wird: Kleine Gemeinden verursachen mehr Verwaltungskosten, durch Zusammenlegung könnte bei dieser Kostenstelle gespart werden.**  
Richtig ist: Die durchschnittlichen Kosten für Vertretungskörper (inkludiert auch Bezüge der Mandatare) und allgemeine Verwaltung betragen in kleinen Gemeinden 266 Euro pro Einwohner und Jahr. In Gemeinden zwischen 20.000 und 50.000 Einwohner werden schon 433 Euro pro EW/Jahr dafür ausgegeben, in Städten über 50.000 Einwohnern durchschnittlich 610 Euro pro EW/Jahr. Fakt ist also, dass nicht nur die Verwaltung kleiner Gemeinden günstiger arbeitet, sondern auch die kommunalpolitischen Vertreter.

## Und das sagen die BürgermeisterInnen

Grundsätzlich halte ich überhaupt nichts von Gemeindezusammenlegungen. Betrachtet man aber den Bereich der kommunalen Zusammenarbeit, dann macht hier natürlich eine Art der Gemeindezusammenarbeit schon Sinn. Diese Zusammenarbeit ist ja auch schon jetzt in vielen Bereichen gegeben und funktioniert bestens und vor allem finanziell leistbar.

Ludwig Deltl, Bürgermeister von Strasshof a. d. Nordbahn

Eine Gemeindezusammenlegung wäre auch für unsere Gemeinde sicher nicht sinnvoll, da wir in einer exponierten Lage zu den nächsten Gemeinden liegen. Jede Gemeinde ist für sich eine eigenständige, in ihrer Art (sprich Bevölkerung, Landschaft, Kultur) einzigartige Institution. Kooperationen mit anderen Gemeinden gibt es schon lange und funktionieren einwandfrei. In diesem Sinne würden wir nochmals ausdrücklich darauf appellieren, von Gemeindezusammenlegungen Abstand zu nehmen.

Karin Gulas, Bürgermeisterin von Wildalpen

Wiederkehrend in unregelmäßigen Abständen gelangt das Thema Gemeindezusammenlegung in die Öffentlichkeit und damit in die Medien oder umgekehrt. Das vernünftige Miteinander zwischen großen Betrieben (Städte) und mittleren bis kleinen Betrieben (Gemeinden) stärkt die Struktur und sichert den Lebensraum der Menschen. Einseitige Verlagerungen führen zu Schiefen und ziehen nicht kalkulierbare Veränderungen mit sich.

LAbg. Max Hieglsberger, Bürgermeister von



Meggenhofen

Wenn nur große Einheiten wirtschaftlich arbeiten, warum haben dann gerade Städte Budgetschwierigkeiten (siehe auch Ländler)?



Ing. Markus Windisch, Bürgermeister von Übelbach

Es wird sehr viel und oft über ev. Gemeindezusammenlegungen diskutiert, aber wenn man sich die Wortmeldungen direkt vor Ort, d. h. von Seiten der BürgerInnen anhört, dann wird sehr deutlich, dass zwar ein gemeindeübergreifendes Arbeiten immer mehr als positiv angesehen wird, jedoch die Eigenständigkeit unbedingt erhalten bleiben muss.



Sonja Ottenbacher, Bürgermeisterin von Zell am See

Österreich ist ein blühendes, reiches und sicheres Land. Die Gemeinden und vor allem die Landgemeinden stehen jedoch vor ihrer größten Herausforderung. Sie verlieren Einwohner und Geld. Beides wird durch Zusammenlegungen nicht gestoppt. Der Abwanderung kann nur mit optimaler Infrastruktur für Wohnen, Freizeit, Verkehr, Bildung und Arbeitsplätze in der Nähe gestoppt werden. Durch Gemeindezusammenlegungen würde die Motivation und Identifikation für einen Ort drastisch sinken und den zitierten Effekt noch verstärken.



Friedrich Stangl, Bürgermeister von Lassing

## Und das sagen die BürgermeisterInnen

Wer nur rechnen kann, ist für die Kommunalpolitik grundsätzlich ungeeignet und weiß nicht, welche Leistungen in den Gemeinden erbracht werden



und welche Werte dort durch ehrenamtliches Engagement, das aus einer großen Identifizierung mit seiner Heimat entsteht, geschaffen werden.

Gerade kleine Einheiten sind sehr effektiv und effizient, und gerade durch die Überschaubarkeit ist der Spargedanke dort besonders gut ausgeprägt. Zusammenlegung ist somit der völlig falsche Weg! Zusammenarbeit dagegen muss auch für uns Bürgermeister in den nächsten Jahren noch mehr als bisher Thema werden.

Peter Oberlehner, Bürgermeister von Pötting, Bürgermeistersprecher Bezirk Grieskirchen

In den kleinen Gemeinde sind wir näher beim Bürger. Bei der „Freiwilligen-Arbeit“ der Gemeindebürger bei vielen Projekten, die jedes Jahr zig tausende Euro sparen helfen, bei der sparsamen Verwaltung, bei

der Nähe zur Gemeindeverwaltung und die unkomplizierten Amtswege – den One-Stop-Shop gibt es bei uns schon lange!

Herbert Wandl, Bürgermeister von Gerersdorf

Der Präsident der Oö. Industriellenvereinigung, DI Klaus Pöttinger, fordert unverblümt die Abschaffung von 220 Gemeinden in Oberösterreich – aus Kostengründen, wie er sagt. Dazu kann ich als Vizebürgermeister einer kleinen Landgemeinde nur anmerken, dass dieses Argument auf dünnen Beinen steht. Es sind gerade die kleinen und sparsamen Landgemeinden, welche noch ihren Haushalt ausgleichen können. Kleine Gemeinden wirtschaften oft kostengünstiger als große und sind in vielen Bereichen sogar nachweisbar sparsa-

mer und somit „günstiger“. Zentralismus war noch nie effizient – geschweige denn günstiger. Zur Zentralisierung nur soviel: wenn der Zentralismus so toll ist, dann frage ich mich, warum es in der Industriellenvereinigung noch immer neun Landesorganisationen gibt und nicht nur eine einzige Bundesorganisation?



Heinrich Pfoser, Vizebürgermeister der Gemeinde Nebelberg

Meine Gemeinde Blumau-Neurisshof ist aufgrund einer Trennung 1988 als damals jüngste Gemeinde von NÖ hervorgegangen. Heute kann man nur positiv über diesen Schritt argumentieren. Viele Vorhaben konnten als Großgemeinde nicht verwirklicht werden, da zu viel politische Eifersucht im Spiel war. ... Wenn jeder in seiner eigenständigen Gemeinde seine Arbeit gewissenhaft erledigt, dann bedarf es sicher keiner Zusammenlegung mit anderen Gemeinden.



Gernot Pauer, Bürgermeister von Blumau-Neurisshof

Wie der Gemeindebund zweifelsfrei nachgewiesen hat, ist das Argument „größer ist billiger“ bezogen auf die Gemeinden falsch. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Zudem sind viele Gemeinden, nicht nur in Tirol, historisch gewachsen und haben eine eigene Identität, welche sie bei einer Gemeindezusammenlegung großteils einbüßen.



Siegfried Neururer, Bürgermeister von Arzl im Pitztal

Ich halte die vom Zaun gebrochene Diskussion über die Zusammenlegung von Gemeinden schlicht und ergreifend für ein Ablenkungsmanöver und somit für mehr als entbehrlich. Dass immer wieder nicht durchdachte Vorschläge gemacht werden, ist kein Einzelfall. Aber von einer Institution wie der Industriellenvereinigung könnte man wohl mehr erwarten. Noch dazu, wo gerade die Industriellenvereinigung praktisch tagtäglich mit neuen Forderungen an die Allgemeinheit (Staat) herantritt. Erfolgreiches Wirtschaften kann es nur dann geben, wenn ein Berufener nachdenkt, wie er in seinem eigenen Bereich sparen kann. Vorschläge, wie bei anderen gespart werden kann, sind zu billig.



Franz Kneißl, Bürgermeister von St. Veit im Innkreis

Die Aufgaben der Gemeindeverwaltung liegen darin, die tagtäglichen Probleme und Wünsche der Gemeindebevölkerung auf schnellst- und bestmöglichem Wege zu erledigen. Als Bürgermeister einer 600-Einwohner-Gemeinde sehe ich bei 1,65 Mitarbeitern, welche ausschließlich für die Verwaltung zuständig sind, absolut KEIN Einsparungspotenzial. Die Haigermooser Bevölkerung legt großen Wert auf „Ihre“ Identität.



Hans Schwankner, Bürgermeister von Haigermoos

### Information

Die meisten der hier abgedruckten Statements mussten aus redaktionellen Gründen gekürzt werden. Auf [www.kommunalnet.at](http://www.kommunalnet.at) ist ebenfalls eine große Auswahl an Meinungen unserer BürgermeisterInnen



**Behauptet wird: Die Abgaben in kleinen Gemeinden sind höher als in größeren Gemeinden oder Städten.**

Richtig ist: Die durchschnittlichen Einnahmen aus Gemeindeabgaben betragen in kleinen Gemeinden 273 Euro pro EW/Jahr. Bewohner einer Stadt mit mehr als 50.000 Einwohnern haben jährlich im Schnitt 688 Euro an Gemeindeabgaben zu bezahlen.

**Behauptet wird: Die notwendige Infrastruktur und viele Dienstleistungen könnten in größeren Gemeinden kostengünstiger bereitgestellt werden. Nicht jede Gemeinde braucht eine eigene freiwillige Feuerwehr mitsamt aufwändiger Ausstattung.**

Richtig ist: Gerade Blaulichtorganisationen wie Feuerwehr oder Rotes Kreuz wären ohne ehrenamtliche Helfer nicht aufrechtzuerhalten. Die Freiwillige Feuerwehr hat in Österreich rund 700.000 Mitglieder, die allesamt ehrenamtlich und unbezahlt für die Sicherheit der Bevölkerung arbeiten. Eine Anhebung der Gemeindegröße durch Zusammenlegung reduziert dieses Engagement dramatisch, weswegen in Österreich ausschließlich große Städte auf Berufsfeuerwehren angewiesen sind. Das kostet erheblich mehr Geld pro Einwohner als die Beiträge, die kleine Gemeinden für ihre Feuerwehren oder Rot-Kreuz-Stellen aufbringen müssen.

**Behauptet wird: Gemeinden sollten mehr zusammenarbeiten.**

Richtig ist: Es gibt hunderte erfolgreiche Beispiele für die Zusammenarbeit von Gemeinden.

**Behauptet wird: Die Österreicherinnen und Österreicher wollen die Zusammenlegung von Gemeinden.**

Richtig ist: Die Zugehörigkeit zu einer Gemeinde ist ein wichtiges Identifikationsmerkmal und oft sehr emotionales Thema für die Menschen.

**Behauptet wird: Die Gemeinden beschäftigen zu viele Mitarbeiter.**

Richtig ist: Die Gemeinden beschäftigen rund 73.000 Mitarbeiter, der Personalstand der Länder beträgt 141.000, der des Bundes beträgt 132.000 Mitarbeiter/innen (Stand 2009).

## Arbeitsprogramm des Gemeindebundes

# 2010 wird ein Jahr voller Herausforderung

Das Jahr 2010 birgt für die Gemeinden und damit auch für den Österreichischen Gemeindebund eine Unzahl an Herausforderungen. Die Finanzen der Gemeinden sind schwer unter Druck geraten, die Aufgaben steigen. Mit seiner Arbeit versucht der Gemeindebund die Kommunen zu unterstützen und zu entlasten.

Dr. Robert Hink

Eine der Kernaufgaben des Gemeindebundes ist die Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Gemeinden. In einem Jahr, das nach wie vor eklatant von den Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise geprägt sein wird, ist dies eine besonders wichtige Aufgabe. Die Suche nach neuen Finanzierungsmöglichkeiten und die Aus-

lösung von Sparpotenzialen sind daher wichtige Schwerpunkte unserer Arbeit. Gleichzeitig gibt es Verhandlungen rund um die Reform des Finanzausgleichs, hier arbeitet eine Expertengruppe mit dem Ziel, mehr Verteilungsgerechtigkeit und eine Stärkung des ländlichen Raumes zu erreichen. Auch die Mitwirkung an der Sanierung des Staatshaushaltes mit der Erarbeitung eines Stabilitätspfades für die kommenden Jah-

re zählt zu den Aufgaben des Gemeindebundes, die er gemeinsam mit Bund und Ländern durchzuführen hat. Essentieller Bestandteil aller diesbezüglichen Überlegungen sind auch die Kostenentwicklungen

Essentieller Bestandteil unserer Überlegungen zu mehr Verteilungsgerechtigkeit sind auch die Kostenentwicklungen in den Bereichen Pflege- und Altenbetreuung und Kinderbetreuung. Hier haben die Gemeinden seit Jahren mit Kostensteigerungen im zweistelligen Prozentbereich zu kämpfen.

gen in den Bereichen Pflege- und Altenbetreuung und Kinderbetreuung. Hier haben die Gemeinden seit Jahren mit Kostensteigerungen im zweistelligen

Prozentbereich zu kämpfen; angesichts sinkender Einnahmen wirkt dies doppelt schwer. Die Ausdehnung der Kinderbetreuung und die Einführung von kostenfreien Betreuungsangeboten belasten die Gemeinden schwer. Diesem Problem werden sich die Gemein-



vortr. Hofrat Dr. Robert Hink ist Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes

den auch 2010 verstärkt in ihrer Arbeit widmen.

Ein wichtiges Betätigungsfeld haben die Gemeinden beim Klimaschutz, ein Bereich, in dem auch die Vorbildrolle der Gemeinden von großer Bedeutung ist. Mit der Roadshow „Kommunale Beleuchtung“, die der Gemeindebund gemeinsam mit Partnern im Laufe des Jahres durchführen wird, werden zahlreiche Möglichkeiten zur Kostenreduktion bei der kommunalen Beleuchtung aufgezeigt. Dabei sind insgesamt sechs Informationsveranstaltungen in ganz Österreich vorgesehen. Ein weiteres – in Ausarbeitung befindliches – Projekt soll die Gemeinden bei Klimaschutzprojekten unterstützen und ihnen kostenfreie Beratungsleistungen zur Verfügung stellen.

Politisch wird ein weiterer Schwerpunkt der Gemeindebund-Arbeit auf der Mitwirkung an der Erarbeitung der Donauraum-Strategie sowie der Einforderung einer Aufgabenreform liegen. Bevor nicht klar ist, welche Gebietskörperschaft welche Aufgaben erledigen soll, macht eine Debatte um eine Verwaltungsreform keinen Sinn. Der Gemeindebund verlangt klare Zuständigkeiten in den Aufgabenbereichen und den Abbau von Doppelgleisigkeiten zwischen Bund, Ländern und Gemeinden.

Der 57. Österreichische Gemeindetag, der am 9. und 10. September in Graz stattfindet, wird sich dem Thema „Erneuerbare Energien als Wirtschaftsfaktor“ widmen. 2000 Gemeindevertreter werden zu diesem Ereignis erwartet; auch eine Kommunalmesse wird an diesen Tagen stattfinden.

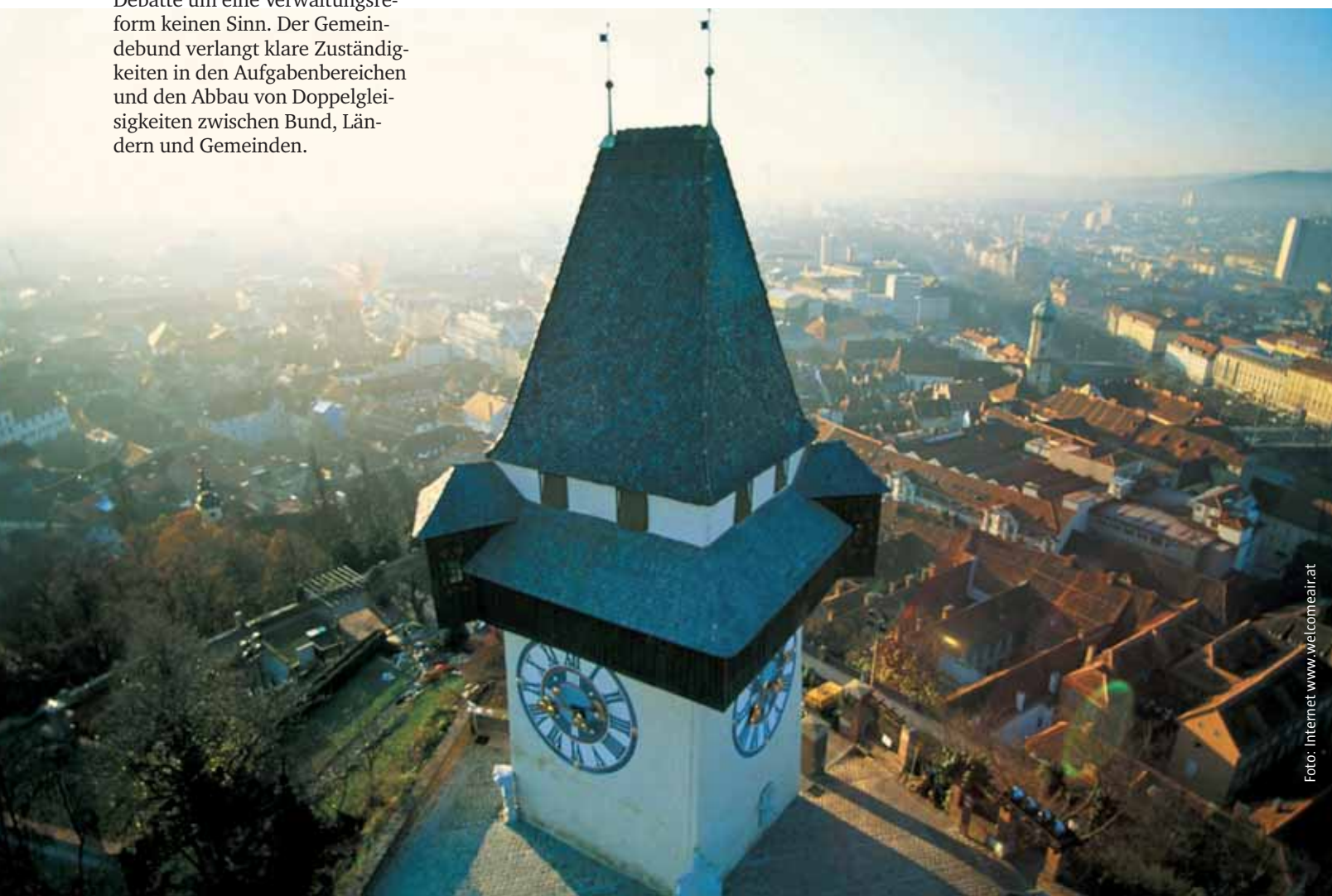
Auf rechtlicher und wissenschaftlicher Ebene wird im Jahr 2010 das Problem der Haftungen von Gemeindeorganen und Bürgermeister/innen ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt sein. Dazu ist für November 2010 auch ein Symposium in Wien geplant, bei dem Experten, Wissenschaftler und Praktiker sich über Auswege aus diesem Dilemma austauschen können. Die Klagen und gerichtlichen Auseinandersetzungen, in die Gemeinden verwickelt werden, nehmen ständig zu, teils geht das bis zu persönlichen Haftungsfragen von Bürgermeister/innen.

### Zwei Großereignisse prägen 2010

Organisatorisch werden zwei Großereignisse das Jahr 2010 prägen. Von 28. bis zum 30. Juli

finden in Bad Aussee wieder die „Kommunalen Sommergespräche“ statt, diesmal unter dem Thema „Haben die Kleinen (noch) eine Chance?“ Mit prominenten Gästen aus Politik und Wirtschaft diskutieren Kommunalpolitiker dabei Strategien zum Erhalt der Gemeindestrukturen in Österreich. Im Vorfeld zu diesen Gesprächen wird der Gemeindebund seine jährliche große Bürgermeisterumfrage durchführen und auch einen repräsentativen Teil der Bevölkerung zu kommunalen Themen befragen lassen.

Der 57. Österreichische Gemeindetag, der am 9. und 10. September in Graz stattfindet, wird sich dem Thema „Erneuerbare Energien als Wirtschaftsfaktor“ widmen. Mehr als 2000 Gemeindevertreter aus ganz Österreich werden zu diesem Ereignis erwartet, auch eine Kommunalmesse wird an diesen beiden Tagen in Graz im Umfeld des Gemeindetages abgehalten werden. Zu Gast werden erneut die Spitzen der Republik, u. a. der Bundespräsident und Vertreter der Bundesregierung, sein.



Schon im Mai 2010 beteiligt sich der Gemeindebund am Symposium „Ortskernbelebung“, das in der Vorarlberger Gemeinde Schwarzenberg stattfinden wird. Sehr intensiv engagiert sich der Gemeindebund beim „Audit familienfreundliche Gemeinde“. Immer mehr Kommunen erkennen die großen Möglichkeiten und Chancen, die dieses Audit bietet. Rund 100 Gemeinden befinden sich inzwischen in diesem Audit-Prozess und sind damit auf dem Weg zur Vollzertifizierung. Auf internationaler Ebene sind wiederum zwei Bürgermeisterreisen vorgesehen, die eine führt im Frühjahr nach Madrid, die zweite im Herbst nach Brüssel. Zwischen 50 und 70 Kommunalvertreter/innen aus ganz Österreich nehmen in der Regel an diesen Reisen teil, bei denen es zu Treffen auf höchster Ebene mit Vertretern der jeweiligen EU-Ratspräsidentschaft, den lokalen Schwesterverbänden und österreichischen Politikern kommt. Die Unterstützung bzw. Teilnahme an Wettbewerben hat der Gemeindebund in den vergangenen Jahren drastisch reduziert, inzwischen ist die Vielfalt und Dichte an Wettbewerben enorm hoch geworden, gelegentlich sind die Gemeinden damit sogar überfordert und können gar nicht an allen passenden Wettbewerben teilnehmen. Im Jahr 2010 wird sich das Engagement des Gemeindebundes daher auf die Unterstützung des Verkehrssicherheitspreises für Gemeinden und die Ausschreibung des Wissenschaftspreises „Preis der Kommunen“ beschränken. Eine Neuauflage des großen Klimaschutz-Bewerbs für Gemeinden steht noch in Frage. Darüber hinaus hat der Gemeindebund seine statutarisch definierten Aufgaben wahrzunehmen; er organisiert alle notwendigen Gremialsitzungen, begutachtet hunderte Gesetze, erarbeitet und koordiniert Standpunkte der Gemeinden zu Bundesgesetzen und bringt sich auf europäischer Ebene in die zuständigen Gremien ein. Die Vielfalt der Aufgaben, Pläne und Projekte können Sie am besten als regelmäßiger Leser auf [www.gemeindebund.at](http://www.gemeindebund.at) nachlesen.

## KOMMUNAL-Kolumne

*Wie viele Bahnübersetzungen sind zumutbar?*

# Zählen Sie einmal, wer im Ort welche Bahnübergänge braucht

*Die Bahnübergänge-Diskussion der vergangenen fünf Wochen, losgetreten vom Verkehrsministerium, schlägt noch immer Wellen in unserem glücklichen Land. Glücklicherweise, weil wir offenbar keine anderen Sorgen haben, als die Menschen im Land immer weiter zu entmündigen. Das nächste wird ja sein, jede Warn- und Tafel zu polstern oder jede Gehsteigkante knallgelb anzumalen, denn es könnte ja ein „Hans - ...“ oder auch eine „Grete-guck-in-die-Luft“ auf die Nase fallen. Zahlen und darum kümmern sollen sich die Gemeinden, die haben ja sowieso nichts Besseres zu tun.*

*Aber zurück zu den Bahnübersetzungen. In einer ruhigen Minute haben wir uns hingekümmert und durchgezählt, wie viele Bahnübersetzungen es denn in einer durchschnittlichen Gemeinde geben mag – das gilt natürlich nur für Gemeinden, die an einer Bahnstrecke liegen. Nun kommt der Autor aus einer durchschnittlichen Landgemeinde im südlichen niederösterreichischen Voralpenland. Die Gemeinde liegt am Beginn eines Tals und ist daher eher schmal (rund 700 Meter) und lang (so um die zweieinhalb Kilometer). Und obwohl ich schon fast 20 Jahre nicht mehr dort wohne, fallen mir auf Anhieb neun Bahnübergänge ein. Mit Schranken gesichert sind mir lediglich zwei in Erinnerung, weitere zwei sind mit Andreaskreuzen und Lichtsignalen gesichert, vier weitere (praktisch schon im freien Feld) sowie eine nur für Fußgänger mit Andreaskreuzen. Nicht gerechnet die eigentliche Bahnstrecke durch den Ort, die natürlich ungesichert ist und über die – der Autor bildete als Schüler keine Ausnahme – eilige Gemeindebürger und innen jederzeit einen Abschnieder nehmen. Der Kernpunkt ist jetzt, dass die*

*Gemeinde lediglich fünf Bahnübergänge braucht, wohingegen vier fast nur dazu da sind, damit die Bauern (es gibt sie noch in unserem schönen Ort) ihre beiderseits der Bahnstrecke gelegenen Felder bearbeiten können. Die zirka 800 Meter zurück in den Ort zur nächsten regulären und sicheren Bahnübersetzung sowie der Weg auf der anderen Seite zurück sind offenbar nicht zumutbar.*

*Die Gemeinden müssten nach allem, was bekannt ist, diese Übergänge natürlich auch sichern. Und damit sind wir erstens bei den kolportierten rund drei Milliarden Euro – die derzeit wirklich niemand hat – und zweitens bei der Frage, an welchen Bahnübergängen die Öffentlichkeit eigentlich wirklich Interesse hat. Denn streng genommen müsste die Gemeinde ja nur bei jenen Bahnübergängen aktiv werden, die „im öffentlichen Interesse“ liegen (die Frage dieser Finanzierbarkeit lassen wir fürs erste einmal beiseite).*

*Aller Voraussicht nach sind aber bei dieser Causa nur drei Dinge völlig sicher.*

*Erstens: Weder Bund noch Länder werden – über vor allem in Vorwahlzeiten übliche reflexartigen Versicherungen und haltlosen Versprechungen hinaus – aktiv.*

*Zweitens: Bevor die Bauern – oder auch die Jäger am direktesten Weg in den Wald – auch nur einen Cent mitzahlen, gibt's einen Aufstand, und drittens: Die Gemeinden werden weiter mit dem Dilemma überbleiben und ihre Vertreter sich als geldgeile Sesselknecker beschimpfen lassen müssen.*

*heb*

Ihre Meinung erwünscht an [leserbriefe@kommunal.at](mailto:leserbriefe@kommunal.at)

## Aktuelle Änderungen im Wahlrecht

# Kuvert mit Lasche

Im allerletzten Moment hat der Gesetzgeber Ende Jänner 2010 eine größere Wahlrechtsreform beschlossen, die am 1. März 2010 in Kraft tritt und bereits zur Bundespräsidentenwahl 2010 zum Tragen kommen wird. KOMMUNAL bringt einen Überblick.

Mag. Robert Stein

Die Briefwahl als zusätzliches voting channel ist bei der Nationalratswahl 2008 aus administrativer Sicht äußerst erfolgreich verlaufen. Nicht weniger als 375.000 Österreicherinnen und Österreicher haben ihre Stimme bei dieser Wahl mittels Brief-

Bei der Briefwahl 2008 hat sich der Wahlkarten-Vordruck insofern als mangelhaft erwiesen, als dass ein fehlendes Datum neben der Unterschrift, mit der die eidesstattliche Erklärung abgegeben wurde, zu einem Nicht-Miteinbeziehen der Wahlkarte geführt hat.

wahl abgegeben, wobei sich in der Praxis folgende Verbesserungserfordernisse ergeben haben:

► Bei der Briefwahl im Jahr 2008 hat sich der Wahlkarten-Vordruck in der Zusammenschau mit den Gründen, die als Nichtigkeitsgründe im Gesetz angeführt sind, insofern als mangelhaft erwiesen, als dass ein fehlendes Datum neben der Unterschrift, mit der die eidesstattliche Erklärung abgegeben wurde, zu einem Nicht-Miteinbeziehen der Wahlkarte geführt hat, und zwar auch für den Fall, dass die Wahlkarte offenkundig vor Schließen des letzten Wahllokals, und somit rechtzeitig, verwendet worden ist.

► Darüber hinaus sind bei der Auswertung der Wahlkarten durch die Bezirkswahlbehörden Wahlkarten mit bestimmten Merkmalen aufgetreten, die nach dem Buchstaben des Gesetzes nicht mit einem Nichtig-

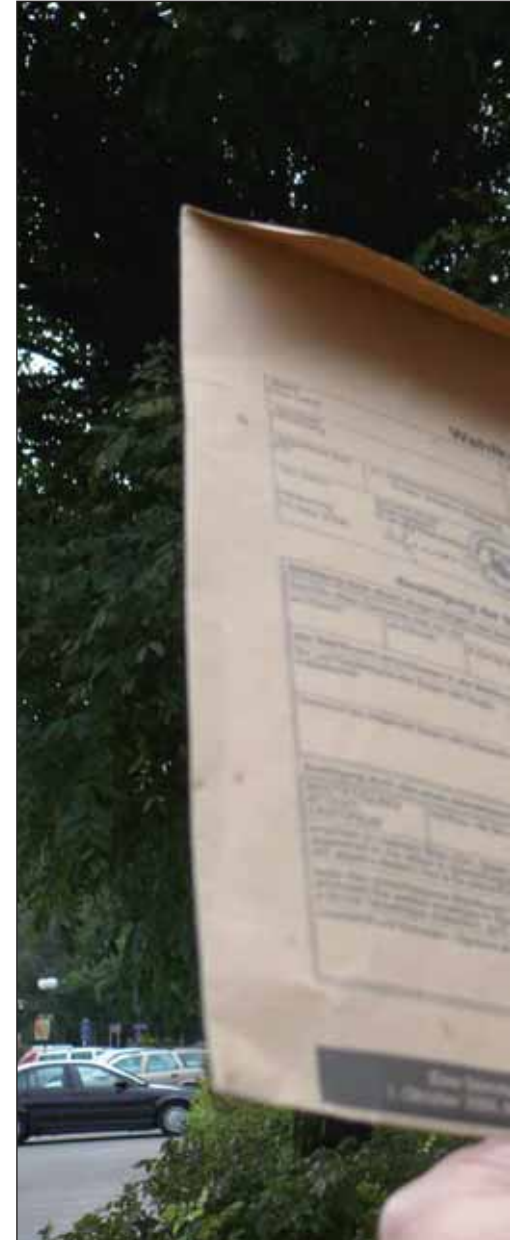


Mag. Robert Stein ist Leiter der Abteilung III/6 (Wahlangelegenheiten) im Innenministerium

keitsgrund behaftet waren, aber de facto dennoch nicht in die Ergebnisermittlung mit einbezogen werden konnten. Als Beispiel seien hier stark beschädigte Wahlkarten herausgestrichen. Der Gesetzgeber des Jahres 2007 hatte dem Bezirkswahlleiter die Prüfung der Unversehrtheit einer Wahlkarte angeordnet, jedoch in der Rechtsordnung keine Konsequenz verankert, die im Fall einer solchen Beschädigung zu ziehen ist.

### Konsequenzen aus den ersten Wahlen

Anfang 2009 wurde eine Wahlrechtsform umgesetzt, die sich jedoch nur auf die Europawahl und damit verbunden auf die Europawahlordnung und das Europa-Wählerevidenzgesetz beschränkt hat. Wesentliches Element dieser Gesetzesnovelle war eine gründliche Neuordnung und Adaptierung der oben erwähnten Nichtigkeitsgründe, mit dem Ziel, dass alle Wahlkarten, für die keine Nichtigkeitsgründe vorliegen, in die Ergebnisermittlung mit einbezogen werden können, und dass nur genau jene Wahlkarten, auf die dies nicht zutrifft, aus dem weiteren Ermittlungsprozess auszuscheiden haben. Außerdem wurde eine denkbar einfache Lösung bezüglich der eidesstattlichen Erklärung gefunden. Nunmehr reicht die Unterschrift in der Rubrik der eidesstattlichen Erklärung für eine rechtsgültige Stimmabgabe aus. Diese Vereinfachung erscheint mehr als gerechtfertigt, hatten doch die Bezirkswahlbehörden bei der Na-



tionalratswahl 2008 in vielen Fällen ohnedies keine Möglichkeit, die auf Wahlkarten gemachten Angaben in irgendeiner Weise zu prüfen. Der Gesetzgeber konnte sich jedoch nicht dazu durchringen, diese Reformen auf alle Wahltypen zu übertragen, so dass insbesondere bei der Bundespräsidentenwahl 2010 die Rechtslage des Jahres 2007 zum Tragen gekommen wäre, hätte es nicht eine weitere Gesetzesänderung gegeben.

### Wahlrechtsänderungsgesetz 2010

Nach Beschlussfassung im Nationalrat am 29. 1. 2010 ist das Gesetz am 1. 3. 2010, das war der Tag vor dem Stichtag zur Bundespräsidentenwahl, in Kraft getreten. Bei den wesentlichen Elementen des Wahlrechtsänderungsgesetzes 2010 handelt es sich in erster Linie um jene Änderungen, die durch die Novelle 2009 für die Europawahl bereits umgesetzt, nicht je-



Beim neuen Kuvert handelt es sich im eigentlichen Sinn um eine Kuverttasche, bei der die Lasche so groß ausgeführt ist, dass durch sie die Daten sowie das Unterschriftsfeld abgedeckt sind.

klebt werden, dass die Daten nicht mehr sichtbar, aber dennoch nicht mit Klebstoff behaftet sind. Die etwa 20 x 10 cm große Lasche weist exakt über den beschriebenen Daten eine weitere Lasche auf, die mittels einer Perforation eingegrenzt ist und bei der Bezirkswahlbehörde von der Wahlkarte entfernt werden kann. Nach Abreißen dieser Lasche können die Daten beim Einlangen der Wahlkarte gesehen und erfasst werden, ohne dass das Kuvert bereits geöffnet und das sich im Kuvert befindliche Wahlkuvert mit dem ausgefüllten Stimmzettel bereits zugänglich wäre. So ist sichergestellt, dass die Daten gleich beim Einlangen der Wahlkarte erfasst werden können, aber das Öffnen der Wahlkarte und der damit verbundene Anonymisierungsvorgang nur vor versamelter Wahlbehörde erfolgt.

Nicht weniger als 375.000 Österreicherinnen und Österreicher haben ihre Stimme bei der Nationalratswahl 2008 mittels Briefwahl abgegeben

doch für die anderen Wahlereignisse in die Rechtsordnung übergeführt worden sind. Dazu zählen insbesondere

- ▶ die Präzisierung der Nichtigkeitsgründe,
- ▶ die Verbesserung des Layouts der Wahlkarte
- ▶ sowie der Wegfall des Portos für ihre Übermittlung an die Bezirkswahlbehörde.

In zwei Phasen kam jedoch das Erfordernis der Lösung zweier weiterer Probleme hinzu, deren Umsetzung sich durch den gesamten Entwurf „wie ein roter Faden“ durchzieht:

- ▶ Einer Empfehlung des Datenschutzrates folgend, wurde ei-

Bei den wesentlichen Elementen des Wahlrechtsänderungsgesetzes 2010 handelt es sich unter anderem auch um Verbesserungen des Layouts der Wahlkarte.

ne neue Wahlkarte entwickelt, bei der die Daten der Wahlberechtigten – insb. die Unterschrift – mit einer Lasche abgedeckt sind.

- ▶ Nach Inkrafttreten des Europäische Partnerschaftsgesetzes wurden sämtliche Wahlrechtskodifikationen dahingehend angepasst, dass neben dem Terminus „Familiename“ auch der Terminus „Nachname“ aufscheint. Davon waren insb. zahlreiche Formulare betroffen.

### Kuverttasche mit Lasche

Beim neuen Kuvert handelt es sich im eigentlichen Sinn um eine Kuverttasche, bei der die Lasche so groß ausgeführt ist, dass durch sie die Daten sowie das Unterschriftsfeld abgedeckt sind. Nach Ablösen eines Silikonstreifens durch den Wähler/die Wählerin kann die Wahlkarte in der Weise zuge-

### Fact-Box RFG

Mehr zu den Details des Wahlrechtsänderungsgesetzes finden Sie im Heft 1/2010 der RFG! Recht & Finanzen für Gemeinden (RFG) ist eine Kooperation zwischen dem Österreichischen Gemeindebund, Kommunalkredit, kommunals, Leitner + Leitner, RPW NÖ GBG und dem Verlag MANZ.



#### Abo-Preis:

Kennenlern-Abo: Zwei Hefte zum Preis von nur 20 Euro  
 MANZ Bestellservice:  
 Tel.: (01) 531 61-100  
 Fax: (01) 531 61-455  
 E-Mail: [bestellen@manz.at](mailto:bestellen@manz.at)

Neues Konzept für die Versorgung Österreichs mit Postdienstleistungen

# Flächendeckende und vor allem dauerhafte Versorgung wichtig

Ende letzten Jahres sind wesentliche Teile des neuen Postmarktgesetzes mit dem Ziel eines Mindestversorgungsgrades an Post-Geschäftsstellen in Kraft getreten. Die Service- und Partneroffensive der Post AG gemeinsam mit der WKO und dem Gemeindebund geht nun mit dem Ziel „Jeder Gemeinde ihre Poststelle“ weit über das gesetzlich geforderte Mindestmaß hinaus.

Der Begriff Post-Universaldienst bedeutet ein Mindestangebot an Postdiensten und umfasst im Wesentlichen dieselben Leistungen, wie sie schon das Postgesetz 1997 bestimmt hat. Daher beinhaltet der Universaldienst die Abholung, Sortierung, den Transport und die Zustellung von Postsendungen bis zwei Kilo sowie Postpakete bis zehn Kilo und die Dienste für Einschreib- und Wertsendungen.

Das Postmarktgesetz sieht eine bundesweite, flächendeckende Versorgung mit diesen Leistungen erst bei Erfüllung von zwei wesentlichen Kriterien als gegeben an. Zum einen darf die gesetzlich festgelegte Mindestanzahl von 1650 (eigen- oder fremdbetriebenen) Post-Geschäftsstellen nicht unterschritten werden. Von diesen 1650 dürfen zehn Prozent oder 165 Post-Geschäftsstellen in Form von:

- ▶ Geschäftsstellen mit kürzeren Öffnungszeiten als gesetzlich grundsätzlich vorgesehen oder
- ▶ Geschäftsstellen, die nicht alles anbieten, was für die Inanspruchnahme des Universaldienstes erforderlich ist (Verkauf von Briefmarken), betrieben werden.

Damit aber eine Versorgung auch in ländlichen, entlegenen Gebieten gewährleistet wird,



Foto: Christine Houdek/Post

Der Gemeindebund kann als Erfolg verbuchen, dass es künftig in jeder Gemeinde eine Poststelle zumindest in Form eines Partners geben soll.

verlangt das Gesetz nicht nur eine Mindestanzahl an Post-Geschäftsstellen, sondern darüber

hinaus deren Erreichbarkeit. Daher hat der Universaldienstbetreiber dafür Sorge zu tragen, dass für mehr als 90 Prozent der Bürger

- ▶ in Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern sowie in allen Bezirkshauptstädten in maximal 2000 Metern und
- ▶ in allen anderen Regionen in maximal 10.000 Metern eine Post-Geschäftsstelle erreichbar ist.

## Prüfungs- und Kontrollverfahren

Ziel des neuen Postmarktgesetzes ist die Aufrechterhaltung der flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung mit Post-Dienstleistungen. Die Intention des Gesetzgebers war daher nicht, der Post AG die Schließungen von Postämtern zu versagen. Ob daher die Versorgung durch das klassische Postamt (eigenbetriebene Post-Geschäftsstelle) oder durch eine fremdbetriebene Post-Geschäftsstelle (z. B. Post.Partner) erfolgt, ist grundsätzlich irrelevant. Dem Universaldienstbetreiber ist es unbenommen, in welcher Form (eigen- oder fremdbetrieben) er seine Postdienste anbietet. Da dieser aber aus Kostengründen versucht ist, viele Postämter in fremdbetriebene Post-Geschäftsstellen „umzuwandeln“, sieht das Gesetz Prüfungs- und Kontrollmechanismen im Vorfeld einer beabsichtigten Schließung eines Postamtes vor. Sollte durch die Schließung die Versorgungsqualität in der betroffenen Region verloren gehen, so kann die zuständige Behörde die Schließung untersagen.

Das Gesetz knüpft die Zulässigkeit der Schließung eines Postamtes zunächst an zwei unabdingbare Voraussetzungen, die beide vorliegen müssen:

- ▶ die kostendeckende Führung der eigenbetriebenen Postgeschäftsstelle (des Postamtes) muss dauerhaft ausgeschlossen sein und
- ▶ die Erbringung des Universaldienstes muss durch eine andere eigen- oder fremdbetriebene Post-Geschäftsstelle gewährleistet sein.

Beabsichtigt der Universaldienstbetreiber ein Postamt zu schließen, so hat er zunächst die von der Schließung betroffenen Gemeinden

- ▶ von der beabsichtigten Schließung zu informieren,
- ▶ zu Gesprächen über alternative Lösungen einzuladen und
- ▶ diesen Unterlagen vorzulegen, welche
  - ▶ die mangelnde Kostendeckung des Postamtes und
  - ▶ die Versorgungssicherheit durch alternative Lösungen belegen.

In weiterer Folge hat der Universaldienstbetreiber die beabsichtigte Schließung des Postamtes der zuständigen Regulierungsbehörde (Post-Control-Kommission) anzuzeigen und ihr Unterlagen zu übermitteln, aus denen sich der Nachweis ergibt, dass

- ▶ die kostendeckende Führung des Postamtes dauerhaft ausgeschlossen ist und
- ▶ die betroffenen Gemeinden zu Gesprächen über alternative Lösungen (zumindest) eingeladen wurden.

Die Regulierungsbehörde prüft daraufhin die Anzeige samt den ihr übermittelten Unterlagen auf ihre Vollständigkeit und informiert den eigens eingerichteten Post-Geschäftsstellen-Beirat (beratendes Organ der Regulierungsbehörde). Sollten die vorgelegten Unterlagen vollständig sein, so ist es dem Universaldienstbetreiber vorläufig für drei Monate untersagt, das betreffende Postamt zu schließen. In diesen drei Monaten hat der Universaldienstbetreiber im Zusammenwirken mit den betroffenen Gemeinden alternative Lösungen zu suchen. Gleichzeitig hat die Regulierungsbehörde die Schließungsvoraussetzungen (mangelnde Kostendeckung und alternative Versorgungs-

lösungen) zu prüfen und den Post-Geschäftsstellen-Beirat anzuhören und seine Stellungnahmen entgegenzunehmen. Der Post-Geschäftsstellen-Beirat, in dem der Österreichische Gemeindebund, der Städtebund und die Verbindungsstelle der Bundesländer vertreten sind,

- ▶ hat die Regulierungsbehörde in Fragen der flächendeckenden Versorgung mit Post-Geschäftsstellen zu beraten,
- ▶ ist vor Entscheidungen der Regulierungsbehörde zu hören und
- ▶ hat das Recht, Empfehlungen und Stellungnahmen abzugeben.

Da der Post-Geschäftsstellen-Beirat berechtigt ist, Auskunft über alles zu verlangen, was für die



Post-Filialnetz-Vorstand Herbert Götz, Post-Generaldirektor Georg Pölzl, WKÖ-Präsident Christoph Leitl und Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer verkünden Ende Jänner „Mehr Post für Österreich“.

Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist – dies betrifft insbesondere auch Auskünfte über Angaben betreffend die kostendeckende Führung eines Postamtes –, kann sich dieser ein umfassendes Bild über die spezielle Sachlage machen und eine fundierte Stellungnahme abgeben. Zwar unterliegen die Stellungnahmen des Beirats der freien Beweiswürdigung, dennoch stellen diese eine wichtige Entscheidungshilfe für die Regulierungsbehörde dar.

### Verfahren bei Universaldienstbeschwerden

Ergänzend zu den Mindestanforderungen des Universaldienstes und als Instrument für

Auch Gemeinden selbst können – wenn sie das wollen – über das Gemeindeamt eine Post-Partnerschaft betreiben.

Der Universaldienstbetreiber hat dafür Sorge zu tragen, dass unter anderem für mehr als 90 Prozent der Bevölkerung in maximal 10.000 Metern eine Post-Geschäftsstelle erreichbar ist.

deren Aufrechterhaltung sieht das Postmarktgesetz erstmalig eine Beschwerdemöglichkeit für Gemeinden, Länder und gesetzliche Interessensvertretungen vor. Diese können der RTR-GmbH allenfalls bestehende Leistungsmängel (fehlende Post-Geschäftsstelle; Öffnungszeiten; Leistungsumfang etc.) anzeigen. Sollte die RTR-GmbH aufgrund einer Überprüfung der Ansicht sein, dass der Universaldienst beeinträchtigt sein könnte, so hat sie die Beschwerde unverzüglich an die zuständige Post-Control-Kommission (Regulierungsbehörde) weiterzuleiten. Die Regulierungsbehörde hat in weiterer Folge entsprechende Aufsichtsmaßnahmen (Untersuchungen, Erhebungen, bescheidmäßige Aufträge etc.) einzuleiten und den Post-Geschäftsstellen-Beirat einzuschalten, der wiederum ein Anhörungs- und Stellungnahmerecht hat.

### Mehr Post für Österreich

Unter dem Titel „Mehr Post für Österreich“ wurde am 25. Jänner 2010 die Service- und Partneroffensive der Post AG gemeinsam mit der Wirtschaftskammer und dem Gemeindebund präsentiert. Infolge der hohen Akzeptanz der „Post.Partner“ durch die Bevölkerung soll diese Form der Bereitstellung der Postdienste in Zukunft vermehrt in den Mittelpunkt gerückt werden.

Dies muss aber nicht unweigerlich mit der Schließung bzw. Umwandlung eines klassischen Postamtes einhergehen. Ganz im Gegenteil. Abgesehen davon, dass sich die Post AG im Rahmen dieser Offensive verpflichtet hat, kein Postamt ersatzlos zu schließen, soll es in Zukunft in jeder Gemeinde eine Post-Geschäftsstelle geben, sei es als Postamt oder als Post.Partner.

Jury-Vorsitzender LR Viktor Sigl, Moderatorin Kati Bellowitsch vom ORF und der Organisator hinter den Kulissen von WiR, Christian Kunstmann vom Wirtschaftsbund, eröffneten den Reigen der Reden und Ehrungen.



Links: Wirtschaftsbund-Präsident Christoph Leitl: „Die Kooperationsprojekte mit den Gemeinden sind klarer Ausdruck unserer Grundhaltung: Gemeinsam geht es besser.“ Rechts: Gebührend vor den Vorhang geholt wurden vor allem jene, denen der Abend gewidmet war – die Projektträger aus den Gemeinden Österreichs.



WiR: Starke Ideen aus den Regionen mit KOMMUNAL gesucht und gefunden

# 1151 Projekte aus ganz Österreich zeigten Kreativität

Bei einer Gala im Messezentrum in Wien wurden die Siegerprojekte der Initiative WiR vorgestellt und ausgezeichnet. Wirtschaftsbund-Präsident Christoph Leitl, Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner, Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer und Wirtschaftsbund-Generalsekretär Peter Haubner prämierten die zwölf Sieger.

Anlässlich der großen Gala des Wettbewerbs „WiR – Wirtschaft in der Region“ zeichneten Wirtschaftsbund-Präsident Christoph Leitl und Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner die Bundessieger aus. Unter der Patronanz von Wirtschaftsbund-Generalsekretär Peter Haubner, Landesrat Viktor Sigl und Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer wurden die innovativsten Entwicklungs- und Kooperationsprojekte zur Stärkung der regionalen Wirtschaft prämiert.

Das an die Unternehmervorteiler übergebene Preisgeld beträgt insgesamt 150.000 Euro. Wirtschaftsbund-Generalsekretär Haubner: „1151 eingereichte Projekte und Ideen zeigen die innovative Kraft der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Diese sind tatsächlich das starke Rückgrat unserer Wirtschaft. Regionale Initiativen in Zusammenarbeit mit Gemeinden und Vereinen stellen die Verantwortung der Unternehmerinnen und Unternehmer gegenüber der Gesell-

schaft eindrucksvoll unter Beweis. Die 12 Siegerprojekte aus allen Bundesländern spiegeln die gesamte Bandbreite der heimischen KMU wider: Von Gastronomie über Handwerk, von Gewerbe bis zur erneuerbaren Energie. Die Tatkraft und Einsatzfreude der österreichischen Unternehmerinnen und Unternehmer ist beeindruckend. Die KMU als Visitenkarte der österreichischen Wirtschaft haben beste Rahmenbedingungen verdient – in Ländern und Gemeinden sind sie Angelpunkt und Triebfeder des Zusammenhalts.“

Wirtschaftsbund-Präsident Christoph Leitl strich in seiner Rede vor rund 1000 Gästen aus allen Bundesländern die unternehmerischen Leitbilder hervor: „Ich bin stolz auf die Unternehmerinnen und Unternehmer Österreichs. Ihnen haben wir die enorme Kraft des Wirtschaftsstand-





Oben: Besonders freute sich Gemeindebund-Chef Mödlhammer, als er dem Grafenwörther Bürgermeister Alfred Riedl den Preis für das Projekt „Konjunkturprogramm Wagram“ überreichte.

Überaus erfreut über den Erfolg der Aktion war auch Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner (links).

Mehr als 1000 Gäste füllten die Halle auf dem Gelände der Wiener Messe (rechts).



orts Österreich zu verdanken. Als Rückgrat der Wirtschaft sind die KMU Garanten für Innovation und Beschäftigung. Die Kooperationsprojekte mit den Gemeinden sind klarer Ausdruck unserer Grundhaltung: Gemeinsam geht es besser.“

Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner strich die positive Unterscheidung zwischen globalen Finanzströmen und realer lokaler und regionaler Wirtschaft hervor: „Die österreichische Wirtschaft in den Regionen erfüllt die Bedürfnisse der Menschen und erfüllt die Kriterien der Nachhaltigkeit. Gepaart mit Lust auf Leistung ist diese Kombination ein echtes Erfolgsmodell made in Austria.“

Auch Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer war vom Erfolg der Aktion „WiR“ begeistert: „Wir haben hier Preise übergeben, mit denen umgesetzte Projekte in den Regionen ausgezeichnet wurden. Sie sind Beleg dafür, dass weder in der Wirtschaft, noch in den Regionen und Gemeinden nur dahergeredet, sondern auch umgesetzt wird. Und ich sage Ihnen ganz ehrlich, auch wenn das der Herr Bundesminister vielleicht nicht hören will: Gerade in der Krise sind genau das jene Konjunkturpakete, die wir dringend brauchen. Gerade die vielen kleinen und mittleren Investitionen vor Ort helfen unserer Wirtschaft, sich von der Krise zu er-

holen. Jeder dort investierte Euro wird erheblich schneller und wirksamer investiert, als wenn man Milliardenbeträge in riesige Projekte pumpt.“

### Die WiR-Siegerprojekte

Bundessieger in der Kategorie „**lokale und regionale Projekte**“ wurden der Biosphärenpark Lungau, die Aktion „Für Dich da“ von 6700 Wiener Unternehmen, die gemeindeübergreifende Frequenzerhebung für Ortskerne und Innenstädte, das Innovationsprojekt Kaunertal, die Aktion „Nahversorgung – modern und effizient“, und der Verein „Quo vadis Lavanttal“.

Bundessieger in der Kategorie „**Ideenpool für noch nicht realisierte Initiativen**“ wurden das Badener Gemeinschaftsbüro „CityOffice 2.5“, das „Lebensquellental Pölstal“, das „Grünes Hüttendorf“ in Markt St. Martin, das Projekt „Innenstadtbelebung – Projekt Kinderbetreuung“, das „Konjunkturpaket Wagram“ und die Aktion „So.Si.WE Sonne und Sicherheit in der Südweststeiermark“.

### Information

Alle Sieger und ihre Projekte, ausführliche Berichte des Wettbewerbs und jede Menge Fotos gibt's auf [www.wirtschaftinderregion.at](http://www.wirtschaftinderregion.at) zum Anschauen und Gustieren.

### Schwerstarbeit für die Jury



Höchstes Lob gebührt der großen – und hochmotivierten – Jury, die sich durch die 1151 Projekte „kämpfte“ (oben). Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner „wühlte“ sich an der Seite von WK-Generalsekretärin Anna Maria Hochhauser und Wirtschaftsminister Peter Haubner (unten) ebenso durch den Berg der Projekte wie Kommunalverlags-Chef Michael Zimmer (unten 2. von rechts).



## Getränksteuer ist nicht gleich Getränkesteuer Stichwort Getränkesteuer

In der Jänner-Ausgabe von KOMMUNAL wurde über das derzeit laufende Gesetzesprüfungsverfahren zweier Passagen des Finanzausgleichsgesetzes (FAG 2008) berichtet – der aktuelle Getränkesteuerausgleich und somit der Verteilungsmechanismus für knapp fünf Prozent der Gemeindeertragsanteile steht also derzeit auf dem Prüfstand des Verfassungsgerichtshofes (VfGH).

Wenn nun also das Stichwort Getränkesteuer auftritt, kann es sich derzeit um drei Fallgruppen handeln:

### ► Getränkesteuerausgleich

Die oben erwähnte derzeitige Gesetzesüberprüfung des Getränkesteuerausgleichs durch den VfGH. Mittlerweile wurde neben der Stellungnahme der

Aspektes – die Beteiligung des Bundes an den Getränkesteuerrückzahlungen der Gemeinden an den Handel konnte endlich fixiert werden – melden. Die legislative Umsetzung dieser Viertel-Beteiligung des Bundes an den Rückzahlungen (aufgrund der Einigung mit der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) von Ende April 2008 wurden die Rückzahlungen in der Höhe von 15 Prozent der anhängigen Rückforderungen geleistet) der Gemeinden an den Handel ist auf dem Weg, die betreffende Regierungsvorlage ist bereits im Parlament. Die tatsächliche Auszahlung der Gemeindeanteile aus diesen 11,473 Millionen Euro durch die jeweiligen Länder wird wohl noch im Frühjahr erfolgen – damit ist dieser Aspekt der Getränkesteuer beendet.

### ► Getränkesteuerrückzahlung Gastronomie

Das zweite noch offene Kapitel in Sachen Getränkesteuer, die ja bereits im Jahr 2000 aufgrund von EU-Unvereinbarkeit abgeschafft wurde, be-

trifft einige noch bei den zweitinstanzlichen Abgabenbehörden beziehungsweise beim Höchstgericht anhängige Einsprüche von Gastronomiebetrieben gegen Abgabenbescheide sowie mögliche Rechtsfolgen aus dem sogenannten Frankfurter EuGH-Urteil. Nähere Informationen können etwa dem Bürgermeisterbrief vom August 2009, der auf [www.gemeindebund.gv.at](http://www.gemeindebund.gv.at) unter Service im Download-Bereich zu finden ist, entnommen werden.

Österreichischen Gemeindebundes auch eine gemeinsame Stellungnahme mit dem Österreichischen Städtebund an den Verfassungsgerichtshof übermitteln.

Der Ausgang des Verfahrens ist nach wie vor offen – wir werden natürlich weiter berichten.

### ► Getränkesteuerrückzahlung Handel

In den letzten Wochen konnte der Österreichische Gemeindebund den endlich erreichten positiven Abschluss eines weiteren



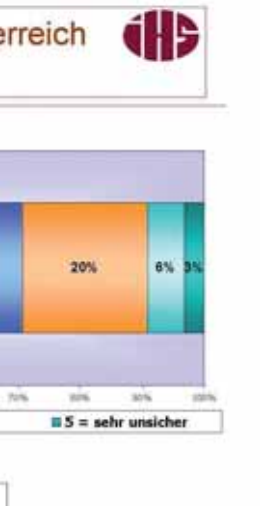
Das Institut für Höhere Studien (IHS) hat im Auftrag der Sicherheitsakademie eine repräsentative Studie zur „Bewertung der Polizeiarbeit unter der Perspektive ihrer Wirkung auf die österreichische Bevölkerung“ durchgeführt. „Diese wissenschaftliche Untersuchung zeigt, dass sich die überwiegende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Österreich sicher fühlt. Das Vertrauen in die Polizei und ihre Arbeit ist sehr hoch“, sagt Innenministerin Dr. Maria Fekter. „Die Bevölkerung bestätigt es: Österreich ist ein sicheres Land.“

70 Prozent der Befragten fühlen sich in Österreich sicher, ein Drittel sogar sehr sicher. Fast 90 Prozent gaben an, sich an ihrem Arbeitsort und über 80 Prozent, dass sie sich an ihrem Wohnort sicher oder sehr sicher fühlen würden.

Die meisten Berührungspunkte mit der Polizei hat die Bevölkerung bei Verkehrskontrollen. Auch dazu brachte die Studie ein sehr erfreuliches Ergebnis. Das Verhalten der Polizei bei diesen Kontakten wird großteils als sehr positiv beurteilt. Fast 80 Prozent beurteilen das Verhalten der Polizei als richtig, vier Prozent gaben an, dass sich die Polizei falsch verhalten hätte.

Für die Innenministerin ist der Kontakt zwischen Polizei und Bevölkerung ein wichtiger Eckpfeiler für noch mehr Sicherheit.

„Für mich ist besonders erfreulich, dass aufgrund der IHS-Studie 70 Prozent der Befragten ‚sehr großes‘ oder ‚großes‘ Vertrauen in die österreichische Polizei haben“, betont Fekter. Das hohe Sicherheitsgefühl kann aber noch weiter gesteigert werden, wenn es Einbrechern nicht zu leicht gemacht wird. „Mit ein paar wenigen Maßnahmen kann



Sicherheitsstudie: Bevölkerung hat großes Vertrauen in die Polizei

# Österreich ist ein sicheres Land

Innen- und Gemeindeministerin Maria Fekter: „Kontakt zwischen Polizei und Bevölkerung ein wichtiger Eckpfeiler für ein hohes subjektives Sicherheitsgefühl.“

356.048 Personen kriminalpolizeilich beraten“, hält Fekter fest. „Die vorliegende Studie dokumentiert sehr anschaulich die ausgezeichnete Arbeit der Polizei“, sagt die Innenministerin. „Es beweist einmal mehr, dass die Polizistinnen und Polizisten erfolgreich Sicherheit gestalten und die Kriminalität immer weiter zurück drängen.“



Für mich ist besonders erfreulich, dass 70 Prozent der Befragten „sehr großes“ oder „großes“ Vertrauen in die österreichische Polizei haben.

Ministerin Maria Fekter

nachhaltig verbessert. „Wir setzen in Österreich 850 Präventionsbeamte ein. Im Vorjahr haben diese Expertinnen und Experten

## Unbewohnt aussehende Wohnungen locken Einbrecher an Dieben keine Gelegenheit geben

viel für die Sicherheit eines Hauses oder einer Wohnung getan werden“, betont Philip Koloszar vom Büro für Kriminalprävention im Bundeskriminalamt. Damit die Bürgerinnen und Bürger erfahren, wie sie sich am besten schützen, gibt es in jedem Bezirkspolizeikommando eine Dienststelle, in der sich Polizistinnen und Polizisten mit der Kriminalprävention beschäftigen. Die Kriminalprävention gewinnt im Rahmen der Kriminalitätsbekämpfung immer mehr Bedeutung. Durch präventive Maßnahmen werden Straftaten nicht nur im Vorfeld verhindert, vor allem wird das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung

Vielen Einbrechern wird das Eindringen in Häuser leicht gemacht, vor allem in jene, die nicht ständig bewohnt sind: Gartensessel, Tische, Mülleimer, Leitern sind oft willkommene Einstiegshilfen. Sie sollten mit Ketten gesichert oder weggesperrt sein. Noch einfacher haben es Kriminelle, wenn der Hausschlüssel unter der Türmatte oder im Blumentopf versteckt ist. Einbrecher gehen immer den Weg des geringsten Widerstandes. Je mehr Hindernisse im Weg stehen, desto schwerer macht man es Kriminellen. Die Präventions-Experten der Polizei raten zum Einbau von Alarmanlagen, einbruchhemmenden Türen und Fenstern. Auch ein Hund schreckt Einbrecher ab. Ein Haus sollte auch nicht den Eindruck erwecken, dass es unbewohnt ist. Guter Kontakt zu den Nachbarn zahlt sich aus. Sie können den Briefkasten entleeren, öf-

ter in oder um das Haus schauen, ob alles in Ordnung ist und falls erforderlich die Besitzer oder die Polizei verständigen. Informieren Sie Ihre Nachbarn, wenn Sie vorhaben, längere Zeit nicht zu Hause zu sein. Die Präventionsexperten der Polizei raten zu vorbeugenden Maßnahmen:

- ▶ Anlegen eines Inventarverzeichnisses von Schmuck- und Kunstgegenständen sowie Dokumentieren wertvoller Gegenstände (Fotos).
- ▶ Schlüssel niemals stecken lassen, bei Glastüren auch nicht innen.
- ▶ In den Abendstunden Zeitschaltuhren verwenden.
- ▶ Außenbeleuchtung und Bewegungsmelder anbringen, Kellerabgänge beleuchten.
- ▶ Fenster, Terrassentüre und Balkontüre schließen, nicht kippen, das Schloss zweimal sperren.
- ▶ Vorhandene Sicherheitsvorkehrungen verwenden (Alarmanlagen einschalten).

### Information

Weitere nützliche Informationen finden Sie unter:  
[www.bmi.gv.at/praevention](http://www.bmi.gv.at/praevention)

Foto: BMI / Alexander Tuma

Ausschuss der Regionen startet 2010 mit neuer Führungsspitze

# AdR-Politik künftig mutiger und ausdauernder

Die neu gewählte Präsidentin des Ausschusses der Regionen, die Italienerin Mercedes Bresso, ist die erste Frau an der Spitze der europäischen Kommunalvertreter.

KOMMUNAL stellt vor.

Bresso fordert das AdR-Plenum dazu auf, seine politischen Ziele mutiger zu verfolgen. Gleichzeitig würdigt sie die riesigen politischen Fortschritte dieser Institu-



Die neue AdR-Präsidentin Mercedes Bresso und ihr Vizepräsident Ramón Luis Valcárcel Siso.

tion in den vergangenen fünfzehn Jahren und hebt die Kernaufgabe des AdR hervor: die wirksame Vertretung der gemeinsamen Interessen aller sub-

nationalen Behörden in Europa. „Die Institutionenendebatte ist abgeschlossen. Nun ist es an der Zeit, den Vertrag von Lissabon umzusetzen. Wir werden uns künftig nicht mehr mit der bloßen Forderung nach Einbindung der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften zufriedengeben. Wir werden nicht den Ja-sager geben. Wir werden uns mit konkreten Vorschlägen in die politische Debatte einbringen und nötigenfalls auch vor politischen Kontroversen nicht zurückschrecken.“

Mercedes Bresso, vormals Abgeordnete des Europäischen Parlaments und langjähriges AdR-Mitglied, war von 2006 bis 2010 Vorsitzende der SPE-Fraktion im AdR. Sie ist die erste Frau an der Spitze des AdR. In ihrer Rede im Anschluss an ihre Wahl zur AdR-Präsidentin geht die Präsidentin der italienischen Region Piemont auf die Prioritäten für ihre zweieinhalbjährige Amtszeit ein. Die Eindämmung des Klimawandels, die Lancierung einer überarbeiteten Lissabon-Strategie, die Verbesserung der EU-Kohäsionspolitik – die keinesfalls zu einer Renationalisierung dieses Politikbereichs führen darf – und die Berücksichtigung der Interessen der regionalen und lokalen Ebene in der EU-Haushaltsdebatte

Herwig van Staa und Erwin Mohr wiedergewählt

## Weichenstellung für die Zukunft

Tirols Landtagspräsident Herwig van Staa wurde Anfang Februar anlässlich der Plenarsitzung des Ausschusses der Regionen (AdR) in Brüssel mit großer Mehrheit zu einem der Vizepräsidenten und damit zum Mitglied des Präsidiums des AdR gewählt. Überaus erfreut zeigt sich van Staa nach seiner Wiederwahl: „Für mich ist es natürlich auch eine Bestätigung und Wertschätzung meiner politischen Aktivitäten auf europäischer Ebene im Dienste der Länder und Gemeinden.“ Als besonders wichtige Themen im AdR für

die nächste Zeit sieht er die territoriale Kohäsion und die Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, wo ja demnächst

die Weichen für die neue Förderperiode ab 2013 gestellt werden. Ebenfalls wiederbestellt wurde van Staa als österreichischer Delegationsleiter im AdR. Van Staa ist seit 2002 Delegierter im AdR.

Weitere österreichische Delegationsmitglieder mit neuen wichtigen Funktionen wurden Franz Schausberger sowie Erwin Mohr als Delegierter des Österreichischen Gemeindebundes.



Erwin Mohr



Herwig van Staa

bilden neben der Erarbeitung einer europäischen Strategie für Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, die den Kompetenzen der Kommunen und Regionen Rechnung trägt sowie der wirksamen Umsetzung des neuen Rechtsinstruments des Europäischen Verbunds für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) die Hauptanliegen der Präsidentschaft von Mercedes Bresso. „In all diesen Themenbereichen kann sich Europa ein Beispiel an den Regionen und lokalen Gebietskörperschaften nehmen. Ich lade die anderen EU-Institutionen ein, sich diesen Sachverstand zu Nutze zu machen“, so Mercedes Bresso. „Dazu gehört auch die Wahrung der neuen Rechte, die dem Ausschuss der Regionen durch den Vertrag von Lissabon übertragen wurden, und zwar mit politischen Mitteln, aber, falls notwendig, auch vor dem Europäischen Gerichtshof.“

**Wir werden uns künftig nicht mehr mit der bloßen Forderung nach Einbindung der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften zufrieden geben. Wir werden nicht den Jasager geben.**

Mercedes Bresso gibt die Linie für die kommenden Jahre vor

Zudem kündigt sie an, dass der AdR sich nach Kräften für die Umsetzung der mit dem Vertrag von Lissabon neu geschaffenen Bürgerinitiative einsetzen werde. „Aufgrund ihrer umfangreichen Erfahrungen mit Bürgerinitiativen in den EU-Mitgliedstaaten, werden die Regionen und Städte eine wichtige Rolle bei der Lancierung, der Koordinierung und der Unterstützung europäischer Bürgerinitiativen spielen können. So wird Europa transparenter, demokratischer und vielfältiger.“ Ramón Luis Valcárcel Siso (ES/EVP), Präsident der spanischen Region Murcia, wurde zum Ersten Vizepräsidenten des Ausschusses der Regionen gewählt. Er wird dieses Amt bis 2012 ausüben, um dann in Übereinstimmung mit einer Vereinbarung zwischen SPE- und EVP-Fraktion des AdR das Amt des AdR-Präsidenten von Mercedes Bresso zu übernehmen.

## Hahn für flexible Regionen und angreifbare EU Anschauungsunterricht vor Ort für „seine Leute“

Johannes Hahn, EU-Kommissar für Regionalpolitik und damit ein „Major Player“ für die Gemeinden, stellte Mitte Februar bei seiner Antrittspreskonferenz im Wiener „Haus der EU-Kommission“ seine Vortragsvorstellungen und Pläne für die Zukunft vor.

So will Hahn verstärkt die EU „angreifbar“ machen. Die Zweideutigkeit sei ihm dabei bewusst, er meine das aber im positiven Sinne. Unter „angreifen“ meinte Hahn dabei vor allem das „Sichtbarmachen“ und teilte den einen oder anderen Seitenhieb auf Förderempfänger aus, die die verpflichtenden Hinweistafeln „irgendwo hinten aufstellen“. Im Fokus hatte er dabei ein Energieprojekt, welches er aber gleichzeitig als europäisches Referenzprojekt lobte.

In Folge sagte Hahn der missbräuchlichen Verwendung von Fördergeldern den Kampf an. Die mit elf Prozent ausgewiesene Korruptionsrate bei den Regionalförderungen sieht er aber differenziert: Es gelte zwischen Irrtum und Betrug zu unterscheiden. Die EU wolle daher die Regeln einfacher gestalten, um die „Error-Rate“ (Irrtumsrate) zu reduzieren. In der vergangenen Periode bis 1999 lag diese Rate laut Hahn bei unter drei Prozent und der Betrug bei 0,2 Prozent. Aber selbst das macht bei einem Budget von 347 Milliarden Euro freilich das hübsche Stämmchen von mehr als elf Milliarden Euro aus, die „irrtümlich“ nicht regelkonform geflossen sind, beziehungsweise rund 700 Millionen, die demnach überhaupt „weg sind“.

Hahn war damit schon beim nächsten Thema. Er wolle die EU in Österreich „angreifbar“ machen. Das bedeute, dass er selbst zu Diskussionsveranstaltungen und Auftritten nach Österreich kommen werde und die Mitarbeitern seines Ressorts als eine Art „Anschauungsunter-



EU-Kommissar Johannes Hahn

richt bei diversen nationalen Projekten zur Mitarbeit vor Ort animieren“ möchte. Geplant seien auch Bundesländertage, gemeinsam mit Regionalpolitikern und Mitgliedern des EU-Parlaments.

Seine künftigen politischen Schwerpunkte will Hahn bei der Förderung des urbanen Raums – „80 Prozent der EU-Bevölkerung leben in Städten“ – und im Rahmen der geplanten Donauraum-Strategie der EU setzen.

### Und wo ist Österreich?

Johannes Hahn ist für die Vergabe von 347 Milliarden Euro zuständig, die in der von 2007 bis 2013 dauernden Finanzperiode als Förderungen fließen sollen. Österreich sei unter den 27 EU-Staaten gerade einmal an 23. oder 24. Stelle der Empfänger von Regionalförderungen, die Abwicklung sei als professionell bekannt.

Zudem schränkte Hahn ein, dass keine Region ein Anrecht auf eine besondere Position habe, nur weil sie bei einem Ranking einmal einen besonderen Platz eingenommen habe. Dies vor allem unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die aktuelle Wirtschaftskrise die Gefahr in sich birgt, die bestehenden Klüfte zwischen den Regionen zu vertiefen und verbreitern – ein Szenario, gegen das er ankämpfen werde.

Österreich entwickelt Förderprogramm mit Weitblick und Zukunft

# KIRAS: Sicherheitsforschung für alle Blaulichtorganisationen

Sicherheit im alltäglichen Leben ist für die meisten Menschen eine Selbstverständlichkeit. Wenn Sicherheit aber für eine Gemeinde oder einen Staat gewährleistet werden soll, stellt das für die ausführenden Organe eine große Herausforderung dar, besonders in der Kommunikation und Zusammenarbeit einzelner Organisationen. Als erstes Land in der EU hat Österreich ein Sicherheitsforschungsprogramm, „KIRAS“ genannt, bundesweit eingeführt – Machen Sie mit Ihrem Projekt mit!

Sicherheit hat in den vergangenen Jahren die gleiche Bedeutung wie etwa Umweltschutz, Arbeitsmarkt oder Gesundheit und Pflege erlangt. Seit dem Jahr 2005 sind Wissenschaftler quer durch alle Forschungsrichtungen im Einsatz, um das nationale Sicherheitsforschungsprogramm KIRAS zu entwickeln und zu verbessern. KIRAS kommt aus dem Griechischen und setzt sich zusammen aus den Wörtern „kirkos“ (Kreis)

und „asphaleia“ (Sicherheit), was hervorheben soll, dass beim Sicherheitsforschungsprogramm keine Disziplinen oder Dimensionen ausgeschlossen werden. Dazu gehören Präventivmaßnahmen sowie Strategien für die Exekutive und die Blaulichtorganisationen, damit sie im Ernstfall das tun, was für die Begrenzung des Schadens wichtig ist. In dieser Angelegenheit ist Österreich ein Vorreiter. Beflü-

gelt durch das Sicherheitsbedürfnis der Menschen, wächst auch der Markt für Sicherheitstechnik und derartige Dienstleistungen stetig, im Gegensatz zur allgemeinen Wirtschaftskrisensituation. Gerade für Gemeinden kann das Sicherheitsforschungsprogramm ein nützlicher Begleiter sein, mit maßgeschneiderten Themen schrittweise die flächendeckende, gut organisierte Sicherheitslogistik zu verbessern. „Kiras ist ein angewandtes Forschungsprogramm, wodurch Arbeitsplätze geschaffen werden können“, erklärt Dr. Ralph Hammer vom Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie einen grundlegenden Gedanken des Programms – mit neuen Strukturen Neues zu schaffen. Um bei den Menschen eine Akzeptanz für die bei KIRAS entwickelten Innovationen zu gewährleisten, sind die Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften (GSK) verpflichtend auf Projektebene in das Programm integriert. Seit der Gründung von KIRAS konnten in vier Programmlinien zahlreiche auch international viel beachtete Forschungsarbeiten realisiert werden.

## Projekte mit Wirkung

Eine dieser Arbeiten beinhaltet das EMC2-Emergency Mission Control Center (Projektleiter Firma Rosenbauer International AG), dazu gehört ein umfassendes Informationsmanagement, das die erforderlichen Daten zusammenfasst und in digitaler Form dorthin bringt, wo sie benötigt werden. Beim Feuerwehreinsatz ist es zum Beispiel ganz wesentlich, zur richtigen Zeit am richtigen Ort zu sein und zu wissen, was zu tun ist. Nur so lassen sich größere Schäden vermeiden.



KIRAS soll helfen, im Notfall optimale Hilfe leisten zu können. Europaweit ist die Umsetzung in Österreich höchst kompetent und vielleicht schon bald Vorbild für andere Länder.



Im Gefahrenfall sollen alle Blaulichtorganisationen helfen können, ohne sich zu behindern.

Die Einsatzleitzentralen haben heutzutage eine enorme Menge an Daten und Informationen. Deshalb wurde beim Forschungs- und Entwicklungsprojekt EMC2 genau auf diese Datenverwertung geachtet. Wenn möglich, sollten alle notwendigen Informationen dorthin gebracht werden, wo sie benötigt werden: zum Entscheidungsträger vor Ort, dem Einsatzleiter. Das Projekt will darüber hinaus auch einen Strukturwandel in der Arbeit der heimischen Feuerwehren begleiten. Dieser Wandel beinhaltet vor allem die Verlagerung des Zugriffs auf wichtige Informationen von der Einsatzzentrale zum Ort des Geschehens.

Ein ganz anderes Projekt (RETOMOD) widmet sich den Szenarien beim Austritt von toxischen Gasen (z. B. Verkehrsunfall). Dann ist die rasche Information besonders wichtig. Ziel ist die Auswahl und Nutzbarmachung eines Ausbreitungsmodells zur Berechnung der Informationen, mit dazugehörigen aktuellen meteorologischen Daten. Hierfür wird die Kurzfristprognose (für die kommenden sechs Stunden) der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik (ZAMG) verwendet und die Nutzbarkeit anhand von Vergleichsmessungen geprüft. In Zusammenarbeit mit der Wiener Feuerwehr, der Firma Synex,

OMV und der ZAMG werden geeignete Schadstoffausbreitungsmodelle hinsichtlich ihrer Praxistauglichkeit getestet. Herangezogen werden auch bereits bestehende Erfahrungen der Feuerwehren sowie der C-Abwehr des Bundesheeres.

### Kleidung, die mehr kann

Eine Reihe neuer Funktionalitäten im Sicherheitsbereich gibt auch „Functional Clothing“. So nennt sich Kleidung, in die elektronische Funktionen eingearbeitet sind. Verfügbare Prototypen erlauben durch weitere Entwicklungsarbeit eine Demonstration und Erprobung grundlegender Anforderungen an Bekleidung und deren gewünschte Zusatzfunktionen aus den Anforderungsprofilen der Bedarfsträger, in diesem Falle das Bundesministerium für Landesverteidigung – BMLVS und das Bundesministerium für Inneres – BMI. Derzeit werden dort Laborprototypen für einen Praxiseinsatz optimiert. Voraussetzung dafür ist die innige Verknüpfung der Mikroelektronik mit der Textiltechnologie, die über das bisherige Applizieren hinausgeht. Ergebnis des Projekts werden drei Prototypen und eine Empfehlungsliste sein, in der weitere für die Markteinführung notwendige Maßnahmen aufgezeigt werden.

## Fördertöpfe bereit

KIRAS, Österreichs nationales Programm zur Förderung der Sicherheitsforschung, schreibt auch in diesem Jahr Förderungen für sicherheitsrelevante Forschung aus.

- ▶ KIRAS-Programmverantwortung trägt die Stabsstelle für Technologietransfer und Sicherheitsforschung des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie – BMVIT
- ▶ KIRAS-Programmabwicklung und -management wurden der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft – FFG ([www.ffg.at](http://www.ffg.at)) übertragen.

Für das Sicherheitsforschungsprogramm ist eine Gesamtlaufzeit von 2005 bis 2013 vorgesehen. Das Budget beträgt etwa 110 Millionen Euro. Jährlich sollen etwa zehn bis zwölf Millionen Euro an Fördergeldern ausgeschüttet werden.

### Zielgruppen:

- ▶ Öffentliche (z. B. Gemeinden) und private Bedarfsträger
  - ▶ Forschungseinrichtungen (universitär und außeruniversitär)
  - ▶ Fachhochschulen
  - ▶ Industrie- und Dienstleistungsunternehmen mit Standort oder Forschungsstätte Österreich
- Es werden nur Projekte gefördert, die einen klaren Österreichbezug aufweisen.

**Sollten auch Sie sich ein spezielles Sicherheitsforschungsprojekt fördern lassen wollen, steht Ihnen die Forschungsförderungsgesellschaft – FFG für Auskünfte, Beratung und Pre-Proposal-Check zur Verfügung**  
[www.kiras.at](http://www.kiras.at)



*Diese Ausgabe unserer BMF-KOMMUNAL-Informationsserie steht im Zeichen der Ertragsteuerpflicht der Gemeinden. Welche Möglichkeiten und welche Pflichten haben Gemeinden? Jede einzelne Gemeinde Österreichs leistet einen wichtigen Beitrag für den Wirtschafts- und Arbeitsstandort. Die Bereitstellung bestmöglicher und umfassender Informationen ist mir daher ein wichtiges Anliegen. Eine interessante und informative Lektüre wünscht Ihnen*

*Ihr Josef Pröll  
Finanzminister*



Was bei der „Ertragssteuerpflicht der Gemeinden“ zu beachten ist

# Steuerpflichtig erst bei Vorliegen bestimmter Merkmale

Die Körperschaftsteuer fällt bei Gemeinden lediglich für die kapitalertragsteuerpflichtigen Einkünfte sowie für die Betriebe gewerblicher Art an. Aber unter welchen Voraussetzungen liegt ein solcher Betrieb gewerblicher Art vor? Dieser Artikel gibt einen ersten Überblick.

Mag. Christoph Schlager

Gemeinden sind Körperschaften des öffentlichen Rechts, die durch Gesetz (BVG) eingerichtet sind. Ihre Aufgaben werden ihnen durch Gesetze auf Bundes- und Landesebene vorgegeben. Diese durch Gesetze übertragenen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung bilden den sogenannten „Hoheitsbereich“ der Gemeinden, im Rahmen dessen sie in der Regel in Ausübung der öffentlichen Gewalt tätig werden. Als Indiz für die Ausübung öffentlicher Gewalt gilt vor allem das Merkmal des Annahmewanges. Darüber hinaus muss die Körperschaft öffentlichen Rechts zum Erreichen ihres Zieles in der Rechtsordnung des öffentlichen Rechts begründete Hoheitsakte setzen und sich nicht der gleichen Mittel bedienen, wie sie das Privatrecht jedermann zur Verfügung stellt (z. B. Arbeits- oder

Bestandverträge). Ein weiteres Merkmal für die Annahme, dass eine Tätigkeit in Erfüllung öffentlich-rechtlicher Aufgaben ausgeübt wird, ist gegeben, wenn diese Tätigkeit der Körperschaft öffentlichen Rechts als Träger der öffentlichen Gewalt eigentümlich und vorbehalten ist. Dies ist der Fall, wenn sie lediglich durch eine Körperschaft öffentlichen Rechts erfüllt werden kann und erfüllt wird, sei es, dass sie ihr ausdrücklich in einem Gesetz zugewiesen wird, sei es, dass sie sich aus ihrem allgemeinen hoheitlichen Aufgabenkreis ergibt. So stellt z. B. der Betrieb eines Hallenbades keinen Hoheitsbetrieb dar, da diese Tätigkeit auch von privaten Personen und Personenvereinigungen ausgeübt werden kann.

Neben ihren hoheitlichen Aufgaben kann die Gemeinde aber auch als juristische Person Träger von privatrechtlichen Rechten

und Pflichten sein und daher auch ihr eigenes Vermögen verwalten oder eine privatwirtschaftliche Tätigkeit entfalten. Damit treten die Gemeinden mit privaten Betrieben in Konkurrenz.

## Steuerpflicht

Soweit die Gemeinde ihre Aktivitäten auf den Bereich der hoheitlichen Tätigkeiten beschränkt, ist sie keiner Besteuerung unterworfen. Wird sie allerdings auf „privatwirtschaftlichem Gebiet“ tätig – also in einem Bereich, in dem auch alle anderen Rechtspersonen aktiv sein können –, liegt ein Betrieb gewerblicher Art vor, der der Körperschaftsteuer und der Umsatzsteuer unterliegt. Grundlage für die Körperschaftsteuer ist der aus einer gewerblich-betrieblichen Tätigkeit erzielte Gewinn. Die Umsatzsteuer wird unabhängig vom Vorliegen eines Gewinnes nach dem Entgelt berechnet, das die Gemeinde dem Leistungsempfänger in Rechnung stellt. Dabei steht die berechnete Umsatzsteuer der Berechtigung zum Abzug jener Umsatzsteuerbeträge gegenüber, die der Gemeinde im Rahmen ihrer privatwirtschaftli-



Mag. Christoph Schlager ist Mitarbeiter in der Abteilung VI/6, Einkommen- und Körperschaftsteuer im Bundesministerium für Finanzen und Lektor an der WU Wien.



chen Tätigkeit von anderen Unternehmen in Rechnung gestellt werden. Während also die Körperschaftsteuer den Bereich der Land- und Forstwirtschaft sowie der Vermietung und Verpachtung ausblendet und nicht besteuert, werden Umsätze aus der Vermietung und Verpachtung von Grundstücken besteuert. Allerdings unterliegen die Gemeinden auch der Kapitalertragsteuer für ihre Erträge aus verzinslich veranlagten Geldern, soweit diese nicht direkt einem Betrieb zuzurechnen sind.

## Was ist ein Betrieb gewerblicher Art?

Voraussetzungen für das Vorliegen eines Betriebes gewerblicher Art sind gemäß § 2 Abs. 1 Körperschaftsteuergesetz 1988:

- ▶ **Vorhandensein einer wirtschaftlich selbstständigen Einrichtung**  
Die Tätigkeit muss sich innerhalb der KÖR wirtschaftlich bzw. organisatorisch herausheben, etwa durch eine besondere Leitung, eigenes Personal, einen geschlossenen Geschäftskreis, eigene Buchführung, eigene Verrechnung oder einem ähnlichen auf eine Einheit hinweisenden Merkmal. Eine feste örtliche Anlage ist nicht erforderlich.
- ▶ **Privatwirtschaftliche Tätigkeit**  
Es muss sich ausschließlich oder überwiegend um eine Tätigkeit handeln, die außerhalb des Hoheitsbereiches der KÖR liegt. Eine Überweisungsprüfung ist nur bei Mischbetrieben erforderlich.
- ▶ **Wirtschaftliches Gewicht der Tätigkeit**  
Das erforderliche wirtschaftliche Gewicht ist nach der Verwaltungspraxis und der ständigen Judikatur des Verwaltungsgerichtshofes dann nicht mehr gegeben, wenn die jährlichen Einnahmen aus der jeweiligen Tätigkeit 2900 Euro nicht übersteigen.
- ▶ **Nachhaltigkeit der Tätigkeit**  
Nachhaltig ist eine Tätigkeit, wenn mehrere aufeinander folgende gleichartige Handlungen unter Ausnutzung derselben Gelegenheit und derselben dauernden Verhältnisse ausgeführt werden (tatsächliche Wiederholung). Auch eine

einmalige Tätigkeit kann als nachhaltig angesehen werden, wenn Wiederholungsabsicht gegeben ist.

### ▶ **Erzielung von Einnahmen oder anderen wirtschaftlichen Vorteilen**

Die Einrichtung muss die Erzielung von Einnahmen anstreben. Gewinnerzielungsabsicht ist nicht erforderlich. Eine Anwendung der Liebhaberverordnung auf Betriebe gewerblicher Art kommt daher nicht in Betracht. Unter Einnahmen sind auch geldwerte Vorteile zu verstehen. Einnahmenerzielung liegt auch dann vor, wenn Leistungen zu Selbstkosten oder unter den Selbstkosten erbracht werden. Tätigkeiten gegenüber der Allgemeinheit zum Nulltarif, die von vornherein nicht auf eine Einnahmenerzielung gerichtet sind, begründen keinen Betrieb gewerblicher Art.

### ▶ **Tätigkeit gewerblicher Art**

Erforderlich sind Aktivitäten, die im Erscheinungsbild einem Gewerbebetrieb entsprechen. Land- und forstwirtschaftliche Tätigkeiten begründen grundsätzlich keinen Betrieb gewerblicher Art. Die Tätigkeit des Betriebes gewerblicher Art gilt stets als Gewerbebetrieb. Die Anwendung von Liebhabergrundsätzen ist damit ausgeschlossen. Einkünfte im Rahmen der Vermögensverwaltung, das sind solche aus Vermietung und Verpachtung oder aus Kapitalvermögen, und die sonstigen Einkünfte begründen daher keinen Betrieb gewerblicher Art. Auch ein umfangreicher Liegenschaftsbesitz einer KÖR, der eine entsprechende Verwaltung (Geschäfts- oder Magistratsabteilung) erfordert, geht nicht über den Bereich der Vermögensverwaltung hinaus.

*Weiterführende Informationen finden Sie in § 2 Abs. 1 Körperschaftsteuergesetz 1988 und in den Randziffern 65 ff der Körperschaftsteuerrichtlinien.*

Die Prüfung, ob ein Betrieb gewerblicher Art vorliegt oder nicht, ist für jeden Betrieb gesondert vorzunehmen. Grundsätzlich ist jede einzelne betriebliche Tätigkeit als eigenständiger Betrieb zu betrachten.

Das Zusammenfassen mehrerer Einrichtungen und die Behandlung als einheitlicher Betrieb gewerblicher Art (Einheitsbetrieb) ist möglich:

- ▶ bei einem engen technisch-wirtschaftlichen und organisatorischen Zusammenhang verschiedener Einrichtungen (z. B. Verlag und Druckerei),
- ▶ bei nicht gleichartigen Tätigkeiten im Falle der Eignung zur gegenseitigen Ergänzung (z. B. Herstellungs- und Handelsbetriebe),
- ▶ bei einem organisatorischen Zusammenhang gleichartiger Einrichtungen (z. B. mehrere Kindergärten einer Gemeinde),
- ▶ bei Wiederholung gleichartiger Tätigkeiten (z. B. wiederholte gesellige Veranstaltungen),
- ▶ bei Versorgungsbetrieben.

## Versorgungsbetriebe

Versorgungsbetriebe sind Betriebe gewerblicher Art einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, die die Bevölkerung mit Wasser, Gas, Elektrizität oder Wärme versorgen oder die dem öffentlichen Verkehr einschließlich des Rundfunks oder dem Hafenbetrieb dienen. Die Versorgung mit Wasser, Gas, Elektrizität oder Wärme schließt die Erzeugung, die Leitung und die Verteilung mit ein. Bei der Wasserversorgung muss es sich ausschließlich oder überwiegend um Nutzwasser handeln, die Trinkwasserversorgung fällt in den hoheitlichen Bereich. Der öffentliche Verkehr umfasst Verkehrsmittel aller Art, auch den Betrieb von Parkgaragen. Verschiedene Versorgungsbetriebe einer Körperschaft öffentlichen Rechts sind als einheitlicher Betrieb gewerblicher Art zu behandeln, wenn sie organisatorisch zusammengefasst sind und unter einheitlicher Leitung stehen. Daraus ergibt sich die Möglichkeit, Gewinne und Verluste der einzelnen Betriebe auszugleichen. Der Versorgungsbetriebeverbund bleibt auch dann erhalten, wenn er in einer privatrechtlichen Form (Kapitalgesellschaft) geführt wird, an der ausschließlich Körperschaften des öffentlichen Rechts beteiligt sind und für die ein eigener Rechnungskreis geführt wird.

Energiesparmesse Wels und klima:aktiv setzen Impulse für Klimaschutz

# Bühne frei für klima:aktiv

klima:aktiv-talks starten für FachbesucherInnen bei der Energiesparmesse auf der ORF-Messebühne in der Halle 1 am Donnerstag, 4. März 2010 mit dem Thema: „Energieautarkie – Starke Energie-Zukunft durch starke Gemeinden“ und „Zukunftschance Energieeffizienz – Überlebenschance oder Nebenschauplatz?“ zum Thema Energiemanagement in der Hotellerie.

Energieautarke Gemeinden ist der erste von zwei prominent besetzten klima:aktiv Podiumsdiskussionen auf der Energiesparmesse in Wels. klima:aktiv, die Klimaschutzinitiative des Lebensministeriums, spricht damit in Wels 2010 speziell auch die BürgermeisterInnen und KommunalpolitikerInnen sowie Hoteliere an.

Mit VertreterInnen aus Politik, Medien (u. a. „KOMMUNAL“), Gemeinde Windhaag und klima:aktiv ExpertInnen werden einige Aspekte zur Energieautarkie kritisch hinterfragt:

„Was bedeutet: energieautark? Abschottung? Wie passt Energieautarkie mit der Energiestrategie zusammen? Ist das Thema Energieautarkie etwas für Medien? Was tun die Medien?“

Natürlich wird auch das Thema Energieunabhängigkeit als Kostenfaktor angesprochen. Hotelbetriebe werden energieeffizient – warum?

Auch in der Hotellerie wird Energieeffizienz immer mehr Thema. Die österreichische Hotellandschaft ist vielfältig und unterschiedlich. Daher ist für jeden Hotelbetrieb ein individuell angepasstes Energiemanagement erforderlich, um eine optimale Nutzung der Ressourcen zu gewährleisten. Kann sich der Tourismusbetrieb einen Kostenvorteil verschaffen oder ist das alles nur ein Marketingschmäh? Darüber unterhält sich klima:aktiv mit GesprächsteilnehmerInnen aus den Reihen der HotelbesitzerInnen und der Finanzierung.



Lebensminister Niki Berlakovich: „Die Klimaschutzinitiative spricht vor allem Bürgermeisterinnen und Bürgermeister an, die auf energieautarke Gemeinden hinarbeiten.“

Nach den Podiumsdiskussionen lädt klima:aktiv interessiertes Publikum und Presseleute in die klima:aktiv Lounge ein, um sich dort direkt mit den ExpertInnen aus dem Energiebereich und BesitzerInnen von energieeffizien-

ten Hotels auszutauschen und von ihren Erfahrungswerten im persönlichen Gespräch zu profitieren. Natürlich werden auch Informationen zu den weiteren klima:aktiv Angeboten aus den Themenbereichen Energiesparen, Mobilität sowie Erneuerbare Energie angeboten.

Am Samstag, 6. März 2010 widmet sich klima:aktiv einem weiteren aktuellen Thema: nachwachsenden Rohstoffen. Mit namhaften GesprächsteilnehmerInnen unterhält sich klima:aktiv über die Möglichkeiten und Grenzen der Anwendung von ökologischen Dämmstoffen. Außerdem wird über denkbare Anwendungen von nachwachsenden Rohstoffen nicht nur zur Energieerzeugung, sondern auch in Industrie und Gewerbe als Rohstoff gesprochen. Der Titel des Talks: „Dämmstoffe aus nachwachsenden Rohstoffen – was können sie wirklich?“

Ein Besuch der Welser Energiesparmesse und des klima:aktiv Bühnenprogramms lohnt sich auf jeden Fall für Sie! Weitere Informationen zu konkreten Angeboten finden Sie hier:

[www.klimaaktiv.at](http://www.klimaaktiv.at) | [www.youtube.com/klimaaktiv](http://www.youtube.com/klimaaktiv)

## klima:aktiv Podiumsdiskussionen Energiesparmesse Wels, ORF-Bühne, Halle 1

### ► **Donnerstag, 4. März 2010, 11 – 11.45 Uhr:**

Energieautarke Gemeinden – Starke Energiezukunft durch starke Gemeinden anschließend Gesprächsmöglichkeit mit den ExpertInnen in der klima:aktiv Lounge

### ► **Donnerstag, 4. März 2010, 13 – 13.45 Uhr:**

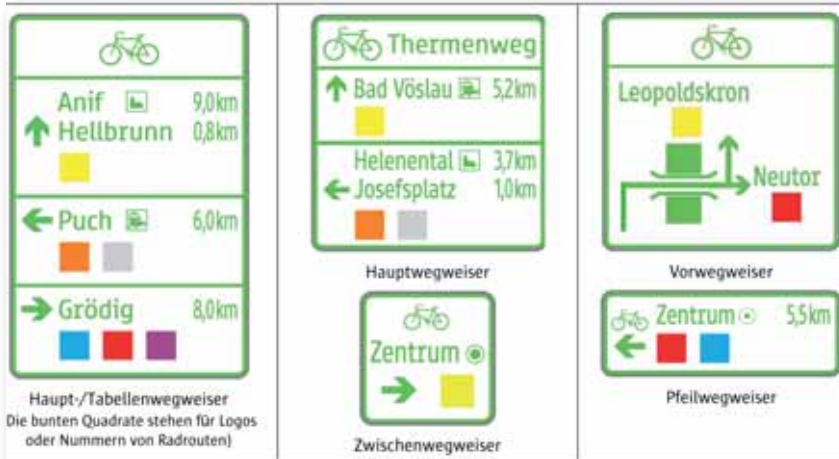
Energieeffizienz in der Hotellerie: Überlebenschance oder Nebenschauplatz? anschließend Gesprächsmöglichkeit mit den ExpertInnen in der klima:aktiv Lounge

### ► **Samstag, 6. März 2010, 13 – 13.45 Uhr:**

Dämmstoffe aus nachwachsenden Rohstoffen – was können sie wirklich?

**Zusätzlich für BürgermeisterInnen und KommunalpolitikerInnen** (Achtung: Anmeldung erforderlich!)

► **Freitag, 5. März 2010, 9 Uhr, Minoriten Wels:** Energieautarkiesymposium ([www.klimaaktiv.at/energieautarkie](http://www.klimaaktiv.at/energieautarkie))



Aktualisierte Richtlinien für den Radverkehr

## Leitsysteme als Wegweiser für den Fahrrad-Boom

Radfahren ist gesund, gut für die Umwelt und erlebt in den letzten Jahren einen großen Boom. Dieser erfreuliche Trend stellt besonders Straßenerhalter vor die Aufgabe, mit zunehmendem Radverkehr auch Leitsysteme für RadfahrerInnen anzudenken. Um hier den unterschiedlichen Ansprüchen von Freizeit- und Alltagsradverkehr gerecht zu werden, wurde in der aktualisierten Richtlinie für den Radverkehr (RVS 03.02.13) auch die Wegweisung für den Radverkehr so überarbeitet, dass „zielorientierter“ Alltagsverkehr und „zweckorientierter“ Freizeitverkehr auf einem Wegweiser integriert werden können. Das bringt sinnvolle Synergieeffekte.

### Planungsgrundsätze für die Wegweisung

Radverkehrsnetze für den Alltagsverkehr sowie touristische oder freizeitorientierte Radroutennetze werden mit der gleichen Priorität behandelt. Nachdem sich die Ziele im Alltagsradverkehr (z. B. Bahnhof, Zentrum etc.) nicht ändern, jedoch touristische Radrouten die Routenführung manchmal verändern, bildet die Zielwegweisung das Grundgerüst. Für touristische Radrouten ist Platz vorgesehen in Form von Logos oder Routennummern, die in die Wegweiser integriert werden können. Die Wegweisung soll jeweils zu-

sammenhängende Radroutennetze umfassen und besteht üblicherweise aus Verkehrszeichen in Form von Vor-, Haupt- und Zwischenwegweisern.

Zur leichteren Unterscheidung von anderen Verkehrszeichen sollen Hinweiszeichen für RadfahrerInnen generell in den Farben weiß/grün ausgeführt sein. Das Lebensministerium unterstützt die Errichtung von Wegweisung für den Radverkehr als Teil eines kommunalen Radverkehrskonzepts mit den klima: aktiv mobil Beratungs- und Förderprogrammen. Details unter [www.klimaaktivmobil.at](http://www.klimaaktivmobil.at)

Mehr Infos: [www.fsv.at/publikationen](http://www.fsv.at/publikationen)  
Richtlinien und Vorschriften für das Straßenverkehrswesen

Neuer Internetauftritt

## Richtig sammeln ist doch logisch

Die vom Lebensministerium in Kooperation mit den Ländern und PraktikerInnen aus der Abfallwirtschaft ins Leben gerufene Kommunikationsplattform „Richtig sammeln. Ist doch logisch!“ wurde adaptiert und steht allen NutzerInnen wieder online zur Verfügung.

„Richtig sammeln“ bietet viel Wissenswertes rund um die richtige Abfallsammlung und Abfalltrennung.

Dazu gibt es Tipps und Hinweise zur Abfallvermeidung.

Weitere Infos unter [www.richtigssammeln.at](http://www.richtigssammeln.at)

Generation Blue

## Neue Homepage bringt mehr „Fun“

Seit mehr als fünf Jahren ist die Jugendplattform des Lebensministeriums bereits sehr erfolgreich online. Grund genug, neue Anwendungen einzubauen und

den Zeitgeist zu erfassen. So weist die Seite einen höheren Bildanteil auf und präsentiert verstärkt Videos. Auch eine Facebook-Anbindung durfte nicht fehlen. Jump in: [www.generationblue.at](http://www.generationblue.at)



Der Weltwassertag 2010 findet wieder am 22. März 2010 statt

## Sauberes Wasser für eine gesunde Welt



Der 22. März wurde 1992 von den Vereinten Nationen zum Tag des Wassers erklärt. An diesem Tag soll jedes Jahr besonders auf die Bedeutung des Wassers, den Schutz der Wasservorkommen und deren nachhaltige Nutzung aufmerksam gemacht werden. In Österreich finden jährlich aus diesem Anlass viele Veranstaltungen statt. Das Motto des heurigen Weltwassertages lautet „Sauberes Wasser für eine gesunde Welt“. Somit steht die Qualität des Wassers also im Zentrum des heurigen Weltwassertages.

Infos auf [www.lebensministerium.at](http://www.lebensministerium.at)

Audit familienfreundliche Gemeinde

# Wichtige Impulse für oberösterreichische Gemeinden

Mit tatkräftiger Unterstützung des Oberösterreichischen Landesfamilienreferates und des Oberösterreichischen Gemeindebundes fand am 21. Jänner 2010 das erste Auditseminar „familienfreundliche Gemeinde“ im Linzer Landesdienstleistungszentrum statt.

Die Informationsveranstaltung war mit über 40 BürgermeisterInnen und GemeindevertreterInnen sehr gut besucht. Mag. Franz Schützeneder, Leiter des Familienreferates des Landes Oberösterreich, und LAbg. Bgm. Johann Hingsamer, Vizepräsident des Oberösterreichischen Gemeindebundes, begrüßten die Teilnehmer und bedankten sich bei den Gemeinden für ihr großes Interesse. Vizepräsident Hingsamer verwies darauf, dass die Gemeinden trotz der angespannten Budgetsituation nicht auf das Wesentliche – nämlich die Unterstützung der GemeindegängerInnen unterschiedlicher Generationen – vergessen. Für die Oberösterreichischen Gemeinden könnte das Gemeinde-Audit auch als Evaluierungsmethode von bereits bestehenden Projekten gesehen werden. Beispielsweise könnten die Leitbildgemeinden die geplanten Maßnahmen hinsichtlich des Realisierungsgrades untersuchen, die noch offenen Maßnahmen anpassen und in Kombination mit neuen Maßnahmen eine Umsetzung beschließen. Erfolgreiche Gemeinden sind Gemeinden, die an der Lebensqualität für alle Generationen ständig arbeiten und den Familienbezug ernst nehmen. Für Mag. Franz Schützeneder ist es von großer Bedeutung, dass der Trend zum Familienbezug weiter anhält. Das Projekt Leitbildgemeindegemeinde wurde vom OÖ Landesreferat unterstützt und soll nun ins Gemeinde-Audit überge-



Bgm. Johann Hingsamer, Vizepräsident des Oberösterreichischen Gemeindebundes (rechts) begrüßte die zahlreichen Teilnehmer (oben) der Info-Veranstaltung.

führt werden. Er verwies auf die oö Fördermaßnahmen im Zusammenhang mit dem Projekt Audit „familienfreundliche Gemeinde“. Heike Trammer von der Familie & Beruf Management GmbH und auch Mag. Anna Nödl vom Österreichischen Gemeindebund betont, dass viele kommunale Projekte wie Dorferneuerung, Leitbildgemeinden, Gesunde Gemeinde, Seniorenfreundliche Gemeinde etc. in das Audit „familienfreundliche Gemeinde“ integrierbar sind. Das Audit „familienfreundliche Gemeinde“ übernimmt dabei die Funktionen eines übergeordneten Prozesses für kommunale Projekte. Dabei können alle zukünftigen Maßnahmen, die aus sonstigen kommunalen Projekten zur Umsetzung gelangen, ins Audit „familienfreundliche Gemeinde“ aufgenommen und umgesetzt werden. Das Audit sichert den Gemein-



den somit die Nachhaltigkeit ihrer Familienfreundlichkeit. Nach einem erfolgreichen Start des ersten Audit-Seminars im Jänner 2010, erlauben sich die Familie & Beruf Management GmbH und der Österreichische Gemeindebund, Sie auf eines der nächsten Audit-Seminare am

- ▶ 19. 3. 2010 in Eisenstadt,
- ▶ 23. 4. 2010 in Hallwang,
- ▶ 5. 5. 2010 in St. Pölten,
- ▶ 17. 6. 2010 in Graz und am
- ▶ 23. 9. 2010 in Innsbruck herzlich einzuladen.

## Fakt-Box: Fachtagung „Kinderbetreuung“

Zum Thema Kinderbetreuung für Unternehmen, Gemeinden und Organisationen findet am 10. 6. 2010 von 13 bis 18 Uhr in Klosterneuburg eine Vernetzungsfachtagung mit anschließender Preisverleihung anlässlich des 5. Kinderbetreuungspreises durch Staatssekretärin Marek statt.



## Information

Familie & Beruf Management GmbH  
Tel.: 01/218 50 70  
Ansprechperson:  
Heike Trammer  
[heike.trammer@familieundberuf.at](mailto:heike.trammer@familieundberuf.at)  
Web: [www.familieundberuf.at](http://www.familieundberuf.at)

Österreichischer Gemeindebund  
Tel.: 01/512 14 80-20  
Ansprechperson:  
Mag. Anna Nödl-Ellenbogen  
[anna.noedl-ellenbogen@gemeinebund.gv.at](mailto:anna.noedl-ellenbogen@gemeinebund.gv.at)  
Web: [www.gemeinebund.at](http://www.gemeinebund.at)

Am 17. April startet der erste Teil des Bürgermeister-Seminars vom FGÖ

# Vier Tage im Zeichen des Amtes: Seminar für BürgermeisterInnen

Der Fonds Gesundes Österreich veranstaltet von 17. bis 20. April das Bürgermeister-Seminar, welches sich an die Zielgruppe Kommunale Entscheidungsträger wendet. Behandelt werden Themen wie Stress, Umgang mit Recourcenfindung, Gesundheitsförderung, richtige Ernährung und richtige Bewegung.

Bürgermeister und Bürgermeisterinnen der Gemeinden und Städte haben eine besondere Rolle. Sie sind Verantwortungsträger/innen und Umsetzer/innen und stehen im Spannungsfeld der Politik, den Bedürfnissen der Bevölkerung und ihren eigenen Bedürfnissen. Damit sind sie auch besonderen Belastungen ausgesetzt und benötigen spezifische Ressourcen. Um diese Ressourcen zu stärken, hat der Fonds Gesundes Österreich gemeinsam mit dem Gemeindebund ein Seminar gestaltet, das diesen Bedürfnissen in klarer und kompakter Form entspricht, und bietet damit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern Unterstützung, um ihre und die Gesundheit ihrer Gemeinde zu fördern. Seminarleiterin Petra Gajar wird neben Mag. Alexandra Fuchs, Dr. Richard Hailzl, Gerald Koller und



Vom Rathaus für vier Tage in die Welt des eigenen Wohlbefindens beim Bürgermeister-Seminar.

Mag. Angelika Stöckler zu den verschiedenen Themen (siehe unten) referieren und die Teilnehmer auch zum selberprobieren auffordern.

## Stress versus Gesundheit

„Machen Sie Ihren persönlichen Fitness- und Gesundheitscheck. Lernen Sie mit Stress und den Anforderungen des Berufsalltags souverän umzugehen und erfahren Sie mehr über die Möglichkeiten, Gesundheitsförderung in Ihrer Gemeinde zu finanzieren“, fordert Seminarleiterin Gajar die potenziellen Teilnehmer auf.

## Ziel ist Wohlbefinden

„Alle Bürgermeister und Bürgermeisterinnen, Ortsvorsteher und Ortsvorsteherinnen sind herzlich eingeladen, vier Tage im Zeichen des Wohlbefindens zu erleben“, schickt Petra Gajar den Teilnehmern bereits voraus. Veranstaltungsort ist das Hotel Larimar im südburgenländischen Stegersbach. „Mitte April“, so Gajar, „ist die beste Zeit, um sich mit seiner Gesundheit auseinanderzusetzen.“

Das Seminar will folgende Themen behandeln:

- ▶ Stress – Umgang mit Recourcenfindung
- ▶ Gesundheitsförderung im Setting Gemeinde lebbar machen
- ▶ richtige Ernährung und richtige Bewegung
- ▶ Wohlbefinden und Leistungskraft

Kamingespräche am Abend bieten die Möglichkeit zu einem zwanglosen Austausch mit Expert/innen.

Das Seminar ist auf 20 Teilnehmer/innen beschränkt. Die Kosten liegen bei 450 Euro inkl. Aufenthalt im EZ oder DZ zur Alleinbenutzung, sowie Essen und Seminarverpflegung, ohne Getränke.

## Information & Anmeldung

Fonds Gesundes Österreich  
Petra Gajar  
Tel.: 01/8950400-12  
E-Mail:  
petra.gajar@fgoe.org

Kostenlose Software wird bereits in zahlreichen Gemeinden verwendet

# Sprache als Schlüssel zum Erfolg, neue Initiative für die Jüngsten

Wie lernen Kinder am besten „Sprache“? Wie „bringt man ihnen das bei“? Diese Fragen haben Wissenschaftler der Uni Berlin beantwortet und aus den Resultaten eine Computer-Lernsoftware für Kinder entwickelt. Bestellen Sie die Lern-CD „Schlaumäuse“ kostenlos für Ihre Kindergärten und Volksschulen.

„Als Mutter, aber auch in meiner politischen Funktion als Familienstaatssekretärin weiß ich, dass wir in die Bildung unserer Kinder investieren müssen – je früher, desto besser. Wir wollen allen Kindern die besten Bildungsmöglichkeiten und Startchancen in ihr späteres Berufsleben geben, und dabei ist selbstverständlich auch die Sprache ein Schlüssel zum Erfolg.“ Christine Marek, Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, weiß aus eigener Erfahrung, dass Kinder in der Wachstumsphase unterstützt werden müssen. Diese will sie auch in ihrer politischen Funktion weiter entwickeln und forcieren. Die Lern-CD, die in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Berlin von Microsoft entwickelt wurde, ist ein Schritt in diese Richtung.

## Kommunikation fördern

Die Initiative „Schlaumäuse“ ist eine wunderbare Möglichkeit, die Sprachentwicklung von Kindern spielerisch zu fördern und sie so optimal auf ihr weiteres Schul- und Berufsleben vorzubereiten. Das ist wichtig und notwendig, um später im Wettbewerb der besten Köpfe auch bestehen zu können. Die „Schlaumäuse“ sind geeignet für Kinder im Alter von vier bis sechs Jahren und wurde an der ComputerLernWerkstatt an der Technischen Universität Ber-



Foto: HBF/Pusch

Familienstaatssekretärin Christine Marek unterstützt mit KOMMUNAL die Aktion „Schlaumäuse“.

lin entwickelt. Im Rahmen eines mehrmonatigen Pilotprojekts in 2000 deutschen Kindergärten wurden mit der Software große Erfolge verzeichnet. 80 Prozent der Erzieherinnen und Erzieher geben an, dass die Kinder die

Texte der „Schlaumäuse“-Figuren eifrig nachgesprochen und in ihren Wortschatz aufgenommen haben. Hinsichtlich Schriftspracherwerb berichten die Erzieherinnen: 81 Prozent der Kinder zeigten Interesse an Schrift, 74 Prozent der Kinder haben Buchstaben schreiben gelernt und 61 Prozent haben Buchstaben-Laut-Beziehungen gelernt.

Eine Betreuerin bestätigt die Wirkung: „Alle Kinder verwenden die Sprüche und Reime aus der Schlaumäuse-CD, auch wenn Deutsch nicht ihre Muttersprache ist. Die Kinder kommunizieren viel häufiger miteinander durch und mit den Mäusen.“ Das Schlaumäuse-Konzept ist maßgeschneidert für die Bedürfnisse der Kinder, bringt deutliche Erfolge im Schrift- und Sprachgebrauch und macht Spaß!

## Schritt für Schritt

Bei der frühkindlichen Förderung spielen neben den Eltern auch die Kinderbetreuungseinrichtungen sowie die Kindergärten eine ganz wesentliche Rolle. „Daher habe ich im vergangenen Jahr gemeinsam mit den Bundesländern auch das halbtags verpflichtende und kostenlose Kindergartenjahr für alle fünfjährigen Kinder in Österreich verhandelt und umgesetzt. Dadurch gelingt es uns, alle Kinder

Die Initiative „Schlaumäuse“ ist eine wunderbare Möglichkeit, die Sprachentwicklung von Kindern spielerisch zu fördern und sie so optimal auf ihr weiteres Schul- und Berufsleben vorzubereiten.

Familienstaatssekretärin Christine Marek  
([www.bmwfj.gv.at](http://www.bmwfj.gv.at))





Mit der Bildungsinitiative „Schlaumäuse“ setzt Microsoft Österreich auf die frühe und innovative Förderung der Sprach- und Medienkompetenz von Kindern. Es freut uns ganz besonders, vielen Gemeinden und Städten den Zugang zur „Schlaumäuse“ Software zu ermöglichen.

Mag. Christian Maranitsch,  
Director Public Sector  
Microsoft Österreich

im letzten Jahr vor dem Schuleintritt zu erreichen und die sprachliche Frühförderung nach grundlegenden Standards sicherzustellen“, so Marek.

### Gute Zusammenarbeit

Der Weg zum Erfolg besteht aber aus mehreren Schritten und Maßnahmen wie beispielsweise auch der Initiative „Schlaumäuse – Kinder ent-

Mit den „Schlaumäusen“ kann die Sprachentwicklung bei Kindern einfach und spielend gefördert werden.

decken Sprache“. „Ich freue mich sehr über diese Zusammenarbeit des Familienministeriums mit Microsoft und dem Österreichischen Kommunalverlag. Ich bin überzeugt davon, dass viele Gemeinden von diesem einmaligen Angebot Gebrauch machen“, erklärt Marek. So haben bereits zahlreiche Gemeinden in ganz Österreich die „Schlaumäuse“ bestellt und bieten den Kindern ab sofort eine spielerische Möglichkeit, Lesen und Schreiben zu lernen. Die Lern-Software „Schlaumäuse“ kann von Gemeinden für ihre Kindergärten und Volksschulen kostenlos bestellt werden. Es sind keine besonderen technischen Voraussetzungen für die Computer notwendig. Nähere Informationen und

Bestellung auf  
[www.kommunal.at/schlaumaeuse](http://www.kommunal.at/schlaumaeuse)

### Eine Kooperation von



KOMMUNAL freut sich, die Kindergärten und Volksschulen in den Gemeinden zu unterstützen und so einen wertvollen Beitrag zur frühkindlichen Sprachentwicklung zu leisten.

Michael Zimper, Geschäftsführer des  
Österreichischen Kommunalverlags



### Information & Bestellung

Österreichischer Kommunalverlag, 1010 Wien  
[www.kommunal.at/schlaumaeuse](http://www.kommunal.at/schlaumaeuse)

**Erdgasautos:** Schon mehr als 160 Tankstellen verfügbar

## Erdgas auf Erfolgskurs

Erdgasfahrzeuge bieten Autofahrern nicht nur eine umweltfreundlichere Alternative zu herkömmlichen Kraftstoffen, sondern auch eine kostengünstigere. Bis zu 45 Prozent an Kraftstoffkosten können mit Erdgas im Tank gespart werden. Eine von der Österreichischen Energieagentur durchgeführte Vergleichsrechnung hat ergeben, dass Fahrer, die Erdgas tankten, im Jahresdurchschnitt 2009 um 31 Prozent günstiger fuhren als mit Diesel bzw. um 44 Prozent günstiger als mit Benzin. Für Treibstoffkosten von zehn Euro konnte man 2009 mit Erdgas rund 230, mit Diesel 180 und mit Superbenzin 140 Kilometer zurücklegen.

Fahren mit Erdgas ist im Vergleich zu Benzin und Diesel nicht nur kostengünstiger, sondern auch umweltfreundlicher, weil Erdgas sauberer verbrennt als die herkömmlichen Kraftstoffe. Durch den niedrigen Kohlenstoffanteil von Erdgas verringert sich der Ausstoß des giftigen Kohlenmonoxids um rund 80 Prozent.

Auf Komfort und Sicherheit muss man auch mit einem Erdgasfahrzeug nicht verzichten. Die Fahrzeuge laufen längst serienmäßig vom Band der renommierten Autohersteller, fast alle können zusätzlich auch mit Benzin betankt werden. Um die Anzahl der Erdgasfahrzeuge zu erhöhen und den Fahrern



Erdgas wird einfach und schnell wie Benzin und Diesel getankt.

noch mehr Komfort zu bieten, wird das heimische Tankstellennetz für Erdgas kontinuierlich ausgebaut. Aktuell gibt es bereits 166 Erdgas-Tankstellen, bis Ende 2010 sollen es sogar 200 werden.

Geht es nach der EU, sollen bis 2020 zehn Prozent aller Fahrzeuge mit Erdgas betrieben werden. Für Öster-

reich bedeutet das eine Erhöhung auf 50.000 Fahrzeuge; derzeit fahren nach Expertenschätzung etwa 5000 Erdgasfahrzeuge auf Österreichs Straßen.

Eine Liste der Erdgastankstellen in Österreich finden Sie hier: [www.erdgasautos.at/tanken/570](http://www.erdgasautos.at/tanken/570)  
Mehr Infos unter [www.energyagency.at](http://www.energyagency.at)

**Länderranking:** Ende der Finanzkrise

## Österreich ist wieder auf positiver Watchlist

Coface, der führende Kreditversicherer, sieht ein Ende der internationalen Wirtschaftskrise und rechnet mit einem leichten Aufschwung. Als Reaktion wurden 22 Länderratings positiv verändert. Österreich

wird weiterhin mit A2 geratet, befindet sich nun auf der positiven Watchlist.

„Die Kreditkrise hat ungeahnte Ausmaße angenommen und war die Schlimmste seit 60 Jahren. Trotzdem sehen wir nun eine sehr leichte Erholung in den Industrieländern“, erklärt Martina Dobringer, Generaldirektorin Coface Austria und Coface Central Europe. „Das Ende der Krise, welches durch den Rückgang der Zahlungsausfälle eingeleitet wurde, bedeutet nicht die Beseitigung aller Risiken“, so Dobringer, „denn Spekulationsblasen, die Ursache aller beobachteten Krisen, bilden sich bereits in unglaublicher Geschwindigkeit“.

[www.coface.at](http://www.coface.at)



Das Coface-Länderranking vom Februar 2010.

**Langzeitarchiv:** Daten reichen bis ins Jahr 816

## Siemens errichtet elektronisches Gedächtnis der Republik

Das Bundeskanzleramt hat gemeinsam mit dem Österreichischen Staatsarchiv Siemens mit der Errichtung des elektronischen Archivs der Republik beauftragt. Mit der Errichtung des elektronischen Staatsarchivs wurde außerdem eine Generallizenz geschaffen, die es Ländern, Städten und Gemeinden erlaubt, die Siemens-Archivlösung kostenfrei zu nutzen. Das Öster-

reichische Staatsarchiv, eines der bedeutendsten Archive der Welt, ist nicht nur Zentralarchiv für die Bundesministerien und die obersten Organe der Republik Österreich, sondern in seinen historischen Abteilungen insbesondere Hüter der archivalischen Überlieferung der ehemaligen Habsburgermonarchie, die bis 816 zurückreicht. Mehr auf [www.siemens.at](http://www.siemens.at)

**Öffentliches Internet:** Ternitz (NÖ) ist Vorreiter

## WLAN-Glocke mit Gratis-Internet

Gemeinsam mit Loop21 Mobile Net GmbH realisierte Ternitz in NÖ eine WLAN-Glocke. Diese ermöglicht allen Ternitzern, Gratis-Internet zu nutzen. Die nö. Gemeinde zählt mit dem kürz-

lich realisierten WLAN-Projekt zu den Vorreitern in Österreich. Durch WLAN kann jeder Benutzer sein Endgerät kabellos mit dem Internet verbinden und losurfen! [www.loop21.at](http://www.loop21.at)



**Auszeichnung:** Saubermacher vergibt Hans Roth Saubermacher Umweltpreis

## 6000 Euro für soziales und ökologisches Engagement

Soziales und ökologisches Engagement und die Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen sind in der heutigen Zeit ein wichtiger Erfolgsfaktor für die Wirtschaft. Saubermacher betrachtet es als Herausforderung, aktiv zu einem fruchtbaren Austausch zwischen den Bereichen Wissenschaft, Wirtschaft, Technik und Umweltschutz beizutragen. Um dies zu fördern, wurde der Hans Roth Saubermacher Umweltpreis ins Leben gerufen. Die drei Preise mit je 2000 Euro wurden unlängst an junge Nachwuchs-Forscher für besonders heraus-



Minister Niki Berlakovich, DI Andreas Schmid (Montanuni Leoben), Mag. Nina Braschel (Uni Graz), Hans Roth (CEO Saubermacher und Stifter des Preises) und Brigitte Jank (WK Wien).

ragende Diplomarbeiten bzw. Dissertationen mit einem Konnex zu Umweltschutz und Abfallwirtschaft

vergeben. Mehr Infos und Fotos auf [www.saubermacher.at](http://www.saubermacher.at)

**Ansiedlung:** Offensive

## Stärkung für Standort Österreich

Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner präsentierte Anfang Februar eine neue Ansiedlungs-Offensive für den Standort Österreich. „Um nach dem krisenbedingten Rückgang der Unternehmens-Ansiedlungen neu durchzustarten, investiert das Wirtschaftsministerium fast 2,5 Millionen Euro zusätzlich. Damit ermöglichen wir ein stärkeres Auslandsmarketing über die neue Forschungsplatz-Kampagne und installieren hochwertige Ansiedlungs-Programme wie eine Headquarter- und eine Cluster-Initiative“, betonte Mitterlehner bei einer Pressekonferenz. Mehr auf [www.bmwfi.gv.at](http://www.bmwfi.gv.at)

**Wirtschaftskammerwahl 2010:** Wirtschaftsbund starker Impulsgeber für Wirtschaft

## Viele Gründe, um zu dieser Wahl zu gehen

### Was macht den Wirtschafts-bund aus?

Der Wirtschaftsbund ist die größte und erfolgreichste Interessenvertretung für Unternehmerinnen und Unternehmer. Wir reden nicht nur über Forderungen, wir setzen um. Mit mehr als 100.000 Mitgliedern ist der WB die bestimmende Kraft in der österreichischen Wirtschaftspolitik.

### Warum soll man bei den Kammerwahlen den Wirtschafts-bund wählen?

Der Wirtschaftsbund und seine Funktionär/innen sind Impulsgeber und Reformmotor für Österreichs Wirtschaftspolitik – und zwar von der Gemeinde- bis zur Bundesebene. Denn wir verschaffen auch den regionalen Anliegen der Unternehmerinnen und Unternehmer

Gehör. Ganz nach unserem Motto: Erfolgreich ist wer umsetzt!

### Die wichtigsten Argumente für den Wirtschafts-bund?

EVA. Entlasten, Vereinfachen, Ankurbeln. Wir stehen für eine Entlastung der Unternehmerinnen und Unternehmer. Wir stehen für eine Vereinfachung der Verwaltungsstrukturen. Wir



Christoph Leitl, Präsident des Wirtschafts-bundes Österreich.

stehen für eine Ankurbelung der Wirtschaft durch gezielte und treffsichere Maßnahmen.

E.E.



tested to work

**MASCOT® WORKWEAR...für Ihre Sicherheit**

[www.mascot.dk](http://www.mascot.dk)

Neues aus dem Schul- und Sportstättenbau

# Das ÖISS informiert

Die Themen dieser Ausgabe umfassen: Neue Initiativen im Schulbau, die Schulbau-Informationsreise des ÖISS nach Salzburg und Oberösterreich, beispielhafte Projekte aus dem Sportstättenbau und neue Richtlinien des ÖISS.

## Plattform schulUMBau

Die 2009 gegründete und interdisziplinär besetzte Plattform „schulUMBau“, der unter anderem VertreterInnen des ÖISS, des bmukk, der Stadt Wien, der Architekturstiftung, der TU Wien, der Pädagogischen Hochschulen u. v. m. angehören, hat es sich zum Ziel gesetzt, bei zukünftigen Planungen den Dialog zwischen Pädagogik, Architektur und Schulverwaltung zu fördern und die geänderten Bedingungen für ein zeitgemäßes Lernen und Lehren im Schulbau zu implementieren. In „Schule & Sportstätte“ 1/2010 finden Sie die von der Plattform verfasste „Charta für die Gestaltung von Bildungseinrichtungen des 21. Jahrhunderts“ sowie weitere Informationen rund um die Initiative.

## ÖISS Schulbau- Informationsreise 2010

Die diesjährige Schulbau-Informationsreise des ÖISS findet von 17. bis 20. Mai 2010 statt und führt nach Oberösterreich und Salzburg. Auf dem Programm stehen z. B. das Landes- schulzentrum Taufkirchen a. d. Pram, die HTL Braunau, das Bundesschulzentrum Saalfelden, die HTL Hallein u. v. a. Nähere In- forma-



Ende letzten Jahres eröffnet wurde der Sportpark Lißfeld in Linz. Was genau sich hinter der interessanten Architektur der beispielhaften Sportstätte verbirgt erfahren Sie in der kommenden Ausgabe von Schule&Sportstätte

tionen erhalten Sie in der ÖISS-Zentrale Wien unter [rabl@oeiss.org](mailto:rabl@oeiss.org)

## Beispielhafter Sportstättenbau

Der Sportteil der nächsten Ausgabe von „Schule & Sportstätte“ wird sich unter anderem zwei beispielhaften Projekten im Sportstättenbau widmen. Einmal ist das der erst kürzlich in Betrieb gegangene Sportpark Liß-

gangenen Jahr. Ebenfalls ergänzt wurden die Kapitel 3 „Außenraum – Schulfreiräume“ sowie 6 „Räume für den allgemeinen Unterricht“. In einigen weiteren Kapiteln haben sich geringfügige Änderungen ergeben.

Ebenfalls im November 2009 erschienen, ist die **ÖISS-Richtlinie „Prüfung von Turn- und Sportgeräten in Sporthallen“**. Betreiber von Sporthallen haften im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht dafür, dass den Nutzern betriebssichere und funktionsfähige Geräte überlassen werden. Dabei wird in der Önorm B 2609 mindestens einmal jährlich eine Überprüfung dieser gefordert. Die ÖISS-Richtlinie hält dabei die Mindestanforderungen jener Unternehmen, die eine Prüfung durchführen können, fest und bietet im Anhang einen Mustervertrag. Der Einsatz von Kunststoffrasenflächen ist vor allem dort sinnvoll, wo mit einer sehr intensiven Nutzung der Plätze zu rechnen ist. Dass dabei jedoch weit mehr zu beachten ist, darüber klärt jetzt das **„Merkblatt Kunststoffrasen für Fußball“** des ÖISS auf! Das Merkblatt gibt Ihnen Informationen über die Investitionskosten, einen Überblick über die zu erwartenden Folgekosten sowie die Kosten für Prüfungen (z. B.: FIFA-2-star, FIFA-1-star) und Entsorgungskosten. Alle Richtlinien des ÖISS können Sie über die Homepage [www.oeiss.org](http://www.oeiss.org) beziehen.

Die Schulbau-Informationsreise 2010 des ÖISS führt nach Oberösterreich und Salzburg. Auf dem Programm stehen unter anderem das Landesschulzentrum Taufkirchen a. d. Pram, die HTL Braunau, das Bundesschulzentrum Saalfelden, die HTL Hallein.

feld in Linz und der Sportcampus in Leibnitz. Beide Projekte bestechen durch ihre hervorragende Konzeption und vor allem der Sportpark in Linz neben seiner funktionellen, auch durch seine gestalterische Qualität.

## ÖISS-Richtlinien Neu

Im November 2009 ist die Neufassung der **ÖISS-Richtlinien für den Schulbau** erschienen. Änderungen ergeben sich vor allem im Bereich Bauphysik und HKLS (Kapitel 4 und 8), bedingt durch die Überarbeitung der ÖISS-Richtlinie „Ökologische Kriterien im Schulbau“ im ver-

**SSP-Schwerpunkte 2/2010**

In der März-Ausgabe von „Schule & Sportstätte“ berichten wir weiters über

- ▶ den Bäderkongress,
- ▶ neue Normierungen im Golfplatzbau und
- ▶ die USI-Sportstätte in der Sensengasse

ÖsterreicherInnen sammelten 2009 mehr als 800.000 Tonnen Verpackungen

## Getrennte Sammlung als positiver Klimafaktor

Die getrennte Sammlung und Verwertung von Verpackungsabfällen ersparen der Umwelt im Jahr rund 600.000 Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente und leisten damit einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz. Das geht aus einer aktuellen Berechnung der Denkstatt GmbH hervor, die im Auftrag der ARA Altstoff Recycling Austria AG dafür ein Ökobilanzmodell entwickelt hat, das vom Umweltbundesamt und der TU Wien geprüft wurde. Möglich ist dieser nachhaltige Erfolg durch die langjährige gute Zusammenarbeit der ARA mit Kommunen, Abfallwirtschaftsverbänden und Entsorgungsunternehmen: Die dezentralen, lokal maßgeschneiderten Sammelsysteme für Verpackungen sind in Kombination mit regional über-



greifenden Sortieranlagen und zentralem Verwertungsmanagement nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch unter dem Gesichtspunkt des Klimaschutzes effizienter.

Ein zweiter wichtiger Erfolgsfaktor ist das Engagement der BürgerInnen. Eine aktuelle repräsentative IMAS-Umfrage bestätigt den Erfolg der gemeinsamen An-

strengungen von ARA und Kommunen zur Information der Bevölkerung. Die getrennte Verpackungssammlung ist für die ÖsterreicherInnen Bestandteil des täglichen Lebens: 96 Prozent der Befragten geben an, ihre Verpackungen getrennt zu sammeln, und mehr als Dreiviertel sehen darin schon lange keinen zusätzlichen Zeitaufwand mehr.

Effiziente Verpackungssammlung bedeutet Entlastungen für Wirtschaft, KonsumentInnen, Kommunen und Umwelt. Diese nachhaltigen Erfolge gilt es auch in Zukunft zu sichern, damit das österreichische System das bleiben kann, was es heute ist: Der Maßstab in der Verpackungsverwertung für viele Länder weltweit.

### Information

ARA Altstoff Recycling Austria AG  
Mariahilfer Straße 123  
A-1062 Wien  
Tel: 01/599 97-0  
Fax: 01/595 35 35  
E-Mail: [araag@ara.at](mailto:araag@ara.at)  
Web: [www.ara.at](http://www.ara.at)

E.F.



**CILLIT CEE WATERTechnology GmbH**  
Innovative Lösungen für Ihren Erfolg

- Prozess- und Abwasseraufbereitung
- Vollbiologische Kleinkläranlagen
- Frischwasseraufbereitung
- Kühlwasseraufbereitung
- Heizungwasseraufbereitung
- Planung, Analysen und Service Chemieprodukte



Bei Interesse an unseren Produkten oder Fragen kontaktieren Sie uns bitte unter:

<p><b>CILLIT CEE WATERTechnology GmbH</b> A-1020 Wien Handelskai 388 Tel.: +43/1/907 33 88-0 Fax: +43/1/907 33 88-20 <a href="mailto:office@cillit-aqua.com">office@cillit-aqua.com</a> <a href="http://www.cillit-aqua.com">www.cillit-aqua.com</a></p>	<p>A-4050 Traun Fabrikstraße 9 Tel.: +43/72 29/90 620 Fax: +43/72 29/90 620-20</p>
--	--



**WIR UNTERSTÜTZEN ÖSTERREICHS GEMEINDEN. UND SIE PROFITIEREN DAVON.**



Kommunalleasing  
Infos unter:  
0810 20 52 51  
[www.leasing.at](http://www.leasing.at)

**UNTERNEHMEN ÖSTERREICH**  
EINE INITIATIVE DER BAWAG PSK



Welchen Wert hat das kommunale Versorgungsunternehmen?

# Unternehmensbewertung bei Preisregulierung

Soll ein Unternehmen bewertet werden, sind Discounted-Cash-Flow-Bewertungsmodelle (DCF-Modelle) für die Ermittlung eines Zukunftserfolgswertes gegenwärtig „State of the Art“. KOMMUNAL zeigt auf, welche Prognose erstellt werden muss und welcher Unternehmenswert sich aus der Summe der Überschüsse ergibt.

Mag. Dr. Michael Hierzenberger & Univ.-Prof. Dr. Gerwald Mandl

Eine fundierte Prognose der erwarteten Zahlungsmittelüberschüsse (Cash-Flow) muss erstellt und ein adäquater Diskontierungszins ermittelt werden. Der Unternehmenswert ergibt sich als Summe der diskontierten Zahlungsmittelüberschüsse.<sup>1</sup> Dieser Beitrag widmet sich speziell der Darstellung der zu

Peltzman definiert Regulierungsbehörden als eigennutzenmaximierende Institutionen, mit dem Ziel, „im Amt zu bleiben“.

berücksichtigenden betriebswirtschaftlichen Grundsätze für die Bewertung preisregulierter Unternehmen wie Strom-, Gas- und Wassernetzbetreibern. Die zu treffenden Annahmen über



Univ.-Prof. Dkfm. Dr. Gerwald Mandl ist am Institut für Unternehmensrechnung und Wirtschaftsprüfung der Karl-Franzens-Universität Graz



Mag. Dr. Michael Hierzenberger war externer Dissertant am Institut für Unternehmensrechnung und Wirtschaftsprüfung der Karl-Franzens-Universität Graz

die Entwicklung der Regulierungspolitik für die Herleitung einer fundierten Cash-Flow-Prognose sowie die spezifischen Anforderungen an die Bemessung eines adäquaten Diskontierungszinses werden erläutert.

## Langfristige Entwicklung der Regulierungspolitik

Peltzman definiert Regulierungsbehörden als eigennutzenmaximierende Institutionen, mit dem Ziel, „im Amt zu bleiben“.<sup>2</sup> Um dieses Ziel zu erreichen, müssen Regulierungsbehörden „opportunistische“ Regulierungspolitik betreiben. Die Regulierungspolitik muss sich daran orientieren, ob von den im Zuge der Regulierungspolitik zu bevorzugenden Interessensgruppen, dies sind jene mit Einflussnahmemöglichkeit auf die Bestellung der Regulierungsbehörde, steigende oder sinkende Preise erwartet werden. Für langfristige Prognosen im Rahmen einer Unternehmensbewertung ist hierauf Beachtung zu nehmen.

## Regulierungssysteme in der Praxis

Grundsätzlich kann zwischen kostenorientierten Regulierungssystemen (Rate-of-Return-Regulierung, kurz: RoR-Regulierung) und erlös- bzw. preisorientierten Regulierungssystemen (Anreizregulierungsmodelle bzw. RPI-X-Regulierung) unter-

schieden werden. Bei einer kostenorientierten RoR-Regulierung ist die adäquate Höhe der „Kapitalverzinsung“ das Objekt der Regulierung. Bei RPI-X-Modellen wird dagegen der Erlös des Unternehmens reguliert, wie derzeit in Österreich bei Strom- und Gasnetzbetreibern. Der „Gewinn“ des Unternehmens kann bei RPI-X-Modellen größer oder kleiner als eine adäquate Kapitalverzinsung und auch negativ sein. Effizienzüberlegungen nehmen bei RPI-X-Modellen somit einen größeren Stellenwert ein als bei RoR-Regulierungen, da der Grundsatz „Kosten = Erlöse“ bei RPI-X-Modellen durchbrochen wird, hingegen bei RoR-Regulierungen von maßgeblicher Bedeutung ist. Die Ursache hierfür ist einfach nachvollziehbar: Bei RoR-Regulierungen münden Effizienzsteigerungen unmittelbar in niedrigeren Preisen für die Konsumenten bei gleichbleibender prozentueller Kapitalverzinsung. Hingegen führen bei RPI-X-Modellen Effizienzsteigerungen zu Gewinnsteigerungen und somit zu einer höheren Kapitalverzinsung für eine bestimmte Zeit.

## Betriebswirtschaftliche Grundsätze

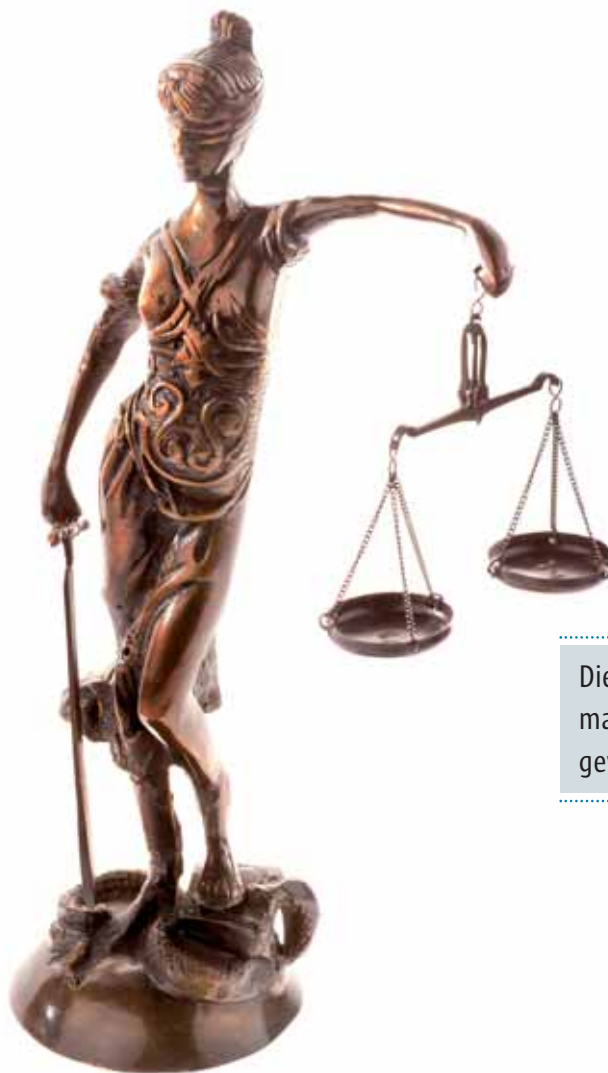
Swoboda definiert Grundsätze, welche für die Bestimmung angemessener Betriebs- und Kapitalkosten bzw. Erlöse gelten sollen:<sup>3</sup>

### Grundsatz 1:

„Die erwartete Rendite der Eigenkapitalgeber des EVU soll kapitalmarktgerecht sein und damit auch dem speziellen Risiko der Eigenkapitalgeber entsprechen.“

### Grundsatz 2:

„Die Kosten sollen auf die Konsumenten unterschiedlicher Perioden fair verteilt werden.“



### Grundsatz 3:

„Die der Tarifbildung zugrunde gelegten Kosten sind so zu ermitteln, dass negative Anreize vermieden werden.“

Grundsatz 1 besagt, dass den Eigenkapitalgebern eine dem Risiko entsprechende Rendite auf das eingesetzte Eigenkapital zugestanden werden muss. Die Festsetzung von höheren oder niedrigeren Renditen im Rahmen der Preisfestsetzung sollte vermieden werden.<sup>4</sup>

Grundsatz 2 wird durch die im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen relativ lange Nutzungsdauer von Investitionen in Netzinfrastrukturen und der Möglichkeit der sehr unterschiedlichen Periodisierung von

Zahlungsmittelflüssen begründet. Durch die Wahl einer „fairen Nutzungsdauer“ sollen die Herstellungskosten langlebiger Investitionsgüter angemessen auf die Generationen verteilt werden.<sup>5</sup>

Grundsatz 3 beinhaltet die Forderung, dass angemessene Preise eine effiziente Form der Leistungserstellung ermöglichen müssen. Kurzfristig sind im Rahmen von Effizienzüberlegungen insbesondere die Betriebskosten (Material, Personal, Fremdleistungen) entsprechend anzupassen; Effizi-

Langfristiger realer Kapitalerhalt muss im Rahmen der Cash-Flow-Planung möglich sein, und Effizienzüberlegungen sind in ausreichendem Maße zu berücksichtigen.

enzsteigerungen bei den Kapitalkosten sind, bedingt durch deren relativ lange Nutzungsdauer, nur langfristig möglich.

### Grundsatz der „Realen Kapitalerhaltung“

In einer vielbeachteten „Kontroverse“ zwischen Swoboda und Seicht in den 90er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts (abgedruckt im Journal für Betriebswirtschaft) wurde die Frage nach der korrekten Ermitt-

Die Höhe des Unternehmenswertes wird maßgeblich von der Ausgestaltung des angewandten Regulierungsregimes bestimmt.

lung des Kapitalverzehrs in Form von Abschreibungen und Finanzierungskosten ausführlich diskutiert. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass bei der Verwendung historischer Anschaffungs- und Herstellungskosten ein nominaler Zinssatz zu verwenden ist und bei der Orientierung an Wiederbeschaffungspreisen ein realer Zinssatz zu verwenden ist.<sup>6</sup> Dadurch soll (modellhaft) ein realer Kapitalerhalt für regulierte Unternehmen ermöglicht werden. Einschränkung muss ergänzt werden, dass reale Kapitalerhaltung jedoch nicht möglich ist, wenn es zu einer Besteuerung vereinnahmter Inflationsabgeltungen kommt.<sup>7,8</sup> Die Besteuerung der Inflationsabgeltung müsste in der Praxis in Form eines Zuschlages zur eigentlichen Inflationsabgeltung „vor Steuern“ berücksichtigt werden, um „nach Steuern“ eine exakte Inflationsabgeltung modellhaft sicherstellen zu können.

Die Basis für die Ermittlung der preisregulatorischen Finanzierungskosten wird durch das betriebsnotwendige und zinsberechtigende Kapital gebildet. Als unverzinsliche Kapitalpositionen werden zum Beispiel Baukostenzuschüsse und Investitionszuschüsse verstanden.<sup>9</sup> Die Betriebsnotwendigkeit von Vermögensgegenständen ist im Einzelfall zu beurteilen. Die kapitalmarktorientierte Ermittlung eines gewichteten durchschnittlichen Finanzierungskostensatzes

Für die Bestimmung eines Zukunftserfolgswertes als Unternehmenswert müssen prognostizierte Cash-Flows diskontiert werden.

(Weighted Average Cost of Capital; WACC) stellt heute die bevorzugte Methode dar, um adäquate Kapitalkosten zu ermitteln. Durch die Multiplikation des zinsberechtigten Kapitals mit dem WACC werden die preisregulatorischen Finanzierungskosten ermittelt, welche als Bestandteil der regulierten Produktpreise an die Konsumenten verrechnet werden dürfen.

### Diskontierungszins der Unternehmensbewertung

Der zu verwendende Diskontierungszins im Rahmen einer DCF-Bewertung entspricht entweder dem Eigenkapitalkostensatz oder dem WACC, abhängig vom verwendeten DCF-Modell. Allen Modellen gemein ist, dass ein angemessener Eigenkapitalkostensatz, welcher eine Prämie für das systematische Risiko enthält (= Risikozuschlag auf den risikolosen Zinssatz), benötigt wird. Wird der Eigenkapitalkostensatz durch Anwendung des Capital Asset Pricing Models (CAPM) auf Grundlage historischer Wertpapierrenditen ermittelt, muss hinterfragt werden, ob die historischen Renditen als Schätzwerte für zukünftige Renditen bzw. Risikozuschläge überhaupt herangezogen werden können. Sofern eine Veränderung der Regulierungspolitik er-



Mögliche zukünftige Veränderungen in der Regulierungspolitik müssen hinsichtlich deren Auswirkung auf die Höhe der Cash-Flows sowie des systematischen Risikos abgeschätzt werden ...

wartet wird, sind mögliche Auswirkungen auf das systematische Risiko zu berücksichtigen, um zukunftsorientierte Finan-

zierungskosten ermitteln zu können – eine Voraussetzung für die Ermittlung eines Zukunftserfolgswertes als Unternehmens-

### Weiterführende Literatur

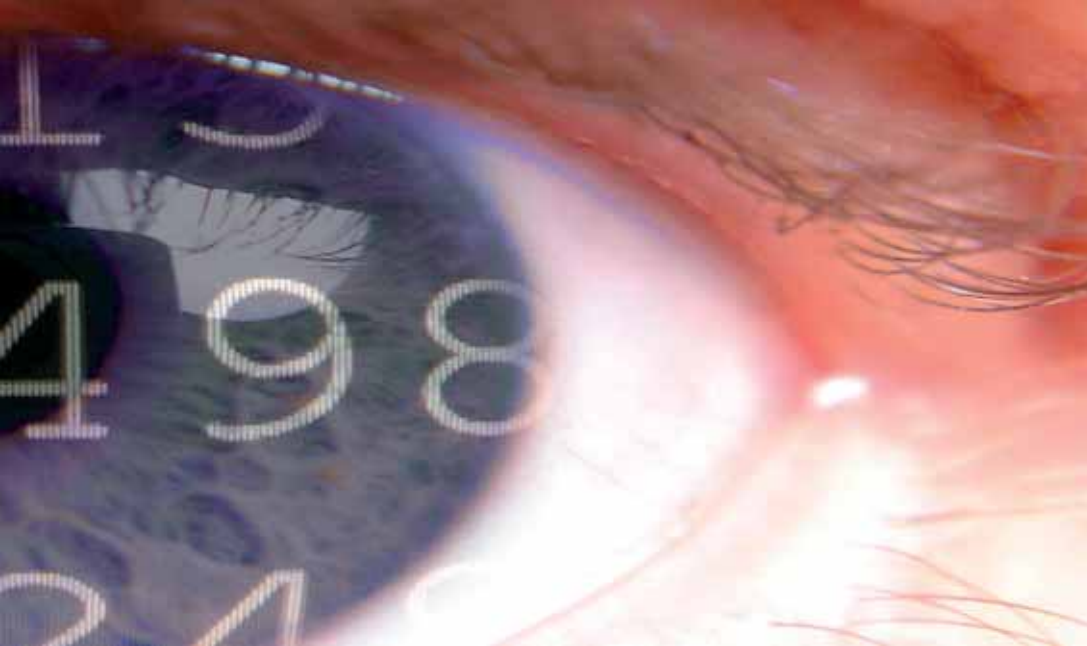
- ▶ **Drukarczyk, J./Schüler, A.:** Unternehmensbewertung, 6. Aufl., Vahlen, München 2009
- ▶ **Hierzenberger, M.:** Price Regulation and Risk – The Impact of Regulation System Shifts on Risk Components, Dissertation, Springer, Berlin 2010
- ▶ **Kruschwitz, L./Löffler, A./Essler, W.:** Unternehmensbewertung für die Praxis, Schäffer-Poeschel, Stuttgart 2009
- ▶ **Mandl, G./Rabel, K.:** Methoden der Unternehmensbewertung (Überblick), in: Peemöller (Hrsg.): Praxishandbuch der Unternehmensbewertung, 4. Aufl., Herne/Berlin 2009, S. 48–85
- ▶ **Peltzman, S.:** „Toward a more general Theory of Regulation“, in: The Journal of Law and Economics, 29/2, 1976, S. 211–248
- ▶ **Seicht, G.:** „Zur aktuellen Diskussion über die Abschreibungskosten in der österreichischen amtlichen Preisregelung (Energiepreisregelung) – Eine Erwiderung zum gleichnamigen Aufsatz von Gerhard Seicht“, in: Journal für Betriebswirtschaft, 2, 1992, S. 74 bis 85
- ▶ **Swoboda, P.:** „Zur Anschaffungswertorientierung administrierter Preise (speziell in der Elektrizitätswirtschaft)“, Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis, 48. Jahrgang, 1996, S. 364–381
- ▶ **Seicht, G.:** „Die Zinskosten in der amtlichen „Kosten“-Preisadministration“, in: Journal für Betriebswirtschaft, 1, 1992, S. 2–20
- ▶ **Seicht, G.:** „Zur Tageswertorientierung administrierter Preise (speziell in der Energiewirtschaft)“, Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis, 48. Jahrgang, 1996, S. 343 bis 363
- ▶ **Swoboda, P.:** „Kostenermittlung und Tarifbildung bei Elektrizitätsversorgungsunternehmen insbesondere hinsichtlich kalkulatorischer Kosten“, Journal für Betriebswirtschaft, 2, 1990, S. 66–76
- ▶ **Swoboda, P.:** „Zur aktuellen Diskussion über die Abschreibungskosten in der österreichischen amtlichen Preisregelung (Energiepreisregelung) – Eine Erwiderung zum gleichnamigen Aufsatz von Gerhard Seicht“, in: Journal für Betriebswirtschaft, 2, 1992, S. 74 bis 85

### Info-Box: die Autoren

**Univ.-Prof. Dkfm. Dr. Gerwald Mandl;** Institut für Unternehmensrechnung und Wirtschaftsprüfung der Karl-Franzens-Universität Graz; Praxis im Bereich der Wirtschaftsprüfung; zahlreiche Publikationen, insbesondere im Bereich der Unternehmensbewertung.

**Mag. Dr. Michael Hierzenberger;** 2007–2009 Externer Dis-

sertant am Institut für Unternehmensrechnung und Wirtschaftsprüfung der Karl-Franzens-Universität Graz (Betreuer: Prof. Gerwald Mandl); 2002/03 Praktika im Beteiligungsmanagement der Graz AG; 2004/05 Traineeprogramm im Energie Steiermark-Konzern; seit 2005 im Controlling der Energie Graz GmbH & Co KG hauptberuflich tätig.



wert.<sup>10</sup> Analoge Überlegungen wären auch im Rahmen der Festsetzung der preisregulatorischen Finanzierungskosten durch die Regulierungsbehörde anzustellen.

### Zusammenfassung

Für die Bestimmung eines Zukunftserfolgswertes als Unternehmenswert müssen prognostizierte Cash-Flows diskontiert werden. Die Höhe des Unternehmenswertes wird maßgeblich von der Ausgestaltung des

angewandten Regulierungsregimes bestimmt. Mögliche zukünftige Veränderungen in der Regulierungspolitik müssen hinsichtlich deren Auswirkung auf die Höhe der Cash-Flows sowie des systematischen Risikos abgeschätzt werden, wofür die Regulierungstheorie von Peltzman einen Ansatz bietet. Langfristiger realer Kapitalerhalt muss im Rahmen der Cash-Flow-Planung möglich sein und Effizienzüberlegungen sind in ausreichendem Maße zu berücksichtigen.

1 vgl. u. a. Drukarczyk/Schüler (2009); Kruschwitz/Löffler/Essler (2009); Mandl/Rabel (2009).

2 vgl. Peltzman (1976).

3 vgl. Swoboda (1990).

4 vgl. Swoboda (1990).

5 vgl. Swoboda (1990); Swoboda (1992).

6 vgl. Swoboda (1996).

7 vgl. Swoboda (1992); Swoboda (1996).

8 vgl. Seicht (1996).

9 vgl. Swoboda (1990).

10 vgl. Hierzenberger (2010).

### Info-Box: Buch-Tipp

Im zweiten Quartal 2010 erscheint die englische Fassung der Dissertation von Michael Hierzenberger mit dem Titel „Price Regulation and Risk – The Impact of Regulation System Shifts on Risk Components“ als Band 641 der Serie „Lecture Notes in Economics and Mathematical Systems“ im Springer Verlag. SBN: 978-3-642-12046-6

[www.springer.at](http://www.springer.at)

Kehrtwende nach den Jahren des Rückzugs aus österreichischen Kommunen

## Die Post bietet Zusatzgeschäfte für Gemeinden

„Wir bieten allen Gemeinden Österreichs an, mit uns über einen Post.Partner zu sprechen. Ein attraktives Angebot für die Bevölkerung der ländlichen Gebiete, davon sind wir überzeugt“, erklärt Post-Generaldirektor Dr. Georg Pözl. Er vollzieht damit eine Kehrtwendung zur bisherigen Post-Strategie, sich aus kleinen Ortschaften zurückzuziehen. Mehr als 2300 Gemeinden gibt es in ganz Österreich. Und noch ist nicht jede davon mit einer eigenen Postgeschäftsstelle versorgt. Eine Tatsache, die sich nun ändern könnte. Mehr als 400 Post.Partner sind derzeit in Österreich tätig. Ein Großteil von ihnen nimmt seit dem Vorjahr die Tätigkeiten eines Post.Partners wahr. Dazu gehören die komplette



Foto: Österreichische Post AG / Fuchs

Österreichs Post-Partner decken das Spektrum einer Postfiliale weitgehend ab – hier ein Paketdienst in der Ramsau.

Dienstleistungen der Postfilialen, von der Entgegennahme aller Arten von Sendungen bis hin zur Abgabe von Einschreibebriefen und Paketen, weiters aber auch eine Reihe von Dienstleistungen der PSK-Bank. Dass sich die Zahl dieser Post.Partner durch die Initia-

tive der Post weiter erhöht, hoffen auch die Wirtschaftskammer Österreich und der Österreichische Gemeindebund. Die beiden Organisationen unterstützen die Post bei der Suche nach Partnern. Pözl: „Wir suchen zu dritt, weil es bei diesem System auch drei große Gewinner

gibt. Die Gemeinden, die ihre eigene Postgeschäftsstelle bekommen, die Wirtschaftstreibenden, die ihren Umsatz und ihre Einkünfte steigern, und die Post, die für ihre Kunden in ganz Österreich noch leichter erreichbar ist“.

### Information

Österreichische Post AG  
Post.Partner Management  
Tel.: 0800 20 60 20  
[post.partner@post.at](mailto:post.partner@post.at)

WKO  
Bundessparte Handel  
Dr. Hannes Mraz  
Tel.: 0590 900-3339  
[bsh@wko.at](mailto:bsh@wko.at)



Das Asia Spa Leoben wurde streng nach Feng-Shui-Prinzipien und mit großem Wellness- und Saunabereich gemäß den chinesischen Elementen Erde, Metall, Feuer, Holz und Wasser errichtet.

Leoben baut auf die Kompetenz der IMMORENT

# Stabilität und Erfahrung als entscheidende Kriterien

Die Stadtgemeinde Leoben vertraut bei der Durchführung von großen Bauprojekten bereits seit einigen Jahren auf die Erfahrung der IMMORENT in der Projektentwicklung und -errichtung.

„Wir haben die IMMORENT als kompetenten und verlässlichen Partner kennengelernt“, sagt Leobens Bürgermeister Matthias Konrad. Das umfassende Dienstleistungsangebot und die Tatsache, dass das Unternehmen auf der Basis des umsichtigen Geschäftsmodells der Erste Group arbeitet, waren für die Stadtgemeinde entscheidende Kriterien für die Wahl der IMMORENT. „Stabilität und Erfahrung sind uns bei der Wahl eines Partners sehr wichtig“, so Bürgermeister Konrad.

„Es freut uns, dass wir in Leoben bereits mehrmals unsere Lö-

sungs- und Umsetzungs-kompetenz unter Beweis stellen durften“, freut sich IMMORENT-Geschäftsführer Heinz Moser. Die 40-jährige erfolgreiche Unternehmensgeschichte und die langjährige Erfahrung sind für immer mehr Gemeinden Grund, mit der IMMORENT zusammenzuarbeiten.

handelskette „Gröbl-Möbel“ wurde auf sechs Geschossen – ein Parkdeck und fünf Obergeschosse – ein Bürogebäude mit einer Gesamtfläche von rund 5300 m<sup>2</sup> errichtet. Das Projekt entstand im Zuge eines Private-Public-Partnership-Modells zwischen IMMORENT SÜD und der Stadtgemeinde Leoben.



Wir haben die IMMORENT als kompetenten und verlässlichen Partner kennengelernt.

Dr. Matthias Konrad  
Bürgermeister der Stadt Leoben

## Information

IMMORENT AG  
Ing. Heinz Moser  
Tel.: 05 0100 - 27355  
Mobil: 05 0100 - 27355  
E-Mail:  
[heinz.moser@immorent.at](mailto:heinz.moser@immorent.at)

## Vorzeigeprojekte in Leoben

**Logistik Center:** 2001 wurde ein neues Büro- und Werkstatteingebäude für den steirischen Förderband- und Antriebssystem-Spezialisten Knapp Logistik errichtet.

**Dienstleistungszentrum:** Am ehemaligen Standort der Möbel-

**Asia Spa:** Zu den gegenwärtig wohl bemerkenswertesten österreichischen Wellnessprojekten zählt das Asia Spa Leoben, ein in Europa einzigartiges Wellness- und Erholungszentrum auf rund 20.000 m<sup>2</sup>. Die Freizeitanlage verfügt über ein Frei- und Hallenbad, ein Vier-Sterne-Hotel mit 101 Gästezimmern inklusive Restaurant- und Konferenzbereich, einen asiatischen Bade-shop, einen luxuriösen Fitnessbereich und vieles mehr.



Beliebt bei Gemeinden und Dienstleistern – Mähgeräte mit leichter Handhabung

## Etesia-Aufsitzmäher – Kleine Maße, große Leistung



Das Kompaktmodell Hydro 100d ist auch mit Hochentleerung erhältlich.

Die Aufsitzmäher von Etesia sind zuverlässige Arbeitsgeräte mit perfektem Mähergebnis und hervorragender Fangeigenschaft. Angefangen vom Bahia für den anspruchsvollen Gartenbesitzer bis hin zum kommunalen Alleskönner Hydro 124. Besonders bei Dienstleistern und Kommunen beliebt: die Kompaktmodelle Hydro 80 und Hydro 100. Mit einer Schnittbreite von 80 bzw. 100 cm sind sie besonders schmal, passen durch Gartentore oder enge Einfahrten und lassen sich leicht auf einem kleinen Anhänger transportieren. Dank ihrer Kompaktheit ermöglichen diese Modelle eine hohe Arbeitsgeschwindigkeit und sorgen so für eine überdurchschnittliche Mähleistung pro Stunde. Charakteristisch für

Etesia ist, dass alle Geräte um das Mähsystem herum konzipiert wurden. Dadurch werden selbst nasses Gras oder Laub perfekt aufgenommen.

### Einfache Handhabung

Ausgestattet sind die Geräte wahlweise mit Benzin- oder Dieselmotor und einer großen Fangvorrichtung (je nach Wunsch mit hydraulischer Boden- oder Hochentleerung). Ein hydrostatischer Antrieb sorgt für höchsten Fahrkomfort. Auch die Wartungsfreundlichkeit spielt bei Etesia eine große Rolle. Der Korb ist zur Reinigung schnell und ohne Werkzeug abnehmbar. Das Mähwerk lässt sich ebenfalls in weniger als 5 Minuten entfernen. Auch der direkte

Zugang zum Motor und den Wartungselementen ist ohne Probleme möglich. Das breite Zubehörprogramm für Grünflächen, Straßen- und Winterbetrieb machen daraus Multifunktionsgeräte, die keine Wünsche offen lassen. Erhältlich sind je nach Modell Kehrmaschine, Schneeschild, Kabine und vieles mehr. Infos über Händler finden sie auf [www.hochfilzer.com](http://www.hochfilzer.com)

### Information

Hochfilzer GmbH & Co KG  
Weinberg 18  
6250 Kundl  
Tel.: 05338/8405  
Fax.: 05338/8405-32  
E-Mail: [info@hochfilzer.com](mailto:info@hochfilzer.com)

E.F.



## Wir bedanken uns bei 6,5 Millionen MitarbeiterInnen\* und unseren Partnern für ein sauberes Österreich!

Seit Bestehen des ARA Systems hat sich die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Kommunen und der Entsorgungswirtschaft bewährt: Gemeinsam wurde in den vergangenen Jahren die Sammlung der gebrauchten Verpackungen aufgebaut und die Bevölkerung zum richtigen Sammeln motiviert. Und das mit großem Erfolg, denn die ÖsterreicherInnen sind die ungeschlagenen Sammelweltmeister. Mit der ständigen Optimierung der Sammelinfrastruktur stellt das ARA System sicher, dass das auch in Zukunft so bleibt.

\* 95 % aller ÖsterreicherInnen zwischen 10 und 80 Jahren trennen regelmäßig ihren Müll und schonen damit unsere Umwelt.

Geschwindigkeitsüberwachung: Gemeinden fordern „Recht auf Radar“

# Verwaltungsgerichtshof stellt „Unzulässigkeit“ in Frage

Infolge mangelnder Kontrolle der Geschwindigkeitsbeschränkungen im Ortsgebiet häufen sich beim Österreichischen Gemeindebund Anfragen wie auch Beschwerden. Da die Gemeinden seit geraumer Zeit nicht mehr „blitzen“ dürfen, sind diese auf die Überwachung durch die Exekutive angewiesen. Eine Umfrage des Gemeindebundes deckt auf, warum Radarüberwachung durch Gemeinden notwendig ist.

Mag. Bernhard Haubenberger

Eine Umfrage des Österreichischen Gemeindebundes, die gemeinsam mit dem Österreichischen Städtebundes durchgeführt wurde, bestätigt einmal mehr die Notwendigkeit einer

Der Verwaltungsgerichtshof ... stellt generell die Unzulässigkeit der automatisierten Verkehrsüberwachung durch Private in Frage.

automatisierten Geschwindigkeitsüberwachung durch Gemeinden.

Die automationsunterstützte Verkehrsüberwachung hat in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Kontrolldichte, Entlastung der Exekutive, Kosten- und Verwaltungseffizienz, Beweiswert und Objektivität sind nur einige Gründe, die eine Automatisierung in der Verkehrsüberwachung rechtfertigen und geradezu erfordern. Diesem Umstand hat auch der Gesetzgeber in der Vergangenheit vermehrt Rechnung getragen. So dürfen die zuständigen Behörden neben der sogenannten punktuellen Geschwindigkeitsüberwachung (Radarüberwachung) auch abschnittsbezogene Geschwindigkeitsüberwachungen (Section



Mag. Bernhard Haubenberger ist Jurist im Österreichischen Gemeindebund

Control) automationsunterstützt durchführen. Ebenso werden bildverarbeitende technische Einrichtungen bei der Kontrolle der Einhaltung des notwendigen Sicherheitsabstandes (Abstandsmessung) oder der Beachtung des Rotlichtzeichens verwendet.

## „Blitzen“ verboten

Die Zuständigkeiten in Angelegenheiten der Verkehrspolizei sind in der Straßenverkehrsordnung (StVO) verankert. Die Verkehrspolizei umfasst gemäß § 94 b Abs. 1 StVO die Überwachung der Einhaltung straßenpolizeilicher Vorschriften, daher auch die Überwachung der Einhaltung der Geschwindigkeitsbeschränkungsverordnungen. Während die Gemeinden für die Erlassung von Halte- und Parkverboten, von Geschwindigkeitsbeschränkungen oder auch für die Bestimmung von Wohnstraßen sehr wohl zuständig sind, fällt die Handhabung der Verkehrspolizei und damit auch die Kontrolle der Geschwindigkeiten auf Gemeindestraßen nicht in ihren eigenen Wirkungsbereich, sondern obliegt als Aufgabe der Vollziehung den Bezirksverwaltungs- bzw. den Bundespolizeibehörden. Die fehlende gesetzliche Determinierung war auch ursächlich für die im Jahr 2008 getroffene Ent-

scheidung der Datenschutzkommission, dass personenbezogene Daten (Kennzeichen) von Gemeinden selbst oder von ihnen beauftragte Dritte mangels Zuständigkeit im Verkehrsüberwachungsbereich weder ermittelt noch übermittelt werden dürfen.

## Rechtsunsicherheit gehört beseitigt

Die automatisierte Verkehrsüberwachung durch Gemeinden oder von ihnen beauftragte Dritte bewegt sich in einem rechtlichen Graubereich. Aufgrund der bescheidmäßig festgestellten Unzulässigkeit durch die Datenschutzkommission wurden – von wenigen Ausnahmen abgesehen (siehe gleich) – nahezu alle Radargeräte auf Österreich Gemeindestraßen ausgeschaltet. Im Herbst vergangenen Jahres hat aber der Verwaltungsgerichtshof (ZI.2008/17/0152) den Bescheid der Datenschutzkommission wegen Rechtswidrigkeit seines Inhaltes teilweise aufgehoben. Zwar widerspricht der Verwaltungsgerichtshof in seinen Ausführungen nicht grundsätzlich der Rechtsansicht der Datenschutzkommission. Da sich die Beschwerde führende Gemeinde aber darauf berufen hat, dass sie als Privatrechtssubjekt gehandelt habe und nicht in

Im Herbst vergangenen Jahres hat der Verwaltungsgerichtshof (ZI.2008/17/0152) den Bescheid der Datenschutzkommission wegen Rechtswidrigkeit seines Inhaltes teilweise aufgehoben.

Vollziehung der Gesetze, erachtete der Verwaltungsgerichtshof die Klärung dieser Frage für entscheidungswesentlich, weswegen er den Bescheid unter Hinweis auf die sich (dadurch allenfalls) ergebende unterschiedliche Rechtsfolge aufhob. Der Verwaltungsgerichtshof geht in seiner Entscheidung sogar noch weiter und stellt generell die Unzulässigkeit der automatisierten Verkehrsüberwachung durch Private in Frage. Aus alledem ergibt sich ohne Zweifel eine rechtliche Unsicherheit, die dringend im Wege einer Gesetzesänderung beseitigt gehört.

### Nur mit Gemeindegewachkörper

Gemeinden mit eigenem Gemeindegewachkörper dürfen aber unter bestimmten Voraussetzungen automatisierte Verkehrsüberwachungen durchführen. So kann die jeweilige Landesregierung im Wege einer Übertragungsverordnung alle oder nur bestimmte Angelegenheiten der Verkehrspolizei an solche Gemeinden übertragen, die über einen Gemeindegewach-

körper verfügen. Demgemäß bestimmt die Verordnung der Vorarlberger

Vom KfV über mehrere Jahre durchgeführten Geschwindigkeitsmessungen zeigen, dass genau dort zu schnell gefahren wird, wo nicht nur subjektiv, sondern auch objektiv eine Geschwindigkeitsbegrenzung sinnvoll und nötig ist – im Ortsgebiet.

Gemeinden mit eigenem Gemeindegewachkörper dürfen unter bestimmten Voraussetzungen automatisierte Verkehrsüberwachungen durchführen ... und eben diesen Wachkörper können sich die meisten Gemeinden einfach nicht leisten.

Landesregierung (LGBl. Nr. 30/1995) in § 2 Abs. 1, dass die darin namentlich genannten Gemeinden die Angelegenheiten der Verkehrspolizei im übertragenen Wirkungsbereich zu besorgen haben. Sämtliche angeführten Gemeinden verfügen über einen eigenen Gemeindegewachkörper. Derzeit gibt es österreichweit nur 45 Gemeinden mit eigenem Gemeindegewachkörper. Und genau hier setzt das Problem vieler Gemeinden an, die aus Gründen der Verkehrssicherheit in ihrem Ortsgebiet Überwachungen durchführen möchten: Sie können sich schlichtweg keinen eigenen Gemeindegewachkörper leisten. Daher sind nach derzeitiger Rechtslage all jenen Gemeinden die Hände gebunden, die weder einen Gemeindegewachkörper noch die erforderliche Ermächtigung haben. Sie sind auf die Exekutive angewiesen, deren Kontrolle mangels personeller wie finanzieller Ressourcen nur sehr spärlich und nicht selten an falschen Orten und zu falschen Zeiten erfolgt. Eine Befragung des Kuratoriums für Verkehrssicherheit (KfV) unter Fahrzeuglenkern im Jahr 2008 hat ergeben, dass zwar jeder Zweite es als eher gefährlich einschätzt, schneller als erlaubt zu fahren, dennoch sind Geschwindigkeitsüberschreitungen von 10 bis 20 km/h sozial akzeptiert und werden als Kavaliersdelikt gesehen. Die vom KfV über mehrere Jahre durchgeführten Geschwindigkeitsmessungen zeigen aber, dass genau dort zu schnell gefahren wird, wo nicht nur subjektiv, sondern auch objektiv eine Geschwindigkeitsbegrenzung sinnvoll und nötig ist – im Ortsgebiet. Die Messungen haben des Weiteren ergeben, dass über 50 Prozent aller Autofahrer in einer 50er-Zone (Ortsgebiet)

## Statements aus betroffenen Gemeinden

## Immer mehr Unsicherheit macht sich breit

### Einhaltung der Geschwindigkeit

- ▶ Geschwindigkeitsbeschränkungen werden vor allem in den 30er-Zonen nicht eingehalten.
- ▶ Die Geschwindigkeiten in Ortsgebieten werden selten eingehalten. Wegen des geringen Verkehrsaufkommens ist eine Überwachung durch die Polizei nur selten.
- ▶ Seit Bekanntwerden des Verbots wird nahezu jede 30er-Beschränkung überschritten. In der Vergangenheit zeigte sich, dass nur eine rigorose Überwachung zur Einhaltung der Beschränkungen führt.
- ▶ Durch das Fehlen der privaten Geschwindigkeitskontrollen hat sich die Durchschnittsgeschwindigkeit im Ortsgebiet um 15 km/h erhöht.
- ▶ Die Verkehrsteilnehmer wissen um die Situation der abgeschalteten Radarkästen, und so erhöht sich die Durchschnittsgeschwindigkeit kontinuierlich.
- ▶ Seit dem letzten Jahr (Ende der Radarüberwachung durch Gemeinden) ist ein Ansteigen des Geschwindigkeitsniveaus zu bemerken.
- ▶ Auf Gemeindestraßen im Ortsgebiet (50er-Zone) wurden Geschwindigkeiten bis 95 km/h festgestellt.

### Exekutive Präsenz

- ▶ Es gibt nur mangelnde bis gar keine Kontrollen aufgrund von Personalmangel bei der Polizei.
- ▶ Die Verkehrskontrollen finden derzeit nur auf den Bundes- und Landesstraßen statt. Für die Gemeindestraßen bleibt einfach keine Zeit.
- ▶ Es wird zu wenig kontrolliert. Wenn dann aber kontrolliert wird, dann zumeist zum falschen Zeitpunkt.
- ▶ Die Polizei führt nur dort Überwachungen durch, wo sich der Aufwand rechnet. In schwächer befahrenen Gemeindestraßen unterbleiben diese mangels „Erfolg“.

und sogar 80 Prozent aller Autofahrer in einer 30er-Zone (Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser) zu schnell unterwegs sind. Es sollte daher nicht verwundern, dass die Übertretung der höchstzulässigen Geschwindigkeit die häufigste Unfallursache ist und die Verkehrsunfallstatistik bestätigt, dass sich zwei Drittel aller Unfälle mit Personenschäden im Ortsgebiet ereignen. Beschränkungen der Geschwindigkeiten alleine reichen nicht, es bedarf vielmehr zusätzlicher präventiver Maßnahmen, Kontrollen und letztlich Sanktionsmechanismen.

### Gemeindebund-Umfrage bestätigt Handlungsbedarf

Nicht nur die Zahlen des Kuratoriums für Verkehrssicherheit zeugen von einem dringenden Handlungsbedarf. Der Österreichische Gemeindebund hat nicht zuletzt aufgrund zunehmender Anfragen und Beschwerden von Gemeinden eine Umfrage durchgeführt. Die Umfrage, an der über 140 Gemeinden teilgenommen haben, zeigt deutlich auf, dass die Folgen der Unzulässigkeit von Verkehrsüberwachungsmaßnahmen weder von der Größe der Gemeinde abhängen, noch bundesländerweise oder regional Unterschiede aufweisen. Die Probleme durch Raser, Schwerverkehr, Lärm- und Geruchsbelästigung sind nahezu überall dieselben.

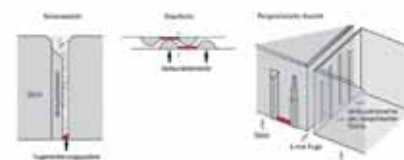
## Genial einfach - einfach genial

Systempflaster Einstein® - Das Pflastersystem, das niemals aus den Fugen gerät.

Straßen & Wege  
Plätze & Flächen  
Fußgängerzonen  
Einkaufszentren  
Parkanlagen, Objekte

für Zufahrtsstraßen / Firmengelände / Fußgängerzonen

für Kreisverkehre / Öffentliche Plätze / Parkplätze



Das Geheimnis des Systempflaster Einstein® liegt in seiner Elastizität. Das patentierte System sorgt dafür, dass sich die Steine an nur maximal 1 % aller möglichen Kontaktpunkte berühren. Selbst bei schwersten Belastungen kommt es zu keiner Verschiebung oder Verformung. Bereits beim Verlegen garantiert Einstein immer eine richtliniengemäße Fugenbreite für normgerechte Fugenfüllungen. Der gestalterischen Vielfalt sind durch viele Formen und Farben keine Grenzen gesetzt.

Mehr unter: [www.semmelrock.com](http://www.semmelrock.com)

**SEMMELOCK**  
STEIN+DESIGN®

Als Hauptursache werden mangelnde Polizeipräsenz vor Ort und fehlende Kontrollen genannt. 82 Prozent aller Gemeinden sind der Ansicht, dass die derzeitigen Kontrollen der Bundespolizei- und Bezirksverwaltungsbehörden unzureichend sind. Die Gemeinden fordern daher ein Recht auf Verkehrsüberwachung. So würden 63 Prozent aller Gemeinden automatisierte Verkehrsüberwachungen durchführen, wenn es eine rechtliche Grundlage gäbe. Der Österreichische Gemeindebund hat daher bereits im Vorjahr gemeinsam mit dem österreichischen Städtebund der zuständigen Verkehrsministerin einen gemeinsamen Vorschlag zur entsprechenden Anpassung der StVO übermittelt. Dieser sieht auch für Gemeinden ohne Gemeindevachkörper die Möglichkeit der automatisierten Verkehrsüberwachung überall dort vor, wo es die Sicherheit, Leichtigkeit und Flüssigkeit des Verkehrs erfordern. In ersten Gesprächen signalisierten sowohl das Bundesministerium für Inneres als auch das Verkehrsministerium Verhandlungsbereitschaft und Wohlwollen zur Umsetzung dieses Vorhabens.

82 Prozent aller Gemeinden sind der Ansicht, dass die derzeitigen Kontrollen der Bundespolizei- und Bezirksverwaltungsbehörden unzureichend sind.



### Gemeindevachkörper

► Die Installierung eines eigenen Gemeindevachkörpers ist für viele Gemeinden aus Gründen der fehlenden Finanzierbarkeit nicht möglich.

► Zwar sind (drei) Stadtpolizisten im Einsatz, diese werden aber vom Land wegen zu geringer Personalausstattung nicht als Gemeindevachkörper anerkannt.

### Verkehrssicherheit und Lebensqualität

► Eine Befragung der Bürger hat ergeben, dass die Verkehrssicherheit zu den Top-Themen zählt. Dazu zählen vor allem die Ängste der Menschen aufgrund von Raserei in der Stadt.

► Die Bewohner klagen, dass in den Siedlungsstraßen großteils zu schnell gefahren wird. Meist sind es allerdings Bewohner der Siedlung selbst, die zu schnell fahren – oder deren Kinder. Eine Überwachung durch die Polizei erfolgt sehr selten, so gut wie nicht.

► Es gibt im Bereich des Kindergartens, Kinderspielplatzes und der Volksschule

30 km/h-Beschränkungen, die nie eingehalten werden, so dass Eltern um ihre Kinder fürchten. Leider ist im Ort die Polizei kaum zu sehen, geschweige denn, dass im Ort Lenker wegen Zuschneffahrens aufgehalten werden. Die Eltern fürchten um die Sicherheit ihrer Kinder.

► Es geht bei Radarüberwachungen nicht um Mehreinnahmen, sondern um die Sicherheit der Bevölkerung und um den psychologischen und erzieherischen Effekt auf die Verkehrsteilnehmer.

► Seit dem Verbot häufen sich die Beschwerden über zu schnell fahrende FahrzeuglenkerInnen.

► Bei den vorangegangenen Messungen ging es nur um die Anhebung der Sicherheit. Durch diese wurde keinerlei Gewinn erzielt, das soll auch so bleiben. Der Zweck (mehr Sicherheit) wurde damals erreicht, heute wird jedoch wieder schneller gefahren.

► Durch die Überwachung aufgrund von Anrainerbeschwerden konnten der Ausweich- und Durchzugsverkehr und insgesamt das Verkehrsaufkommen verringert werden. Seitdem das Radargerät abgeschaltet ist, ist aber alles wieder so wie früher.



## VERTRAUEN ALS BASIS

### IMMER MEHR KUNDEN VERTRAUEN

auf die integrierten HR-Softwarelösungen und -Services von P&I und gestalten damit ihre Zukunft erfolgreicher. Davon sind mehr als 15.000 internationale Endkunden, zahlreiche Rechenzentren und führende HR-Serviceanbieter überzeugt. Der generierte Mehrwert fließt direkt in die Verwaltungen. P&I - Basis für erfolgreiche Personalarbeit [WWW.PI-AG.COM](http://WWW.PI-AG.COM)



Your partner for integrated HR solutions

Kommunalkredit-Chef Mag. Alois Steinbichler im Gespräch mit KOMMUNAL

# Herausforderungen und Chancen in der Gemeindefinanzierung

Die Prognosen für die Gemeindefinanzen zeigen eine negative Entwicklung der freien Finanzspitze. 2010 wird erstmals ein negativer Wert von 289 Millionen Euro erwartet. Mit einem projektorientierten Lösungsansatz der Kommunalkredit Austria können dennoch wichtige Infrastrukturprojekte finanziert werden.

**KOMMUNAL: Die Gemeinden stehen vor schwierigen Aufgaben. Für 2010 wird laut Prognose eine Reduktion der Ertragsanteile von rund 4880 Millionen Euro auf 4660 Millionen erwartet. Dazu kommt eine rückläufige Kommunalsteuer und ein Einbruch der freien Finanzspitze von 352 Millionen 2009 auf minus 289 Millionen Euro heuer. Was bleibt da für ein Spielraum? Alois Steinbichler:** Aus der Haushaltsentwicklung ergeben sich wesentliche Herausforderungen für die Gemeinden. Eine rasche Änderung der grundlegenden Situation ist nicht ersichtlich. Umso mehr gilt es, bei der Umsetzung von Investitionsvorhaben spezifische Lösungen anzubieten. Die Projektlösungsansätze der Kommunalkredit sind dabei eine Unterstützung. Wir freuen uns über das positive Marktecho, das wir dabei vorfinden. Zudem ist zu bemerken, dass sich aus dem stark reduzierten Zinsniveau und aufgrund des hohen Anteils variabler Verzinsung an den Fremdfinanzierungen der Gemeinden zurzeit eine wesentliche Ersparnis von rund 190 Millionen Euro per anno ergibt.

**Einsparungen allein können ja nicht die Lösung sein. Heißt das für geplante Infrastrukturinvestitionen: Bitte warten?**

Nein, es gilt vielmehr, den zukünftigen Investitionsbedarf nicht nur über die allgemeine Haushaltsfinanzierung zu



Foto: Kommunalkredit/Petra Spijola

Mag. Alois Steinbichler über die Herausforderung und Chance der kommunalen Finanzen.

decken. Durch das Heranziehen von Projektlösungen ist es möglich, notwendige Investitionen auch im jetzigen Umfeld vorzunehmen. Wir haben in der Kommunalkredit unsere Strukturen genau auf diesen Bedarf angepasst. Für die Bereiche *Energie & Umwelt, soziale Infrastruktur, Verkehr* sowie *Infrastrukturberatung* stehen eingespielte Teams zur Verfügung, die gemeinsam mit den Gemeinden und Projekterrichtern eine für alle Seiten sinnvolle Umsetzung von Infrastrukturprojekten bewerkstelligen. Diese Projekte verbessern auch die regionale Wirtschaft und haben einen Nutzen für den einzelnen Bürger, die einzelne Bürgerin. Wir kennen die Bedürfnisse der Kommunen sehr gut, das ist unser tägliches Geschäft.

**Stichwort Public-Private-Partnership: Die Wirtschaftskammer hat jüngst für den Spitalsbereich wieder die Einbindung privater Managementpartner gefordert, um Einsparungspotenziale zu erzielen. Wie schätzen Sie den Einsatz von PPPs ein?**

PPP ist ein Kürzel für viele Strukturen. Wir verstehen darunter ganz allgemein privatrechtlich strukturierte Projekte. Konkrete Ausprägungen muss man sich von Fall zu Fall anschauen. Wir glauben aber, dass vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltssituation PPP ein Instrument ist, um wichtige Investitionsprojekte durchführen zu können. Ein Beispiel aus dem Gesundheitsbereich ist das Pflegeheim Neudörfel, wo wir die Strukturierung und Finanzierung im Rahmen eines PPP-Projektes arrangiert haben. Der private Partner – hier ist es die VAMED – hat mit seinem Know-how Errichtung und Betrieb des Pflegeheims Neudörfel übernommen, die öffentliche Hand – das Land Burgenland – profitiert von daraus resultierenden Einsparungen. So konnte für alle Beteiligten eine kostenoptimierte Variante getroffen werden.

**Auch andere Banken haben ihren Fokus verstärkt auf die Gemeinden gerichtet. Für Sie ein Problem?**

Wir freuen uns am Interesse unserer Mitbewerber an diesem Marktsegment. Es bestätigt, dass wir dort strategisch richtig und gut positioniert sind. Der Wettbewerb der Ideen ist positiv für die Kunden. Unsere Projektlösungskompetenz stößt auf anerkennendes Echo bei Städten und Gemeinden. Selbst in der Restrukturierungsphase hat sich dieser Ansatz bewährt; im Jahr 2009 konnte ein Neugeschäftsvolumen von 600 Millionen Euro erfolgreich umgesetzt werden. **E.F.**



Fotos: Semmelrock

Auf dem Stadtplatz von St. Paul im Kärntner Lavanttal sieht man die vielfältigen Gestaltungsmöglichkeiten öffentlicher Plätze aus Beton-Pflastersteinen.

Gestaltungsmöglichkeiten für öffentliche Plätze

## Architektur braucht Freiräume und Freiflächen

Öffentliche Plätze, Wege und Parkanlagen sind heutzutage weit mehr als nur ein Teil der Infrastruktur. Sie sind mittlerweile ein Teil des aktiven Lebensraumes der Bürger. Sie leisten ihren Beitrag zur Identifikation mit der Stadt und transportieren ein Image. Dementsprechend muss die Gestaltung dieser Flächen Rücksicht nehmen auf das jeweilige Umfeld, auf die Anforderungen der Nutzer reagieren und die geforderten Funktionen erfüllen. Die Flächen sollen strapazfähig und leicht pflegbar sein und optimal zum Stadtbild passen, egal ob hochmodern oder historisch korrekt. Einstige Billiglösungen können diese städtebaulichen Ansprüche nicht mehr erfüllen, neue Lösungen müssen her. Diese müssen jedoch auch den gestalterischen und langfristigen ökonomischen Anforderungen der Gemeinden gerecht werden. Mit der Vielseitigkeit von Betonpflasterungen können die Interessen von Städteplanern und Kommunen vereint werden.

„Architektur braucht Freiräume, um sich zu entfalten, nicht nur im übertragenen künstlerischen Sinn, sondern auch im Sinne einer intelligenten Städteplanung. Freiflächen geben den Hochbauten den Raum, sich perspektivisch entsprechend zu entfalten. Mit einer adäquaten Gestaltung von öffentlichen Plätzen ent-

steht so ein stimmiges Gesamtbild“, erklärt Robert F. Holzer, Vorstandsmitglied des Verbandes Österreichischer Beton- und Fertigteilwerke (VÖB), die Bedeutung moderner, urbaner Platzgestaltung.



Auch der Kirchplatz im steirischen Gusswerk ist ein Musterbeispiel für die vielfältigen Gestaltungsmöglichkeiten öffentlicher Plätze aus Beton-Pflastersteinen.

### Information

Gruppe Betonmarketing Österreich  
Verband Österreichischer Beton- und Fertigteilwerke (VÖB)  
Kinderspitalgasse 1/3  
A-1090 Wien  
Tel.: 01/403 48 00  
Fax: 01/403 48 00-19  
E-Mail: [office@voeb.co.at](mailto:office@voeb.co.at)  
Web: [www.voeb.com](http://www.voeb.com)

E.E.

### Medienservice von Infrapool

**Infrapool bietet speziell für Städte und Handelsverbände:**

Websites/Blogs inkl. Newsletter, Forum, Veranstaltungskalender, Online-Shop, Umfragen, RSS-Feed uvm.

Meinungsführer-Email-Adressrecherche u. Stammkundenerfassung, Adresdatenbank-Verwaltung

Flyer, Folder, Broschüren, Poster, Transparente, Visitenkarten, Präsentationsflächen, Verkleidung von Ständen/Schalter, 3D-Stadtpläne, uvm.



#### Kontakt:

Frau Mag. Schaffner  
0699/19449404 oder  
[marketing@infrapool.com](mailto:marketing@infrapool.com)



Kommunale Beleuchtung: Spagat zwischen Notwendigkeit und Eigentor

# Wieviel Licht benötigt der Mensch tatsächlich?

Während bis zum Beginn des vergangenen Jahrhunderts die Außenbeleuchtung kaum von Bedeutung war, hat diese, dank der technischen Entwicklungen in den letzten Jahrzehnten, für uns Menschen eine immer wichtigere, ja inzwischen nahezu selbstverständliche Rolle eingenommen.

DI Dr. Nikolaus Thiemann

Durch das Bedürfnis des Menschen nach immer mehr Freiheit und Individualität dehnt er seinen Lebensraum sowohl in zeitlicher als auch in räumlicher Hinsicht aus, wobei dabei das Licht ein wesentliches Hilfsmittel ist, da doch rund 80 Prozent der Wahrnehmungen des Menschen durch das Sehen erfolgen. Der Mensch als lichtorientiertes Wesen hat es im letzten Jahrhundert geschafft, das Licht so preiswert und flexibel zu gestalten, dass er es überall dort einsetzen kann, wo er es haben will, nahezu unabhängig von Zeit und Raum – und unabhängig von der tatsächlichen Notwendigkeit. Sobald die Sonne untergeht, wird ganz selbstverständlich die künstliche Beleuchtung eingeschaltet. Wir gehen auch nach Sonnenuntergang unseren Geschäften, Aufgaben, Hobbys nach, nahezu so wie wir es bei Tageslicht gewöhnt sind. Wenn wir am späteren Abend außer Haus gehen, ist es für uns selbstverständlich, dass die Straßen der Stadt beleuchtet sind und wir von Licht auf dem Heimweg sicher „begleitet“ werden. Aber nicht nur diese Orientierungs-, Sicherheitsaufgabe erfüllt Licht in der Außenbeleuchtung. Durch beleuchtete Akzentuierungen im öffentlichen Raum, durch Anstrahlungen von Gebäuden oder Denkmälern, durch bunte und bewegte Effek-

Wenn wir am späteren Abend außer Haus gehen, ist es für uns selbstverständlich, dass die Straßen der Stadt beleuchtet sind und wir von Licht auf dem Heimweg sicher „begleitet“ werden.

beleuchtungen und vieles mehr wird der nächtliche Außenraum gestaltet und geprägt. Auch die Werbebranche hat die Wirksamkeit des Lichts längst entdeckt. Die Werbungen werden immer greller, heller und bunter, um die bereits bestehenden Werbungen in der Auffälligkeit, in der Wahrnehmbarkeit zu übertrumpfen. Und schlussendlich entstehen auch auch in unbebauten, naturnahen Gebieten zahlreiche Beleuchtungsanlagen, wie beleuchtete Skipisten oder Golfplätze, beleuchtete Radwege durch Wälder etc. Durch diese rasch anwachsenden Beleuchtungen im Außenbereich sind wir aber nun an einem Punkt angekommen, an dem wir uns „selbst in die Quere“ kommen. Während die einen für nächtliche Sicherheit und Ordnung, aber auch für Freizeitvergnügen und Kauflust immer mehr Licht fordern, wollen die anderen endlich Ruhe haben von den zahlreichen Lichtern, um von der Hektik und dem Stress des Alltags rasten zu können. Daher gibt es immer häufiger Diskussionen zu den Themen Lichtimmissionen und Lichtver-

schmutzung. Immer öfter wird der Ruf nach Grenzwerten, zur Überprüfung der Betriebszeiten oder zur Abschaltung ganzer Anlagen laut. Und es stellt sich die Grundsatzfrage: Wieviel Licht benötigt der Mensch tatsächlich?

Und die Antwort darauf ist ganz simpel; sie steckt eigentlich bereits in der Frage selbst. Wir machen Licht für uns Menschen; nicht um Energie zu sparen, Kosten zu senken oder die Umwelt zu schonen. Wir machen Licht für uns, damit wir uns orientieren können, damit wir uns sicher und wohl fühlen, damit wir ein schön beleuchtetes Umfeld haben. Dass dabei auch auf Umwelt, Kosten und Energie geachtet werden kann und soll, ist sicherlich wichtig. Aber wenn wir Licht beispielsweise nur für das Energiesparen machen, lassen wir doch am besten gleich die Beleuchtung weg. In diesem Sinne ist es daher durchaus legitim, unbewohnte Bereiche, in denen z. B. keine Nachtaktivität stattfindet, unbeleuchtet zu lassen. Es erscheint wenig sinnvoll, Beleuchtungsanlagen so zu errichten, dass diese von Anfang an gleich nur im Reduzierbetrieb, also mit reduzierter Leistung, betrieben werden, nur um Energiekosten zu sparen.

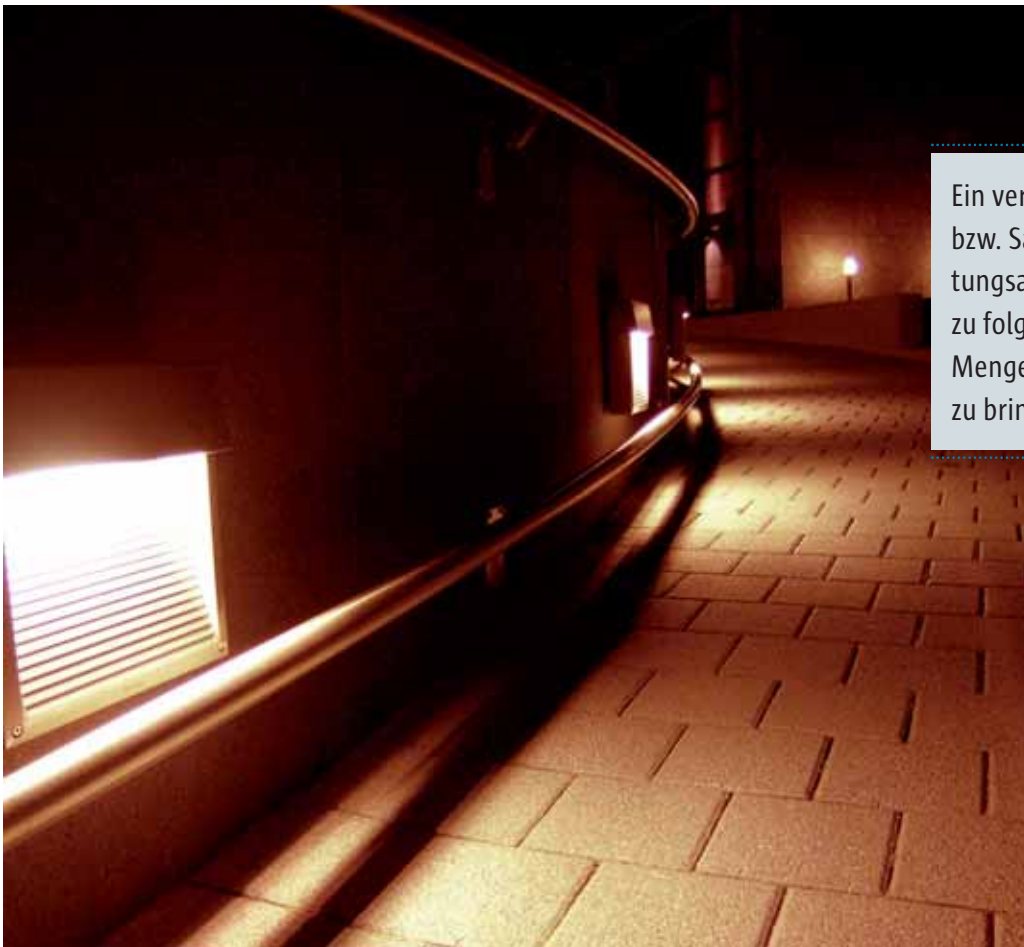
## „Notwendiges Licht“ versus „Luxusbeleuchtung“

Entsprechen den unterschiedlichen Bedürfnissen der Menschen nach Licht und somit den unterschiedlichen Interessen und Forderungen folgend, ist es zielführend, prinzipiell bei Beleuchtungen zwischen „notwendiger Beleuchtung“ und „Luxusbeleuchtung“ zu unterscheiden. „Luxusbeleuchtungen“ schaffen Stimmung und Wohlbefinden oder vermitteln Information. Die



DI Dr. Nikolaus Thiemann ist Vorstandsmitglied und Leiter des Arbeitskreises öffentliche Beleuchtung in der Lichttechnischen Gesellschaft LTG





„Notwendige Beleuchtung“ dient der Orientierung, der Sicherheit und Ordnung. Eine gute Straßen- oder Gehsteigbeleuchtung erfüllt diese Kriterien.

Sicherheit und die Orientierung für uns Menschen ist ohne sie nicht gefährdet. Oftmals kann darauf aus ökologischen Gründen, um Lichtimmissionen bei Anrainern zu vermeiden oder um Energie oder Kosten zu sparen, verzichtet werden. Effektbeleuchtungen, Anstrahlungen, Sportstättenbeleuchtungen, Werbungen etc. zählen typischerweise zu dieser Kategorie der Beleuchtungsanlagen. Für diese „Luxusbeleuchtungen“ gibt es auch bestimmte Normenforderungen, in denen im Allgemeinen die zulässigen Maximalgrenzwerte von auftretenden Lichtintensitäten, Farben, Größen und Betriebszeiten etc. festgelegt werden. In zahlreichen europäischen Staaten (Slowenien, Tschechien, Spanien etc. aber auch in Übersee (Kanada, USA etc.) gibt es bereits Gesetze, Verordnungen oder Empfehlungen zur Beschränkung derartiger Anlagen. In Österreich haben wir derzeit technische Normen, wie z. B. die Önorm EN 12193 „Sportstättenbeleuchtung“, die RVS 05.06.12 „Beeinträchtigungen der Verkehrssicherheit, Visuelle Informationsträger für verkehrsfremde Zwecke“, die für 2010

geplanten Önorm O-1052-„Lichtimmissionen“ oder die Publikation der Deutschen Lichttechnischen Gesellschaft: „Messung und Beurteilung von Lichtimmissionen künstlicher Lichtquellen“, die bei der Beurteilung derartiger Anlagen zur Anwendung gelangen. Im Zusammenhang mit der Vermeidung von Lichtimmissionen kann diese „Luxusbeleuchtung“ durchaus, relativ leicht in Genehmigungsverfahren, den gültigen Regelwerken untergeordnet oder, in Bezug auf die Regelwerke, gänzlich untersagt werden. Anders sieht es jedoch mit der „notwendigen Beleuchtung“ aus. Diese dient der Orientierung, der Sicherheit und Ordnung. Eine gute Straßenbeleuchtung erfüllt diese Kriterien.

Licht in der Außenbeleuchtung erfüllt aber nicht nur Orientierungs- und Sicherheitsaufgaben. Durch beleuchtete Akzentuierungen im öffentlichen Raum, durch Anstrahlungen von Gebäuden oder Denkmälern, durch bunte und bewegte Effektbeleuchtungen und vieles mehr wird der nächtliche Außenraum gestaltet und geprägt.

Ein vernünftiger Ansatz zur Errichtung bzw. Sanierung von Straßenbeleuchtungsanlagen sollte sein, dem Grundsatz zu folgen, Licht nur in der benötigten Menge zu der benötigten Zeit an den Ort zu bringen, an dem es benötigt wird.

Auch dafür gibt es in Österreich Normen, die heranzuziehen sind, wie beispielsweise die Normenreihe Önorm EN 13201 „Straßenbeleuchtung“ oder die Norm Önorm O-1051 „Konfliktzonen“. Diese Normen legen jedoch Mindestanforderung an die Beleuchtungsstärken, an die Lichtintensitäten fest, da sie letztendlich für die Sicherheit sorgen. Zulässige Maximalwerte von „notwendigen Beleuchtungsanlagen“ sind darin kaum zu finden, bestenfalls wiederum nur im Zusammenhang mit der Sicherheit, wie beispielsweise durch Vorgabe von Grenzwerten, um die Blendung für Kfz-Lenker durch die Straßenbeleuchtung selbst zu vermeiden. In Zukunft wird es aber auch für diese „notwendige Beleuchtung“, also für die Straßenbeleuchtungen, maximal zulässige lichttechnische Grenzwerte im Zusammenhang mit Lichtimmissionen geben. Beispielsweise entsteht gerade die Önorm O-1052 „Lichtimmissionen“, die voraussichtlich im Herbst 2010 Gültigkeit erlangen wird.

### Grenzwerte für den Energieverbrauch

Grenzwerte für den Energieverbrauch und die Effizienz der Straßenbeleuchtungsanlagen wurden hingegen bereits in der EU-Verordnung Nr. 245/2009 vom 18. März 2009 festgelegt. Diese, auch als „Glühlampenverbot in der Außenbeleuchtung“ bekannte Verordnung zielt darauf ab, sukzessive die Effizienz von Leuchten und Lampen zu erhöhen, indem uneffiziente Produkte schrittweise verboten werden. Auf der Homepage der LTG ([www.ltg.at/akoeb.htm](http://www.ltg.at/akoeb.htm)) gibt es dazu eine Broschüre für Außenbeleuchtungsanlagen zum kos-

Allein durch die EU-Verordnung Nr. 245/2009 vom 18. März 2009, „Glühlampenverbot in der Außenbeleuchtung“, sind die Kommunen in den nächsten Jahren gezwungen, ihre Straßenbeleuchtungsanlagen, die optimistisch geschätzt ein durchschnittliches Lebensalter von 30 Jahren besitzen, zu erneuern.

tenloser Download, in der die Umsetzungsmaßnahmen der EU-Verordnung und die dazu nötigen Schritte einfach und übersichtlich dargestellt werden.

Allein durch diese Verordnung sind die Kommunen in den nächsten Jahren gezwungen, ihre Straßenbeleuchtungsanlagen, die optimistisch geschätzt ein durchschnittliches Lebensalter von 30 Jahren besitzen, zu erneuern.

Angemerkt sei, dass es sich in der Praxis gezeigt hat, dass Anlagen mit einem Alter bis zu 45 Jahren keine Seltenheit sind.

Die Leuchten besitzen meistens keine Spiegeloptiken, so dass das Licht ungerichtet, d. h. in alle Richtungen ausgesandt wird, beispielsweise in die Fenster von Anrainern oder nach oben in den Himmel. Nur wenig Licht gelangt dorthin, wo es benötigt wird, nämlich auf Straßen und Wege. Durch Verwendung stark ineffizienter Lampen älterer Bauart oder ältere Lampentypen, durch die stetig steigende Wärmeverluste in den alternden Vorschaltgeräten der Leuchten u. v. m., kann bei einem Großteil der derzeit in Österreich vorhandenen Straßenbeleuchtungsanlagen nicht mehr von effizienten Anlagen gesprochen werden und es gibt somit dringenden Handlungsbedarf, um die EU-Verordnung erfüllen zu können.

Ein vernünftiger Ansatz zur Errichtung bzw. Sanierung von Straßenbeleuchtungsanlagen sollte sein, dem Grundsatz zu folgen, Licht nur in der benötigten Menge zu der benötigten Zeit an den Ort zu bringen, an dem es benötigt wird.

So kann durch Erneuerung der veralteten Straßenbeleuchtungsanlagen, durch Einsatz neuer Leuchtmittel (Lampen), neuer Leuchtentechniken (Spiegeltechnik, Lichtlenkung, Full-Cut-Off-



„Luxusbeleuchtungen“ schaffen Stimmung und Wohlbefinden oder vermitteln Information. Die Sicherheit und die Orientierung für uns Menschen ist ohne sie nicht gefährdet.

Leuchten etc.) und durch eine vernünftige lichttechnische Planung der Anlage (Lichtpunkthöhen und -abstände) nicht nur die Forderungen zur Reduzierung von unerwünschten Lichtimmissionen Rechnung getragen werden, sondern es können auch nachhaltig die laufenden Energie- und Betriebskosten gesenkt

Vor jeder Neuerrichtung oder Sanierung einer Straßenbeleuchtungsanlage sollte aber unbedingt eine detaillierte, fachgerechte Bestandsaufnahme und Planung erfolgen, um das Beste aus der bestehenden Situation zu gewinnen.

werden und die Wege und Straßen normgerecht (sicherheitsgerecht) beleuchtet werden. Möglich wird das, da kein Licht, keine Energie zur Aufhellung der Umgebung oder des Himmels verschwendet wird.

Auch wenn im ersten Moment die Investitionskosten hoch erscheinen, rechnen sich diese rasch, wenn man die (steigenden) Energiepreise und somit die steigenden Betriebskosten und die Lebensdauer der Anlagen von 25 und mehr Jahren betrachtet. Auch gibt es verschiedene Förderungsmodelle oder Finanzierungsmöglichkeiten für die Investitionen wie Energiesparcontracting etc. Dabei sollte jedoch auf bekannte, seriöse Anbieter gesetzt bzw. genau auf die Abfassung und Inhalte der Verträge geachtet werden.

### Vor der Sanierung

Wichtig ist es jedenfalls, in nachhaltige Umsetzungen zu investieren und nicht nur kurzfristige Lösungen anzustreben (wie z. B. Lampentausch durch Plug-In-Lösungen).

Vor jeder Neuerrichtung oder Sanierung einer Straßenbeleuchtungsanlage sollte aber unbedingt eine detaillierte, fachgerechte Bestandsaufnahme und Planung erfolgen, um das Beste aus der bestehenden Situation zu gewinnen. Beispielsweise können nach der ONR 151070 zertifizierte Außenbeleuchter für derartige Planungen herangezogen werden, da diese in einer umfassenden Ausbildung, die vom österreichischen Normeninstitut (ON) gemeinsam mit der Lichttechnischen Gesellschaft Österreichs (LTG) organisiert wird, das notwendige Grundlagenwissen für gute lichttechnische Planungen erhalten haben und zur regelmäßigen Weiterbildung verpflichtet sind. Eine Investition in eine gut geplante, effiziente neue Außenbeleuchtungsanlage hilft nicht nur Lichtimmissionen zu vermeiden, nachhaltig Energie und Kosten zu sparen, sondern sie bringt auch mehr Licht dorthin, wo es benötigt wird, hilft Unfälle zu vermeiden, gibt der Bevölkerung Sicherheit und schützt auch Ökologie und Umwelt.

Roadshow: Mit effizienter Beleuchtung Kosten und Energie sparen

## Präsentiert werden rechtliche Grundlagen und technische Neuerungen

Ab 25. März tourt die Veranstaltungsserie „Kommunale Beleuchtung: Mehr Licht – Weniger Kosten“ durch Österreich. Für kommunale Entscheidungsträger eine ideale Möglichkeit, sich über die enormen Einsparungspotenziale moderner Beleuchtungstechnologien zu informieren. Die Erneuerung ineffizienter Lichtprodukte trägt maßgeblich zur Erreichung der klimapolitischen Ziele Österreichs bei. Jährlich könnten im Bereich Beleuchtung hierzulande bis zu 1,4 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart werden. Das Energieeinsparungspotenzial einer durchschnittlichen Gemeinde durch moderne Beleuchtungskonzepte



Senkung des Energieverbrauchs bringt enorme Kosteneinsparung.

trägt rund 50 Prozent. Mit der Senkung des Energieverbrauchs ist aber auch eine enorme Kosteneinsparung verbunden. Der Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie (EVEI), der österreichische

Gemeindebund und die Kommunalkredit informieren deshalb im Rahmen eines gemeinsamen Projektes über die Vorteile moderner Beleuchtungstechnologien. Die inhaltlichen Schwerpunkte der Veranstaltungen

serie, die sich an alle lokalen Entscheidungsträger wendet, bilden einerseits Informationen über die rechtlichen Grundlagen, andererseits stehen die neuesten Technologien bzw. deren Einsparpotenziale bei Kosten und CO<sub>2</sub> sowie Förder- bzw. Finanzierungsmodelle im Fokus. Darüber hinaus werden zahlreiche Praxisbeispiele präsentiert.

### Information

Weitere Details finden Sie in Kürze unter [www.feei.at](http://www.feei.at) und [www.kommunalnet.at](http://www.kommunalnet.at)

E.F.

Richtiger Schutz durch richtige Arbeitskleidung

## MASCOT® SAFE – wenn es um Sicherheit geht

Die MASCOT® SAFE Kollektion des Arbeitskleidungsherstellers Mascot International A/S bietet zertifizierten Schutz in allen Details und umfasst eine breite Produktpalette an sowohl Arbeits-, als auch Winterkleidung. Die Produkte gibt es sowohl in einfarbigen als



auch in zweifarbigen Varianten, die alle nach EN 471 zertifiziert sind. Eine spezielle Teflon®-Behandlung macht eine große Anzahl der Produkte schmutzabweisend, und Sie haben die Sicherheit für Sichtbarkeit auch noch nach bis zu 75

Wäschen. Auf der A+A Arbeitsschutzmesse im November letzten Jahres präsentierte das Unternehmen eine neue Kollektion, MASCOT® SAFE YOUNG in einem neuen, fluoreszierenden Rot und neuem, modischem Design für all diejenigen, die gern schick und anders aussehen möchten, ohne jedoch auf die Sicherheit verzichten zu müssen.

### Information

Weitere Informationen finden Sie unter [www.mascot.dk](http://www.mascot.dk)

E.F.

Der österreichische Rohrproduzent

# BAUERNFEIND

## PP-MEGA-Rohr

DN/ID 100 - 1200 mm  
ÖNORM EN 13476-3  
geprüft

für Straßenabwässer, Schutz- und Mischwasserkanal

## PP-MEGA-Drän

DN/ID 100 - 1200 mm  
Schwerlast-Dränage für  
Straßen-, Autobahn- und Bahnbau

**Kabelschuttschlauch** Ø 50 - 200 mm  
- mit Einziehhilfe  
- mit glatter Innenseite

**PE-Druckrohr** Ø 1/2 - 3 Zoll  
+ Zubehör

**Laufschiene**  
für Schubtore + Zubehör

[www.bauernfeind.co.at](http://www.bauernfeind.co.at) 07277/2598



Der Sport und seine Plätze dürfen nicht Außenseiter werden

# Dem Schulsport Beine machen

Was läuft schief im „Sportstätten-Garten Eden“ Österreich, dass in einem wohlhabenden Land, das für seine Qualität- und Quantität von Sportanlagen berühmt ist, dennoch die Schüler mehr und mehr an Motivation verlieren, Bewegung zu machen? Steckt das Geheimnis, den Schülern zukünftig Beine machen zu können, in der Art und Fantasie der Sportlehrer oder im Angebot und der Ausführung der Sportplätze?

Ing. Alexander Schütz

So wie die Schule insgesamt die Aufgabe hat, die Bereitschaft und Fähigkeit zum lebenslangen Lernen zu fördern, so hat der Schulsport die Aufgabe, Kinder und Jugendliche anzuregen, bis ins hohe Alter ihre körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeiten und ihre Gesundheit durch regelmäßigen Sport zu erhalten. Der Sportunterricht hat nicht nur die Verpflichtung, sportlich zu fördern bzw. zu fordern, er sollte auch inhaltlich und vom Umfang her so aufgebaut sein, dass er alle Schüler erreicht und zugleich berücksichtigt, dass nicht alle Schüler gleichermaßen Talent haben. Sportunterricht muss in geeigneter Weise auf Schwächen eingehen und gerade bei denjenigen Interesse wecken, die dem Sport distanziert gegenüberstehen.

Gerade Bewegung, Spiel und Sport können erheblich dazu beitragen, ein positives Klassen- und Schulklima zu schaffen. Sport bietet den Schülern eine ausgezeichnete Möglichkeit, sich mit der Schule zu identifizieren, und gilt als das Fach, das für die Persönlichkeitsentwicklung von entscheidender Bedeutung ist. Denn kaum ein anderes Fach bietet eine so große Plattform für das Erlernen der „Grund-Tugenden“: Gewinnen, verlieren lernen, kämpfen, durchhalten, riskieren, den Gegner respektieren, fair sein, Enttäuschungen überwinden, Bescheidenheit lernen. Sport ist doch wie eine vereinfachte Lebenswelt, in der ganz wesentliche Einstellungen entstehen können, und davon profitieren alle anderen Schulfächer genauso. Ein Kind, das seine körperlichen Energien in einem vielseitig, gut gestalteten Sportunterricht eingesetzt hat, wird in der Klasse viel weniger stören und mit Lernschwierigkeiten ganz anders umgehen, weil es weiß, dass man es mit immerwieder-probieren letztlich schaffen kann.

Dabei darf der Schulsport durchaus auch als kommunale Aufgabe gesehen werden, auch in Zeiten, in denen knappe öffentliche Kassen einem steigenden Bedarf an Bewegungsmöglichkeiten und -angeboten gegenüberste-

Sport bietet Schülern eine ausgezeichnete Möglichkeit, sich mit der Schule zu identifizieren und gilt als das Fach, das für die Persönlichkeitsentwicklung von entscheidender Bedeutung ist.

hen, denn Schulsport ist Sport für alle und unersetzlich im Erwerben relevanter Schlüsselqualifikationen.

Sport muss zu einer Selbstverständlichkeit im Lebensalltag aller Schüler werden, denn guter Sportunterricht ist bekanntermaßen das wirkungsvollste und integrationsfördernde Mittel für jedes Kind, ungeachtet seiner Fähigkeiten, Einschränkungen, Geschlecht, Alter, kulturellem oder religiösem und sozialem Hintergrund. Wer gemeinsam für den Sieg trainiert und kämpft, überwindet sehr schnell Barrieren, oder? Wenn Kinder sich nicht in der Schule bewegen, dann tun sie es nirgends, lautet dabei mein Fazit. Gerade in (PISA-)Zeiten, wo es notwendig scheint, Kindern geistig so viel wie möglich beizubringen, ist der Sportunterricht das einzige Schulfach, das den Schwerpunkt auf den Körper, auf körperliche Aktivität, körperliche Entwicklung und Gesundheit legt. Es vermittelt außerdem Wissen für eine mögliche spätere Tätigkeit in den Bereichen Sport, Erholung und Freizeit, einem wachsenden Arbeitsmarkt. Vielfach reflektiert gerade der Sportunterricht die Bedingungen des Schulalltags an Österreichs Schulen. Es wird Zeit, anzuerkennen, dass fehlender Sportunterricht mehr gesundheitsbedingte Kosten verursacht als die Investitionen, die für den Sportunterricht erforderlich sind!

### Schulsportentwicklung ... Andere Zeiten, andere Probleme

Die Geschichte des Sportunterrichts kann auf ein paar Jahrtausende zurückblicken, denn bereits die alten Griechen erteilten den heranwachsenden Knaben Leibesunterricht. Hierzulande ist der Sportunterricht eng mit dem Namen „Jahn“ verbunden, der zum Zeck der Wehrtüchtigkeit im 19. Jahrhundert Akzente setz-

te. Die Freiheitsgedanken der 68er ermöglichten eine völlige Reform der Pädagogik und des Bildungswesens und damit auch des Schulsports. Wie verkrustet und veraltet das Schulsystem war, zeigen die Rahmenrichtlinien des Sportunterrichts mit einem „Tugendkatalog“, der vorwiegend Leistungsbereitschaft, gesittetes Verhalten, Willenskraft und Selbstbeherrschung beinhaltete.

Andere Zeiten, andere Probleme! Heutzutage beschäftigen die Sportpädagogen andere Fragen, denn Sportunterricht findet an österreichischen Schulen kaum noch statt, und mehrere Stunden Sportunterricht in der Woche sind inzwischen schon die goldene Ausnahme.

### Schülerfitness: Top oder Flop?

Verschiedenste wissenschaftliche Vergleichsstudien über Motorik sehen österreichische Kinder, deren motorische Basisfähigkeiten und -fertigkeiten dramatisch gesunken sind, auf hinteren Rängen. Kinder haben heute eine wesentlich schlechtere physische Kondition als früher. Laut Europäischer Kommission steigt in der EU die Anzahl übergewichtiger und fettleibiger Kinder jährlich um mehr als 400.000, und jedes vierte Kind ist von Übergewicht betroffen. Kein Geheimnis ist auch, dass die Gewichtszunahmen weniger auf die Ernährung zurückzuführen ist, sondern vielmehr auf mangelnde Bewegung. Leider setzt sich Übergewicht im Kindesalter in vielen Fällen ein Leben lang fort, haben doch eine Reihe von Krankheitsbildern erwachsener Menschen (wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Bluthochdruck und Diabetes) ihren Ursprung oft in den gesundheitlichen Rahmenbedingungen während der Kindheit. Zum Leidwesen der Sportvereine gibt es immer weniger Kinder, die hervorragende sportliche Leistungen erbringen, und immer mehr Inaktive mit eklatanten Leistungsschwächen, die in Anbetracht der „ungeahnten Verzahnung“ zwischen muskulärer Tätigkeit einerseits sowie Gehirn und Geist anderer-



Ing. Alexander Schütz ist Leiter des Referats Sportfreianlagen, Spiel- und Trendsportanlagen im ÖISS

seits vor einem Abgrund stehen. Mit deutlichen Worten schlagen Wissenschaftler Alarm und skizzieren, dass „Schulkinder und Jugendliche noch nie so schlecht auf den beruflichen Alltag vorbereitet gewesen sind wie heute“.

Was verschärft hinzu kommt ist, dass viele Kinder durch die veränderten Lebensumstände nicht mehr sportlich sind und daher auch nur noch schwer oder gar nicht mehr für den Sport zu motivieren sind. Das heißt, selbst wenn Sportunterricht stattfindet, sind immer weniger Jugendliche daran interessiert. Doch was ist die Konsequenz, dass sich Kinder ihres Körpers kaum noch bewusst sind, zu fett essen und mit 17 oder 18 Jahren dauerhaft Haltungsschäden aufweisen? Die Anzahl der Sportstunden sinkt, obwohl Kinder im Grundschulalter förmlich hungern nach Bewegung, die für alle ein Grundbedürfnis darstellen sollte. Geht der Schulsport also wirklich auf Krücken?

### Lehrer im Fokus

Welche Rolle spielen eigentlich Lehrer in Anbetracht des allgemeinen Wunsches nach Verbesserung des unbefriedigenden motorischen Zustandes der Kinder und Jugendlichen? Eine große, denn Lehrer mit Ideen sind für den Schulsport eine Bereicherung!

Doch auch viele andere Neuerungen betreffend des in den Händen von Sportlerinnen und -lehrern liegenden schulische Sportunterrichts müssen gegen-

wärtig und zukünftig gesichert sein. Das Studium des Faches Sport muss angemessene Anteile fachwissenschaftlicher und fachmethodischer Elemente beinhalten, auch muss z. B. eine regelmäßige Fortbildung aller Lehrer möglich sein, um aktuelle Entwicklungen aufnehmen zu können. Die dafür erforderliche akademische Berufqualifikation im Fach Sport-Sportwissenschaft alleine reicht nicht, die im Sport allgegenwärtige, ständige Weiterentwicklung fortwährend bemerken zu können. Dies gelingt nur mittels passiven und aktiven Informationsflüssen und vor allem durch Interesse.

Sind die ständigen Kritiken an den im Fach Sport besonders hohen Zahlen der Unterrichtsausfälle berechtigt? Und sind jene Studien, nach welchen Lehrer überaltert sind und durch ihre Methoden der Sportunterricht langweilig und nicht zweckdienlich ist, sowie dass die Bedürfnisse der Schüler nach Bewegung durch den regulären Sportunterricht nicht abgedeckt werden, berechtigt?

Österreichs Schullandschaft braucht Lehrer, die spontan und engagiert sind, die Schul- und Vereinssport verzahnen und die Eltern davon überzeugen, dass körperliche Beweglichkeit genauso wichtig für die kindliche Entwicklung ist wie mentale Fitness.

Auch können dabei durchaus Arbeitstei-



lungen, z. B. eine Spezialisierung der Sportlehrer auf bestimmte sportartspezifische Angebote, erfolgen.

Gerade der Sportunterricht stellt ein Höchstmaß an Anforderungen an die Lehrperson, gibt doch der Stand des Sportunterrichts Anknüpfung über das Engagement der Schule im Bereich der Bewegungskultur. Sie muss nicht nur die körperliche Entwicklung in den einzelnen Lebensphasen der Kinder und Jugendlichen gut kennen, interessante sportliche Angebote arran-

Sportstätten und räumliche Ressourcen, praktisch die „Hardware“ für den Sportlehr- und -lernprozess, sind durchaus eine Facette des Dilemmas, denn die Qualität des Sportunterrichts setzt bei der Art, Anzahl und Ausstattung der Orte an.

gieren, diese so differenzieren, dass jeder Schüler damit zurecht kommt, sondern es geht auch immer darum, vorwiegend personenbezogen erzieherisch zu wirken. Dazu – und das ist entscheidend – müssen Sportlehrer auch sportliches Können besitzen. Man kann sportliche Techniken nur dann vermitteln, wenn man sie selbst durchführen kann oder konnte. Nur wer eine „innere Bewegungsvorstellung“ besitzt, kann eine Bewegung vermitteln. Nicht zuletzt hängt das Prestige der Lehrer ja auch teilweise von ihrem sportlichen Niveau ab. Sportlehrerinnen und -lehrer sind geradezu prädestiniert dazu, ein enges Vertrauensverhältnis zu den Schülern aufzubauen, da man einen Menschen beim Sport besonders gut kennen lernt – das ist ja das große Kapital des Sportunterrichts!

Umstritten ist natürlich auch die Leistungsbewertung, denn eine annähernd objektive Benotung scheint im Sportunterricht fast unmöglich, kann ein Lehrer unmöglich alle Faktoren wie Größe, Gewicht und Entwick-

Neben dem Vorhandensein der Ressourcen spielen besonders der Pflegezustand und das Alter der Anlagen eine entscheidende Rolle ...



Foto: A. Schütz / ÖISS

lungsstand eines jeden Schülers bei jeder Note individuell berücksichtigen. Besonders dass Nicht-Sportler Nachteile im schulischen Sportunterricht haben können, wenn dieser ausschließlich oder zu stark leistungsorientiert ist, steht im Blickpunkt pädagogischer Bemühungen.

Wie oft kommt es vor, dass bei Mannschaftsspielen leistungsschwächere Schüler eine Ausgrenzung erfahren und fast nie den Ball bekommen, wenn der Unterricht nicht differenziert genug ist. Auch stärkere Schüler langweilen sich, da der Unterricht häufig unter ihrem Niveau ist.

Fakt ist, in der kurzen Zeit, die man in der Schule zur Verfügung hat, lässt sich weder eine generelle Unsportlichkeit ausgleichen noch ein Talent richtig fördern. Schüler, denen etwas am Sport liegt, betreiben diesen außerhalb der Schule, was uns zu den Vereinen führt.

## Bruder Sportverein

Zum Teil sind die Probleme durch das grundlegend veränderte Bewegungsverhalten der Kinder so groß, dass normaler (auch gut geführter) Schulsport die Defizite nicht mehr ausgleichen kann, so kommt ein Partner in Form von Vereinen gerade recht. Genauso ist es ein Trugschluss vieler Eltern, zu glauben, die Sportvereine könnten die fehlenden Schulstunden auffangen.

Fakt ist, dass Vereinssport allen Schülern nicht nur die Möglichkeit bietet, eine große Palette wettkampfbundener Sportarten auszuüben, sondern auch freie Spiel- und Sportgelegenheiten kennen lernen zu können.

Aber auch andere Formen außerordentlichen Schulsports sind als enorm wichtig einzustufen, sofern auch die tätigen Übungsleiter aus dem freien Sport mit pädagogischen Qualifikationen ausgestattet sind, um auf die Kinder entsprechend eingehen zu können. Im üblichen Fall bildet der außerordentliche Schulsport die Brücke vom Sportunterricht zum gesundheitsorientierten und zum Brei-



Foto: A. Schütz / ÖISS

ten- und Leistungssport. Gekennzeichnet durch die Freiwilligkeit der Teilnahme, gehören zu seinen Angebotsformen unter anderem Schulsportgemeinschaften, Sportfeste, Sporttage, Pausensport und Schulfahrten mit sportlichem Schwerpunkt. Gerade durch diese Projekte wird der Einsatz der Schule im Bereich Sport verdeutlicht.

Obwohl Vereinssport und Schulsport durchaus unterschiedliche Zielsetzungen haben, sollten neue Formen der Kooperation wo immer möglich realisiert werden, denn viele Angebote für einen vertiefenden und differenzierten Sport beleben das Geschäft.

## Alte und „trendige“ Sportstätten

Sportstätten und räumliche Ressourcen, praktisch die „Hardware“ für den Sportlehr- und -lernprozess, sind durchaus eine Facette des Dilemmas, denn die Qualität des Sportunterrichts setzt bei der Art, Anzahl und Ausstattung der Orte an. Dazu gehören Sportplätze und Außenanlagen, Schulfreiräume, Turn- und Sporthallen, Schwimmbäder und sonstige Räume und Anlagen, die für die Bewegung nutzbar sind. Es ist sehr bedeutsam, ob die Schulen ihre Sportanlagen uneingeschränkt nutzen oder ob sie die Sportstätten mit anderen Einrichtungen teilen müssen. Neben dem Vorhandensein der Ressourcen spielen besonders der Pflegezustand und das Alter der Anlagen eine entscheidende Rolle hinsichtlich der Umsetzung des Sportunterrichts, der Schaffung eines guten Klimas und insbesondere der Motivation der Schüler im Unterrichtsprozess. Zudem ist das Vorhandensein eines Sportlehrer-

Es ist sehr bedeutsam, ob die Schulen ihre Sportanlagen uneingeschränkt nutzen oder ob sie die Sportstätten mit anderen Einrichtungen teilen müssen.

zimmers – ein Raum für Austausch, Vorbereitung und Zusammenkunft – eine Voraussetzung für Unterrichtsqualität, die leider oft nicht zur Verfügung steht. Bezüglich der materiellen Ressourcen sind vor allem die vorhandenen Sportgeräte wichtig. Insbesondere die Ausstattung der Sportanlagen hinsichtlich Art, Anzahl und Zustand der Geräte ist ein ausschlaggebendes Merkmal für Qualität, wie auch deren Pflege- und Sicherheitszustand wichtig ist. In diesem Zusammenhang sollte auch die dauerhafte Finanzierung der Sportgeräte und Ausbildungsmaterialien gewährleistet sein, welche die Schulen zwar nur teilweise beeinflussen können, die aber großen Einfluss auf die gesamten Sportunterricht hat. Intelligente Lehrpläne setzen ihre Schwerpunkte auf Gymnastik

Insbesondere die Ausstattung der Sportanlagen hinsichtlich Art, Anzahl und Zustand der Geräte ist ein ausschlaggebendes Merkmal für Qualität, wie auch deren Pflege- und Sicherheitszustand wichtig ist.

und Betätigungen, die auch nur auf einer Wiese durchführbar sind, die aber Spaß machen und nicht allzu schwierig sind, um die Kinder nicht zu überfordern. Leichtathletik ist ein wichtiger Bestandteil des Schulsports, der gerne auch auf jährlichen Sportfesten als Wettkampf abgehalten wird. Ob Weitsprung, Hochsprung, Laufen oder Werfen, all jene traditionellen Grundsportarten haben ihren Platz im Schulsport. Genau wie das Tur-



nen, das von Aerobic bis zum Geräteturnen reichen kann. Ein weiterer, insbesondere für das Teamgefühl wichtiger Bestandteil sind Ballspiele; so sind Völkerball, Fußball, Handball und Volleyball nach wie vor beliebt. Auch Schwimmen ist fester Bestandteil des Schulsports, wengleich Bäderschließungen und ein Rückgang des Schulschwimmens zu einer dramatisch abnehmenden Schwimmfähigkeit der Kinder geführt haben. Vielen Schulen steht leider kein

Auch Schwimmen ist fester Bestandteil des Schulsports, wengleich Bäderschließungen und ein Rückgang des Schulschwimmens zu einer dramatisch abnehmenden Schwimmfähigkeit der Kinder geführt haben.

Schwimmbad mehr zur Verfügung. Durch eine organisatorische und finanzielle Sicherstellung des regelmäßigen Zugangs zu Schwimmbädern für Schulen ohne exorbitant lange Anfahrtszeiten wird versucht, die Erfolge der systematischen Schwimmbildung der letzten Jahrzehnte in Österreich fortzuführen. Sporthallen wird in den Konzepten eine große Rolle zukommen, denn viele Hallengrößen und Einrichtungen bestehender Hallen entsprechen nicht mehr dem aktuellen Standard. Und wenn die Dimensionen nicht den Normen für gewisse Vereinssportarten entsprechen, ist eine Zusammenarbeit erschwert. Der Unmut der Sportvereine, dass das bestehende Hallenangebot unzureichend sei, verdient Beachtung, müssen doch auswärtige Hallen für Training und Wettkämpfe mit beträchtlichem Kosten- und Zeitaufwand gemietet werden. Speziell für Gemeinden als Träger verschiedenster Aufgaben im Rahmen des gesellschaftlichen Zusammenlebens wären neue Typen von Mehrfachhallen von großem Nutzen, da damit eine bessere Infrastruktur für Sport, Bewegung und auch Kultur angeboten werden könnte. Auch Schulen könnten damit deutlich an Flexibilität und Zukunftssicherheit dazugewinnen. So wichtig traditionelle Sportarten für den Schulsport auch sind,



## Ob Kreisklasse oder Bundesliga – Hauptsache Profi-Rasen



### Basatop® Sport

**20+5+10(+3+5)+Spurennährstoffe**

Langzeitdünger mit kontrollierter Nährstoffabgabe aus hochwertiger Polymerhülle. Für Sportplätze, Gebrauchs- und Zierrasen sowie Neuanlagen.

Langzeitdünger mit hohem Isodur-Anteil:

### Rasen®Florand

**20+5+8+2+Spurennährstoffe**

und *Bacillus subtilis*

**Jetzt neu** mit *Bacillus subtilis* Selektion E4-CDX für vitales Wurzelwachstum und Steigerung der Widerstandskraft der Gräser. Zur Anwendung auf hochwertigen Sportrasenflächen und auf Zierrasen.



### Florand® Permanent

**16+7+15+2+Spurennährstoffe**

Universaldünger für strapazierten Sport- und Gebrauchsrasen sowie Kulturen im Öffentlichen Grün und Garten- und Landschaftsbau.



diese verlieren insgesamt zugunsten von neuen und trendigen Bewegungsformen zunehmend an Bedeutung, denn die bunte Welt des Sports steht in ihrer Entwicklung nicht still. Permanent kommen neue sportliche Aktivitäten dazu, wandeln und ändern sich mit einer Dynamik, die uns staunen lässt. Ein Meer voll neuer Bewegungsformen wie dem Skateboard-Kult, der Aerobic-Welle, der Streetball-Faszination, dem Inline-Skate-Fieber, dem Snowboard-Boom, der Beachvolleyball-Euphorie, dem Enthusiasmus des Kletterns – all das kann nicht nur als mediales Hochleben-Lassen von Randerscheinungen abgetan werden, sondern diese Aktivitäten stehen für den modernen Sport! Sport wird nicht mehr nur von den traditionellen Disziplinen geprägt, auch in einigen so genannten Trendsportarten wie Mountainbiken, Triathlon, Snowboarden oder Beachvolleyball sind heute olympische Medailen zu gewinnen. Und wenn sich sogar die als eher konservativ einzustufende Olympiabewegung dazu hinreißen lässt, wie steht es dann mit dem Schulsport? Ist Trendsport in der Sportlehrer-ausbildung noch immer kein Thema? Profitiert wirklich die ganze Sport- und Bewegungskultur Europas, nur die Schulen nicht?

Es ist als gutes Zeichen zu werten, dass unsere Kids neue, viel versprechende Sportarten ausprobieren wollen, obwohl unsere Konsumgesellschaft mehr und mehr zu einer „Bewegungs-mangelgesellschaft“ zu werden droht. Natürlich kann der traditionelle Sportunterricht nicht mit so rasanten Entwicklungen mithalten, doch es gilt zu verhindern, dass aus der zurzeit bestehenden Spalte zwischen Freizeit- und Schulsportarten nicht eine unüberwindbare Kluft wird, in der die Akzeptanz des Schulsportunterrichts verloren geht. Auch gilt es die damit verbundenen Gefahrenquellen wie Sicherheitsaspekte, Kostenfalle (Sportartikelhersteller nützen natürlich Trendfaktoren aus), organisatorische Aspekte (erschwerte Aufsichtsbedingungen, Zeitmangel) und die Lehrplanenge in den Griff zu bekommen.



Foto: Internet

Viele Trendsportarten wie Capoeira (Bild), Yoga, Streetball, Tae Bo, Wakeboard, Cheerleading, Lacrosse, Le Parkour oder Jumpstyle könnten als schulischer Trendsportunterricht angeboten werden, da diese verhältnismäßig bescheidene räumliche Anforderungen benötigen oder sogar in bereits bestehenden Infrastrukturen ausgeübt werden könnten.

Allen Neuerungen ist doch eines gemeinsam – das Bedürfnis nach Individualität, Vielseitigkeit und nach mehr Spaß beim Sport. Dieses Bedürfnis kann auch in die Schulen gebracht werden, um dann mittels einer richtigen Auswahl von relevanten Trendsportarten etwas zu einer positiven und umfangreichen Entwicklung aller Schüler beizutragen. Ließe sich mit Hilfe des Trendsports nicht das beklagte alltägliche Grau im Schulsport aufhellen? Viele Trendsportarten wie Capoeira, Yoga, Streetball, Tae Bo, Wakeboard, Cheerleading, Lacrosse, Le Parkour oder Jumpstyle könnten als schulischer Trendsportunterricht angeboten werden, da diese verhältnismäßig bescheidene räumliche Anforderungen benötigen oder sogar in bereits bestehenden Infrastrukturen ausgeübt werden könnten. Werden die Möglich-

Schulsport ist breiter geworden, und bisher Unmögliches wird ganz selbstverständlich angeboten und gelehrt, so wie sich auch traditionelle Mannschaftssportarten neben den neuen Trends sehr gut behaupten.

keiten zu einem zeitgemäßen Sportunterricht umgesetzt und die ersten Hürden sind genommen, wird sich zur Freude der Sportlehrer eine Steigerung im Hinblick auf Tempo, Bewegungskönnen, Körpereinsatz und Krea-

tivität schnell einstellen. Vielerorts lässt sich eine Öffnung des Schulsports hinsichtlich des außerschulischen, trendigen Bewegungslebens und Registrierung des trendsportlichen Geschehens bereits zunehmend beobachten. „Bewegungsfreudige Schulen“ mit Beach-Volleyball im Sportunterricht, Streetballbewerben, Streetsoccerteams, Tanzkursen, sogar Golfunterricht, Klettern in Schulturnhallen oder „Ballschulen“ beweisen, dass Trendsportarten in den Schul- und Leistungssport Einzug halten. Der Schulsport ist breiter geworden, und bisher Unmögliches wird heute ganz selbstverständlich angeboten und gelehrt, so wie sich auch traditionelle Mannschaftssportarten neben den neuen Trends sehr gut behaupten.

### Lobby für den Schulsport

Gerade in Anbetracht der vielseitigen gesundheitlichen Gefährdung durch Bewegungsmangel, durch Sitzzwang und bei Hausarbeiten, der zunehmenden Stundenzahl vor Fernsehern und Computern, neuer passiver Unterhaltungsmöglichkeiten, körperlicher Fehlbelastung, Stress und der Risiken alltäglichen Drogenmissbrauchs hat der Schulsport eine unersetzliche präventive Bedeutung im Rahmen der schulischen Gesundheitserziehung.

Und viele positive Beispiele in Österreich zeigen eine Aufwärtstendenz, denn Schulen mit entsprechenden Spiel-, Sport- und Bewegungsangeboten, qualifizierten Lehrern, entsprechenden Geräten sowie Sportstätten bringen selbst XXL-Kinder dazu, begeistert mitzumachen.

Wenn es dann noch in einer engen partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Gemeinde, Schule und Verein gelingt, mittels Öffnungen des Schulgeländes für Bewegung, Spiel und Sport außerhalb der Unterrichtszeit eine bewegungsbezogene Anbindung zur außerschulischen Lebenswelt der Schüler herzustellen, steht einer wiederer-stärkten Wertschätzung der österreichischen Sport- und Bewegungserziehung nichts mehr entgegen.



Einsatz für Pendler. Erfolg für Niederösterreich.

# BAHN FREI FÜR BESSERE VERBINDUNGEN, MEHR QUALITÄT, MEHR SERVICE.

**Dazu hat das Land  
die ÖBB und die Bundesregierung vertraglich verpflichtet.**

- Neue, moderne Waggons für Niederösterreich.
- Keine generellen Fahrplan-Ausdünnungen.
- Bessere Information, mehr Service.
- Sofortige Sanierung der Langsamfahrstrecken.
- Insgesamt fast 150 Mio. Euro Investitionen in das NÖ-Schienennetz.

**Das Land Niederösterreich übernimmt 600 km Nebenbahnen.**

Ab 2011 werden alle Schmalspurbahnen und 24 Regionalbahnstrecken vom Land übernommen. Damit entscheiden wir im Land selbst, wie wir diese Strecken in Zukunft nutzen. Für unseren Nahverkehr. Für unseren Tourismus. Für unsere Gemeinden.

*„Die Ziele waren klar. Die Verhandlungen waren hart.  
Der Einsatz hat sich gelohnt. Für unsere Pendler und ihre Familien -  
und für den Nahverkehr in ganz Niederösterreich.“*

Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll

**WIR HABEN  
NOCH VIEL VOR.**



**Bürokratieabbau:** Gemeinden moderner und innovativer machen

## E-Government-Konferenz: „Effiziente Vernetzung“

### WÖRGL

Die Donau-Universität Krems veranstaltete die E-Government-Konferenz mit Schwerpunkt „Effizienz und Vernetzung in Gemeinden“. Österreichs Rolle als Vorzeigeland im Bereich elektronischer Verwaltung wurde ebenso diskutiert wie die Möglichkeiten und Veränderungen, die digitale Medien und neue Kommunikationstechnologien bieten. In den Vorträgen zeigten Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik Aspekte des E-Governments mit Blick auf den Nutzen für

Gemeinden und EntscheidungsträgerInnen. Ziel der Konferenz war es, Lösungen aufzuzeigen, wie bestehende Serviceleistungen der Gemeinden verstärkt online abgewickelt werden können.

Laut Ernst Schöpf, Tirols Gemeindeverbandspräsident, müssen AmtsleiterInnen für die neuen Services sensibilisiert werden. Harry Gatterer (Geschäftsführer Zukunftsinstitut Österreich) sprach von einer neuen „kommunikativen Ökonomie“, in der es zunehmend um die Synergie geistiger



Die E-Government-Konferenz in Wörgl war für Teilnehmer und Veranstalter ein voller Erfolg.

Kreativität gehen wird. Weiters wurde diskutiert, ob, wie nach Vorbild von Großbritannien und den USA, Regierungsdaten online gestellt werden sollen oder nicht. Einigen konnten sich die Teilnehmer darauf,

dass die BürgerInnen in Zukunft aktiv an Entscheidungsfindungen beteiligt werden können. Aus Sicht der TeilnehmerInnen und VeranstalterInnen war das Treffen ein voller Erfolg mit Medienecho.



Die Donau von ihrer schönsten Seite: Die Ausstellung befasst sich aber auch mit den Schattenseiten.

**Länderübergreifend:** Fluch und Segen der Donau

## Donau-Ausstellung für NÖ und OÖ

### LINZ/ST. PÖLTEN

Von 5. Mai bis 7. November findet im niederösterreichischen Ardagger Markt und im oberösterreichischen Ennshafen die Ausstellung Donau – Fluch und Segen statt.

Die in Kooperation mit beiden Ländern entstandene Ausstellung widmet sich den schönen und den Schattenseiten des Gewässers, welches unsere Kultur be-

reits seit tausenden Jahren prägt. Im nÖ Ardegger Markt wird der Naturraum Donau vorgestellt, während im oÖ Ennshafen die Wirtschaft entlang der Donau die Hauptrolle spielt. Für die Inhalte der beiden Standorte verantwortlich sind Univ.-Prof. Dr. Verena Winiwarter und Univ.-Prof. Dr. Karl Vocolka. Nähere Informationen im Internet auf [www.donau-ausstellung.at](http://www.donau-ausstellung.at)

**Keine Engpässe**

## Kalter Winter kommt sehr teuer

### ÖSTERREICH

„Diesen Winter dürften die Gemeinden für den Winterdienst wohl an die 100 Millionen Euro ausgeben müssen, das ist fast doppelt so viel wie in den vergangenen Wintern“, erklärt Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer. Der gesamte Verbrauch an Streusalz wird daher diesen Winter auf rund eine halbe Million Tonnen ansteigen. Aber auch wenn der Verbrauch höher steigt, wird es zu keinen Engpässen kommen. Die Salinen Austria AG profitiert am meisten vom Streusalzverbrauch der österreichischen Gemeinden, sie decken 80 Prozent des Verkaufs. Eine Tonne kostet dort zwischen 90 und 100 Euro. Im Vorjahr lag der Verbrauch bei rund 450.000 Tonnen.

**Landesweit im Einsatz:** Verein bekommt Finanzspritze

## Unterstützung für Arbeitsassistenten

### INNSBRUCK

Um Jugendliche mit Behinderung beim Übergang von der Schule ins Berufsleben zu unterstützen, fördert das Land Tirol den Verein „Arbeitsassistenten Tirol“ anteilig mit über 50.000 Euro. Das Geld wird vor allem dafür eingesetzt, dass die

vom Verein angebotenen Jugendbeschäftigungsprogramme nicht nur in der Landeshauptstadt Innsbruck, sondern auch über Außenstellen in Schwaz, Wörgl, Imst und Lienz flächendeckend in ganz Tirol angeboten werden können.

**Jahresvergleich**

## Stromverbrauch auf Rekordtief

### WIEN

Aufgrund der „Krise“ ist der Stromverbrauch 2009 um 3,5 Prozent auf knapp 58.000 Gigawattstunden geschrumpft. Das ist das größte absolute Minus seit 1925. Der Grund liegt im Produktionsrückgang der Industrie.

**EU-Vergleich:** Frauen sind bei uns in der Kommunalpolitik sehr selten

## Langsam Veränderung in kommunaler Männerdomäne

### EUROPA

Vergleicht man die Zahlen innerhalb der EU, liegt Österreich mit seinen zwei Bürgermeisterinnen von Landeshauptstädten, Hilde Zach (Innsbruck) und Andrea Frauenschiel (Eisenstadt) und insgesamt 110 Bürgermeisterinnen (Frauenanteil von 4,7 Prozent) bundesweit, in etwa gleich auf wie Rumänien und Slowenien. An Europas Spitze bei Frauen in der Kommunalpolitik liegt Lettland, dort sind rund 39 Prozent der Bürgermeister weiblich, gefolgt von Schweden mit 30 Prozent. Wenn man die 27 Hauptstädte Europas zum Vergleich heranzieht, so sind



Hilde Zach (Liste „Für Innsbruck“) ist Bürgermeisterin von Innsbruck. Nur in Eisenstadt (Andrea Frauenschiel, ÖVP) ist ebenfalls eine Frau Landeshauptstadtschefin. Europaweit keine gute Tendenz.

nur vier in der Hand von Frauen: Dublin, Nikosia, Sofia und Warschau. Im März werden in vier Bundesländern Gemeinderatswahlen und somit auch

BürgermeisterInnenwahlen abgehalten. Vielleicht ist diese Wahl bereits ein Schritt in Richtung „mehr weiblichen Schwung“ in die Kommunalpolitik.

**Viel vor:** Gleisdorf will sich rüsten und energieautark werden

## Bis 2015 alle Energie aus der Kraft der Sonne

### GLEISDORF

Die 5500 Einwohner zählende steirische Gemeinde Gleisdorf wurde unlängst zur Klimaschutz-Gemeinde gekürt. Das Umweltprojekt „Klimaschutz Gleisdorf – Leben im sonnenzeitalter“ war dafür ausschlaggebend. Die Gemeinde nennt sich nun „Solarhauptstadt Österreichs“.

„Wir betreiben einen Methodenmix in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energie“, erklärt Bürgermeister Christoph Stark. Laut eingereichten Projekten sollen bis zum Jahr 2015 in Gleisdorf 25 Prozent der Wärmeversorgung und 100 Prozent des Stromverbrauchs aus erneuerbarer Energie

kommen. In den nächsten fünf Jahren soll die Fläche an Sonnenkollektoren auf 7750 Quadratmeter anwachsen. Läuft alles nach Plan, gibt es dann auch 400 dezentrale Biomasseheizungen, sechs Biomasseheizwerke, zehn Solartankstellen, 120 Niedrigenergiehäuser und 700 neu gedämmte Gebäude.

**Werbung:** Bilder von oben gerne gesehen

## Filmclips übers „Ländle“ sind Renner

### BREGENZ

Die im Internet abrufbaren Filmclips, die Vorarlbergs Attraktionen in modernster HDTV-Technologie aus der Vogelperspektive zeigen, erfreuen sich weiter großer Beliebtheit. Mehr als 855.000 Mal sind die rund 260 Kurzfilme bereits „angeklickt“ worden. Mit der Entwicklung sehr zufrieden

sind Landeshauptmann Herbert Sausgruber und Tourismuslandesrat Karlheinz Rüdiger: „Indem Tourismusgemeinden und Hotels auf das zusätzliche Angebot zurückgreifen und es für ihr Marketing nutzen, können die Vorzüge Vorarlbergs einem breiten und internationalen Publikum präsentiert werden.“



Vorarlbergs Attraktionen aus der Vogelperspektive sind im Internet der Renner.

### Vandalismus

## 30.000 Euro Schaden in Götzis

### GÖTZIS

Schon Anfang Jänner sah sich die Vorarlberger Gemeinde Götzis gleich mit mehreren Vandalenakten konfrontiert. Ein Jugendlicher nahm einen Bagger auf einer Großbaustelle in Betrieb und grub damit Löcher in die Erde, dabei entstand auch Schaden an anderen Baumaschinen. Auf dem Bahnhof wurde der Kartenautomat ruiniert, und Bushaltestellen, die großteils aus Glas bestehen, wurden dem Erdboden gleichgemacht. Bürgermeister Werner Huber zieht aus solchem Verhalten Konsequenzen: „Im Bereich des Bahnhofs wurden Videokameras installiert, und Streetworker setzten sich jetzt mit der Jugend auseinander.“

Auch die Polizeipräsenz soll verstärkt werden. Drei Jugendliche zwischen 14 und 15 Jahren konnten bereits ausgeforscht werden.

### Gemeinsamer Weg

## Goldene Hochzeit für Ort Frauental

### FRAUENTAL

Vor 50 Jahren entschlossen sich die bis dahin selbstständigen Ortsgemeinden Freidorf, Frauental und Zeierling, in Zukunft einen gemeinsamen Weg zu gehen. Es war ein Erfolgsweg – Grund genug für Bürgermeister Bernd Hermann, gemeinsam mit zahlreichen Ehrengästen und vielen Gemeindegürgern das 50-Jahr-Jubiläum zu feiern sowie verdiente Persönlichkeiten auszuzeichnen. Die Ehre gaben sich unter anderen LH Mag. Franz Voves, LAbg. Klubobmann Walter Kröpfl.

Im Wahljahr 2010 wird sich zeigen, wie die politischen Mühlen mahlen

# Vier Bundesländer wählen ihre Ortschefs und Gemeinderäte

2010 wird in rund 1490 Gemeinden in Niederösterreich, der Steiermark, Vorarlberg und Tirol ein neuer Gemeinderat gewählt. Spannend allein deswegen, da mit Niederösterreich und der Steiermark zwei der größten Bundesländer an die Urne gehen. Eines ist vor vornherein klar: Geht es um die Vertreter der Gemeinden, kommen die Persönlichkeiten vor den Parteien. KOMMUNAL stellt in der zweiten Folge die Steiermark und Tirol vor.

Julya Pollak

In 542 Gemeinden der Steiermark wird sich im März herausstellen, wer Bürgermeister/Bürgermeisterin wird. 361 kommen von der ÖVP, 155 von der SPÖ, fünf sind freiheitlich und 21 entstammen einer Liste. Davon sind 15 Frauen als Ortschefinnen tätig, und die Tendenz ist laut Präsident des Steiermärkischen Gemeindebundes, Bgm. Erwin Dirnberger, steigend: „Frauen machen ihre Arbeit im Amt sehr sorgfältig, wenn nicht sorgfältiger als Männer.“ Trotzdem will er keine Frauenquoten vorschreiben, „das wäre nicht sinnvoll, denn für die Frauen heißt das oft Zusatzbelastung, und das können wir nicht vorschreiben, das können sie, so wie auch die Männer, nur selber wollen.“ Für Landeshauptmann Franz Voves ist die allgemeine Stimmungslage eine Herausforderung: „Die weltweite Wirtschaftskrise hat leider insbesondere im exportorientierten Industrieland Steiermark zu hoher Arbeitslosigkeit geführt. Die allgemeine Stimmungslage könnte in den großen Industriestädten durchaus dazu führen, dass es für die Sozialdemokratie schwierig wird, die hohen, teils absoluten Mehrheiten – die im europäischen Vergleich ohnedies

Die allgemeine Stimmungslage könnte in den großen Industriestädten dazu führen, dass es für die Sozialdemokratie schwierig wird, die hohen Mehrheiten zu halten.

Landeshauptmann Franz Voves, Landesparteiobmann der SPÖ Steiermark



Die Menschen sehnen sich nach echten Perspektiven für die Zukunft und die positive Gestaltung des unmittelbaren Lebensumfeldes, der Gemeinde.

Bgm. Toni Vukan, SPÖ Landesgeschäftsführer Steiermark



Frauen machen ihre Arbeit im Amt sehr sorgfältig, wenn nicht sorgfältiger als Männer.

Steiermärkischer Gemeindebund-Präsident Bgm. Erwin Dirnberger; er rechnet mit einer hohen Wahlbeteiligung



einzigartig sind – zu halten.“ Im Generellen sei er aber dennoch optimistisch, dass die gute Arbeit der BürgermeisterInnen von den WählerInnen honoriert wird. Dirnberger rechnet mit ei-

ner hohen Wahlbeteiligung. Knapp 30.000 Jugendliche zwischen 16 und 17 Jahren werden ebenfalls mitwählen. „Traditionell geht es im Gemeindevahlkampf mehr um die Persönlichkeiten als um deren Partei. Ich bin sehr zuversichtlich, dass auch die Jugendlichen die Wahl ernst nehmen, die Möglichkeit, ihre Stimme abzugeben, auch nutzen“, so der Verbandspräsident. Die Volkspartei sieht in

den neuen Medien eine untergeordnete Rolle für den Wahlkampf, jedoch seien die Möglichkeiten der digitalen Kommunikation wie Postings, Chat oder Internetblogs enorm wichtig. Landesgeschäftsführer Mag. Bernhard Rinner sieht im Umgang mit der politischen Jugend ein großes Potenzial heranwachsen. „Je mehr gute Politiker wir haben, desto mehr gute Politiker kommen nach.“ Die Vernetzung mit den Jugendorganisationen funktioniere hervorragend; was Rinner schade findet

ist, dass „die Frauen in der Politik oft lieber im Hintergrund bleiben“. „Die vernünftige Bescheidenheit der Frauen, nicht in den Vordergrund zu wollen, ist nur schwer zu akzeptieren“, so

Mag. Bernhard Rinner.

Für die Sozialdemokraten der Steiermark heißt es, das historisch beste Ergebnis für die SPÖ von 2005 zu verteidigen. Erwartet wird ein ausgezeichnetes Ergebnis, wobei laut SPÖ Steiermark die Ausgangslage deutlich schwieriger sei als vor fünf Jahren. „Arbeit.Heimat.Zukunft ist unser Slogan für die Gemeinderatswahl“, sagt SPÖ-Landesgeschäftsführer Bgm. Toni Vukan. Verstärkt sollen vor allem die persönlichen Kontakte zu den Bürgern werden, dies sollen Hausbesuche untermauern. „Die Menschen sehnen sich nach echten Perspektiven für die Zukunft und die positive Gestaltung des unmittelbaren Lebensumfeldes, der Gemeinde“, sieht Vukan die Tendenz der Wähler. Die SPÖ Steiermark hat auch bereits eines der „Neuen Medien“ gestaltet. Alle GemeinderätInnen und Kandidaten sind auf einer elektronischen Plattform miteinander vernetzt. Vom Informationsaustausch, Kommunikation, Weblogs und Gästebüchern bis hin zu einer Druckplattform ist dort alles zu finden. Zusätzlich können sich alle 3000 GemeinderätInnen des Landes auf der Plattform ([www.kommunity.at](http://www.kommunity.at)) eine Homepage einrichten und sind für die „Internerer“ zu erreichen. Vukan will vor allem die Aus- und Weiterbildung der KommunalpolitikerInnen fördern: „Unsere Kommunalakademie war in den vergangenen Jahren ein absoluter Renner.“ Rund 3500 Kursteilnehmer konnten dort ihre politischen Fähigkeiten in einem neuen Licht betrachten.

## Tirol

Auch in Tirol werden die Gemeinderatswahlen Veränderung in die 279 Gemeinden bringen. Seit der Wahl 2005 stellt die ÖVP 197 Bürgermeister, die SPÖ 23, und 59 sind auf einer eigenen Liste. Tirol hat in seiner Tradition der vielen unterschiedlichen auch unabhängigen Listenkandidaten eine Art Sonderstellung in Österreich. Für Landeshauptmann Günther Platter ist die Tiroler Volkspartei „die Bürgermeister- und Gemeinderatspartei“. Als ehemali-

Es ist oft nicht leicht, geeignete Bürgermeisterkandidaten zu finden; auch Gemeinden mit nur einem Kandidaten sind keine Seltenheit.

Bgm. Ernst Schöpf, Präsident des Tiroler Gemeindebundes



ger Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Zams „ist mir die Wahl auch ein persönliches Anliegen“, so LH Platter, der das politische Niveau des Bundeslandes besonders hoch halten will. Erwartet wird, dass sich die Parteien im Wahlkampf fair und konstruktiv verhalten werden. Für die Tiroler Jugend führt das Land derzeit eine Kampagne durch, „die speziell junge Menschen anspricht und diese dazu animieren möchte, Politik aktiv mitzugestalten – sei es als PolitikerIn oder zumindest als WählerIn“, sagt LH-Stv. Anton Steiner. Aus Sicht des Tiroler Gemeindebundes ist es gerade in kleinen Gemeinden oft bereits schwierig, Kandidaten für das Bürgermeisteramt zu finden. „Das ist oft nicht leicht; auch Gemeinden mit nur einem Kandidaten sind keine Seltenheit“, so der Präsident des Tiroler Gemeindebundes, Bgm. Ernst Schöpf. Er selbst kandidiert in Sölden mit einer teilweise neuen Jungen Liste. Das Internet ist für ihn bereits ein gelebtes Mittel zur Kommunikation, „auch



Die meisten Listen setzen auf bewährte Kommunikationsschienen wie Flugblätter, Ortszeitungen und den direkten Kontakt zu den Gemeindebürgern.

Dr. Christine Mayr, SP-Landesgeschäftsführerin Tirol

ältere Bürgermeister sind schon EDV-Freaks!“ berichtet Schöpf aus seiner Erfahrung. Jedoch ersetze das das persönliche Gespräch nicht. 23 Bürgermeister sind derzeit Sozialdemokraten. Die Tiroler SPÖ will diesen Wert mindestens behalten und wenn geht noch etwas erhöhen. „Wir haben in den Orten viele engagierte Menschen, deswegen sind wir zuversichtlich, auch

Mir ist die Wahl auch ein persönliches Anliegen. Ich will das politische Niveau unseres Bundeslandes hoch halten.

Landeshauptmann Günther Platter, Landesparteiobmann der Tiroler Volkspartei



wenn die Landesorganisation der SPÖ nicht in der Lage ist, mit großen finanziellen Zuwendungen zu unterstützen“, erklärt SP-Landesgeschäftsführerin Dr. Christine Mayr. Im Gegensatz zu den östlichen Bundesländern treten in Tirol auf SPÖ-Listen auch parteiunabhängige KandidatInnen an: „Damit sind wir in den vergangenen Jahren gut gefahren und halten das auch diesmal so.“ Die Möglichkeiten des Web 2.0 werden bislang nur vereinzelt genutzt. „Die meisten Listen setzen auf bewährte Kommunikationsschienen wie Flugblätter, Ortszeitungen und den direkten Kontakt zu den Gemeindebürgern. Wir haben ein großes Interesse daran, mehr Frauen in die politische Arbeit zu entsenden“, beschreibt Mayr. Ein genaues Rezept hat sie dazu aber nicht, nur eines sei wichtig: „großes Fingespitzengefühl der/des Listenführers/in“.

Julya Pollak ist Redakteurin bei KOMMUNAL

Wie sehen Jugendliche das Amt des Bürgermeisters – Kommunal fragte nach

# „... meist der einzige Politiker, den man persönlich kennt“

Das Bürgermeisteramt im 21. Jahrhundert. Wo beginnt Politik, wenn nicht im direkten Umfeld? Aber wie steht es um die Jugendlichen, was wollen sie, wen wollen sie, wann wenden sie sich von der Politik ab? Hier finden Sie ein kleines, aber interessantes Spektrum der Antworten von jungen Menschen aus ganz Österreich, die sehr wohl ein Augenmerk auf das Amt und die Amtsträger legen.

KOMMUNAL hat Jugendliche (zwischen 16 und 25) aus ganz Österreich zum Thema „Bürgermeister“ befragt.

## Wie sehen junge Menschen die Bedeutung des Bürgermeisters für die Gesellschaft?

Lisa Schwarz, 23, Krumbach: „Ich denke, dass umso kleiner die Gemeinde ist, umso mehr Bedeutung hat der Bürgermeister. Es ist gut, dass jemand da ist, der an der Spitze steht und die Gemeinde vertritt, das gibt Sicherheit. Dass der Bürgermeister eine besonders wichtige Rolle für die Gesellschaft im großen Rahmen spielt, glaube ich nicht.“

Stephan Berger, 23, Hüttschlag: „Das Amt des Bürgermeisters ist für die Gesellschaft von enormer Bedeutung, da der Bürgermeister die erste Adresse für den Bürger auf kommunaler Ebene ist. Der Bürgermeister ist meist der einzige Politiker, den man persönlich kennt.“

Tatjana Wais, 16, Hörsching: „Der Bürgermeister ist sehr wichtig, weil er der Repräsentant der Gemeinde nach außen ist und immer versucht das Beste für unsere Gemeinde herauszuholen.“

Thomas Womser, 22, Ternitz: „Der Bürgermeister ist der Repräsentant einer Gemeinde. Er

In Zeiten des Web 2.0 wäre es sinnvoll, den Kontakt über moderne Kommunikationswege zu suchen. Damit wäre man auf dem modernen Stand, spart Druckkosten und schont die Umwelt.

Thomas Womser, Ternitz (NÖ)



sollte stets den persönlichen Kontakt zum Bürger suchen, um dessen Interessen und Anliegen bestmöglich verstehen und vertreten zu können.“

## Hast du zu deinem Bürgermeister mehr oder weniger Vertrauen als zu anderen Politikern?

Thomas Huber, 23, Bruckbach: „Grundsätzlich vertraue ich dem Bürgermeister aufgrund seiner Stellung mehr, jedoch gibt es auch einige andere kompetente Gemeindepolitiker, denen ich mein Vertrauen geben würde.“

Lisa Schwarz, 23, NÖ: „Nein.“

Matthias Dirnberger, 24, Burgenland: „Aufgrund der vielen Wahlversprechen der Bundes- und Landespolitiker bei den vergangenen Wahlen würde ich definitiv sagen, dass ich mehr Vertrauen zu meinem Bürgermeister habe, als zu anderen Politikern, sei es auf Landes oder Bundesebene.

Ich denke auch, dass dies daran liegen könnte, weil ich jederzeit die Möglichkeit habe, mit den Bürgermeistern von Gemeinden zu sprechen und über verschiedenste Dinge zu diskutieren. Diese Möglichkeit habe ich natürlich bei anderen Politikern nicht.“

Florian Franzmair, 19, Leonding: „Natürlich habe ich zu ihm ein gewisses ‚Grundvertrauen‘. Er muss es allerdings nach der Wahl durch seine Arbeit unter Beweis stellen.“

Florian Dominik Piff, 20, Riedlingsdorf: „Wenn ein Bürgermeister kein Vertrauen in seiner Gemeinde genießt, wird er dieses Amt nicht lange ausüben. Ich persönlich habe gleich viel Vertrauen zum Bürgermeister wie zu so manch anderem

Kommunalpolitiker, die Tendenz ist aber fallend!“

Karin Gutenbrunner, 24, Gallneukirchen: „Weder noch. Ich denke, er ist nicht kompetenter als andere Durchschnittsmenschen. Man benötigt keine Befähigung, um Bürgermeister zu werden.“

## Wie würdest du gerne Informationen vom Bürgermeister bekommen oder mit ihm in Kontakt treten?

Thomas Womser, 22, Ternitz: „In Zeiten des Web 2.0 wäre es sinnvoll, den Kontakt zum (jungen) Bürger über ‚moderne‘ Kommunikationswege wie Facebook etc. zu suchen. Damit wäre man automatisch immer auf dem neuesten Stand und würde überdies hinaus noch Druckkosten sparen und die Umwelt schonen. Für ältere Mitbürger ist es aber sehr wohl sinnvoll, Informationen per Post zu verteilen.“





Christian Stacherl, Krumbach



Florian Franzmair, Leonding



Tatjana Wais, Hörsching



Thomas Huber, Bruckbach

Matthias Dirnberger, 24, Frankenfels: „Ich würde gerne über E-Mails und diverse Internetplattformen die Möglichkeit haben, über Dinge, die in meiner Heimatgemeinde passieren, mehr zu erfahren. Gerade auch deshalb, da ich aufgrund meines Studiums oft länger nicht zu Hause bin.“

Thomas Huber, 23, Bruckbach: „In Hinblick der immer mehr steigenden Popularität und Reichweite des Internets und dessen Kommunikationsmöglichkeiten würde ich Informationen über diese Kommunikationswege wie E-Mail oder Facebook sehr begrüßen.“

Florian Franzmair, 19, Leonding: „Es wäre sehr zu begrüßen, wenn man wichtige Infos über die Geschehnisse in der Gemeinde von vor allem von Jugendlichen genutzten Medien (Facebook o. ä.) beziehen könnte. Dadurch wäre auch sicherlich die Möglichkeit gegeben, dass Junge leichter in Kontakt mit dem Bürgermeister treten können.“

Tatjana Wais, 16, Hörsching: „Es wäre definitiv sehr praktisch, wenn man sich mit seinen Anliegen, wie z. B. bei Problemen mit der Ferialjobsuche, an ihn per Mail wenden könnte. Weiters wäre es ganz interessant, über seine Ziele und Projekte am Laufen gehalten zu werden.“

Florian Dominik Piff, 20, Riedlingsdorf: „Ich glaube, in der heutigen Zeit sollten E-Mail, Facebook etc. für jeden Menschen zugänglich und die Benutzung gerade in der Öffentlichkeitsarbeit selbstverständlich sein.“

Karin Gutenbrunner, 24, Gallneukirchen: „Ich bekomme E-

Mails von der Bürgermeisterin. Post auch. Facebook wäre eine gute Möglichkeit, um über Allfälliges zu informieren. Eventuell auch ein Blog. Unsere Gemeindehomepage ist gut gewartet.“

Lisa Schwarz, 23, Krumbach: „In einer kleinen Gemeinde: persönlich, ansonsten per E-Mail.“

**Welche Anliegen hast du an deinen Bürgermeister? Welche Jugendprojekte sollten in deiner Gemeinde verwirklicht werden?**

Christian Stacherl, 22, Krumbach: „Themen wie Jugendtreff,

Wenn ein Bürgermeister kein Vertrauen in seiner Gemeinde genießt, wird er dieses Amt nicht lange ausführen. Ich persönlich habe gleich viel Vertrauen zum Bürgermeister wie zu so manch anderem Kommunalpolitiker, die Tendenz ist aber fallend!

Florian Dominik Piff, Riedlingsdorf

Shuttledienst usw. sind immer gefragt. Derzeit sind wir aber mit Pubs und Gasthäusern gut versorgt im Ort. Sportevents, Open-Air-Festivals, aber auch Jugend-Zeichenwettbewerbe bzw. Vernissagen sind so Ideen ...“

Florian Dominik Piff, 20, Riedlingsdorf: „Leider bleibt in Zeiten der Wirtschaftskrise sehr wenig Geld für die Jugend, aber gerade als junger, flexibler Mensch würde ich mich über die Einführung des Jugendtaxis sehr freuen. Andere Projekte wie ein aktives und betreutes Jugend- und Sportzentrum wären sicherlich auch eine gute Investition.“

Karin Gutenbrunner, 24, Gallneukirchen: „Alle Anliegen aufzuzählen würde den Rahmen sprengen. Aber ich würde mir wünschen, dass Gehsteige für die Be-

dürfnisse mehrerer Menschen angepasst werden (Kinder, Alte, Behinderte, Kinderwagen) und dass Streetworker mehr Zugang in der Gemeinde finden. Auch die Ausgaben müssten überdacht werden. Und am allerwichtigsten wäre mir, dass die „Freunderlwirtschaft“ endlich aufhört. Nur weil jemand verschwägert oder verwandt ist, dürfte er keine Ämter oder Aufträge zugeschanzt bekommen.“

Thomas Huber, 23, Bruckbach: „Ein Jugendprojekt, welches vor etlichen Jahren geplant wurde, aber nie richtig in die Realität umgesetzt wurde, war ein Streetsoccer-Platz in meinem Ort. Leider wurde stattdessen ein Skaterplatz errichtet, welcher eher Probleme mit sich zog.“

Florian Franzmair, 19, Leonding: „Der Bürgermeister sollte sich aktiv für die Anliegen und Wünsche der Jugendlichen einsetzen und

immer ein offenes Ohr für deren Meinung haben. Wie zum Beispiel bessere und günstigere Anbindungen des öffentlichen Verkehrs.“

Tatjana Wais, 16, Hörsching. „Ein zentraler Punkt ist die Mobilität von uns Jugendlichen. Es gibt einiges an Verbesserungspotenzial, da die letzte Busverbindung viel zu früh am Abend angesetzt ist.“

Matthias Dirnberger, 24, Frankenfels: „Es gibt in unserer Gemeinde sehr viele Projekte, die auch für Jugendliche sehr interessant sind. Es sollte dabei jedoch mehr versucht werden, die Jugend mit einzubinden, zum Beispiel mit Mitspracherecht junger Gemeindemitglieder bei der Organisation von Projekten und Veranstaltungen, jedoch immer mit dem Augenmerk darauf, Traditionen zu wahren.“



Organisator und Altbürgermeister Hans Hartl mit dem Logo des Kulturdorfes 2010.

Kirchheim im Innkreis ist Europas „Kulturdorf 2010“

# Ziel ist es, die wichtigen Aufgaben der Dörfer zu zeigen

Nach der Kulturhauptstadt Linz ist 2010 nach langer Vorbereitung Kirchheim im Innkreis, eine 700-Einwohner-Gemeinde im Herzen des Innviertels, Kulturdorf Europas geworden. Im Mittelpunkt steht, das traditionell „Österreichische“ in Europa zu vermitteln. Ein Porträt.

Carina Rumpold

Schon im Jahr 2000 war sich der Kirchheimer Gemeinderat einig, dass man sich der Idee anschließen möchte, als europäische Dörfer näher zusammenzuarbeiten. Resultat war der Beitritt zur „Foundation of cultural villages of Europe“, der sogenannten „Charta der Dörfer“. Grundlage dieser Charta ist es, das Dorfleben als wichtigen Beitrag zur Zukunft zu sehen. Die Förderung und Entwicklung des ländlichen Bereichs, aber auch die Hervorhebung der Besonderheiten der Dörfer der verschiedenen Regionen Europas zu unterstreichen, ist Sinn der Kulturdörfer. Der ehema-

lige Bürgermeister von Kirchheim und Hauptorganisator des Kulturjahres, Hans Hartl, erklärt: „Entstanden ist das Kulturdorf als Gegenveranstaltung zur Kulturstadt, da es wichtig ist, dass auch kleinere Einheiten im europäischen Gefüge vorgestellt werden.“ So wurde Kirchheim im Innkreis heuer anlässlich seines 900. Geburtstages europäisches Kulturdorf. Das Ehrenamt als wesentlicher Beitrag zu einer funktionierenden Dorfgemeinschaft in Öster-

reich steht auch im Mittelpunkt der Veranstaltungen des Kulturjahres. „Der große Unterschied zwischen Stadt und Land ist das Ehrenamt. In Städten wird das Ehrenamt viel weniger gelebt als auf dem Land. In den kleinen Gemeinden liegt die Quote bei 50 bis 60 Prozent“, so der amtierende Bürgermeister Bernhard Kern. Ein weiteres Ziel ist es natürlich, auch Kirchheim und das Innviertel selbst in der Welt ein wenig bekannter zu machen. Im Laufe des Jahres werden neben kulturellen Veranstaltungen zahlreiche Workshops und Konferenzen durchgeführt, bei denen die Mitgliederstädte sich treffen. „Wir werden nicht nur hochkulturelle Veranstaltungen haben wie in Linz, sondern auch traditionelle und moderne österreichische Kultur vorstellen“, so Hartl. Begonnen hat dieses Jahr schon mit einer Feuer- nacht, bei der die „Kunst am Himmel“ mittels eines tollen Feuerwerks zu sehen war.

[www.kirchdorf.at](http://www.kirchdorf.at)  
[www.cultural-village.com](http://www.cultural-village.com)

Carina Rumpold ist  
Redakteurin bei Kommunalnet

Der große Unterschied zwischen Stadt und Land ist das Ehrenamt. In Städten wird das Ehrenamt viel weniger gelebt als auf dem Land. In den kleinen Gemeinden liegt die Quote bei 50 bis 60 Prozent.

Bernhard Kern, Bürgermeister von Kirchheim im Innviertel





*„Fertigmachen  
zum Entern!“*

**Keine Sorge! Moderne Betonsteine widerstehen jedem Angriff. Sie sind unverwundlich gegen Belastungen und Verschmutzungen jeglicher Art, auch gegen eine ganze Bande von Piraten.**

Die Gestaltung öffentlicher Plätze und Anlagen mit Beton ist modern, historisch, praktisch, günstig, aber vor allem nachhaltig. Zudem trägt Betonpflaster zu kommunaler Verantwortung und Verkehrssicherheit bei.

Wenn Sie mehr zum Thema Beton in der öffentlichen Fläche und Kapitän Rotbart sehen möchten, dann werfen Sie einen mutigen Blick auf: [www.betonmarketing.at](http://www.betonmarketing.at)



Beispiele sind rhetorische Geschmacksverstärker

## Politik braucht „Sprache, die auf der Zunge zergeht“

Der Gewürzschrank des guten Rhetorikers ist die bildhafte Sprache. Bilder aktivieren die rechte Gehirnhälfte und sprechen so direkt die Gefühlswelt des Menschen an. Genau hier liegt der Vorteil der bildhaften Sprache – und auch die Gefahr!

### Sieben gute Gründe für die bildhafte Sprache:

- ▶ Sprachliche Bilder bringen Abwechslung zu Zahlen, Daten & Fakten.
- ▶ Beispiele sind einprägsam und weitererzählbar.
- ▶ Sprachbilder schaffen Atmosphäre.
- ▶ Bildhafte Sprache weckt Interesse.
- ▶ Analogien knüpfen an die Erlebniswelt des Zuhörers an und schaffen so eine Identifikationsmöglichkeit.
- ▶ Gute Vergleiche werden gerne weitererzählt.
- ▶ Menschen, die bildhaft sprechen, hinterlassen einen bleibenden Eindruck.

### Drei Gefahren der bildhaften Sprache:

- ▶ Unpassende Bilder sind im besten Fall komisch.
- ▶ Zu viele Analogien lenken vom Wesentlichen ab.
- ▶ Allzu bekannte Bilder erzeugen Langeweile bzw. Ablehnung beim Publikum.

Setzen Sie öfter beschreibende als bewertende Adjektive ein. Bringen Sie mehr Geschmack in Ihre Sprache. Mit etwas Übung wird es gelingen, Ihre Ausdrucksweise plastischer zu gestalten.

**Beschreibende Adjektive:** Wenn Sie wollen, dass Ihr Publikum gerne zuhört, lassen Sie die Menschen sehen, hören, riechen, schmecken und spüren! Schildern Sie Sinneseindrücke

Tatjana Lackner ist Kommunikations-Profilerin, Politiker-Coach und Bestseller-Autorin.

und Tatsachen und geben Sie so Ihrem Zuhörer die Chance, sich selbst ein Bild zu machen.

**Bewertende Adjektive** zeigen unmissverständlich, wie Sie etwas beurteilen, z. B.: kitschig, hässlich, interessant, stimungsvoll ... Hier lautet die Frage: Wie war es für mich? Probieren Sie die sinnliche Erzählweise im Freundeskreis – das Gespräch wird anregender!

Wenn Sie wollen, dass Ihr Publikum gerne zuhört, lassen Sie die Menschen sehen, hören, riechen, schmecken und spüren!

Die Analogie – der sprachliche Vergleich – verbessert das Verständnis und macht auch komplexere Zusammenhänge deutlich. Es ist oft eine kleine Geschichte, die Aufmerksamkeit erregt und zum Weitererzählen animiert. Analogien sind knackig, knusprig und nicht ganz fettfrei.

Drei Gefahren der Analogie:

#### Die unlogische Analogie:

„Die Börse ist wie eine Lawine, mal geht sie rauf, mal runter.“

#### Die überstrapazierte Analogie:

Damit sind sprachliche Bilder gemeint, die schon in zu vielen Zusammenhängen verwendet wurden, zum Beispiel die Stadt, die mit dem Ameisenhaufen verglichen wird.

**Die inflationäre Analogie:** Manche Sprecher lassen Analogie auf Analogie folgen, so dass die Kernaussage verloren geht.

Mehr zum Thema: gelungene Kommunikation finden Sie unter [www.sprechen.com](http://www.sprechen.com)



Eine aktuelle Erhebung des Kuratoriums für Verkehrssicherheit (KfV) zeigt: Geschwindigkeitsüberschreitungen sind nach wie vor sozial akzeptiert – vor allem in Tempo-30- und Tempo-50-Zonen im Ortsgebiet wird gerne zu stark aufs Gaspedal getreten.

Gemessen wurde die Fahrtgeschwindigkeit bei insgesamt 42.000 Kfz im gesamten Bundesgebiet außerhalb Wiens. Erschreckendes Ergebnis: Acht von zehn Pkw-Lenkern fahren in Tempo-30-Zonen schneller als erlaubt, gemessen wurden Geschwindigkeiten bis zu 68 km/h. Im Ortsgebiet hält jeder Zweite die Tempo 50-Beschränkung nicht ein, der höchste gemessene Wert lag bei 90 km/h. Vor allem für ungeschützte Verkehrsteilnehmer können die hohen Geschwindigkeiten im Ortsgebiet gefährlich werden. Fußgänger, Radfahrer und Kinder sind im Vergleich zu Lenkern vierspuriger Kraftfahrzeuge im Straßenverkehr ungeschützt unterwegs, denn sie haben keine Knautschzone. Dennoch werden Geschwindigkeitsübertretungen von 10 bis 20 km/h sozial akzeptiert und als Kavaliersdelikt gesehen. Sie entscheiden selbst, welche Geschwindigkeit angemessen ist und gefährden so nicht nur sich, sondern auch andere Verkehrsteilnehmer. Begrenzungen werden oft als „sinnlos“ empfunden. Erhebung

Erschreckendes Ergebnis der KfV-Erhebung: Acht von zehn Pkw-Lenkern fahren in Tempo-30-Zonen schneller als erlaubt, gemessen wurden Geschwindigkeiten bis zu 68 km/h.

gen des KfV zeigen, dass sich mehr als ein Drittel der befragten Autofahrer selbst gelegentlich beim Schnellfahren ertappt, weitere 28 Prozent fahren oft oder häufig zu schnell. Als ausschlaggebend für das eigene Tempo wird die Einordnung in subjektiv „sinnvolle“ und „sinnlose“ Beschränkungen gesehen. Als sinnvoll bezeichneten die Befragten Geschwindigkeitsbegrenzungen bei Schulen, Kindergärten oder in Wohngebiete

Geschwindigkeitsbegrenzungen sind keine Richtgröße

# Erhebung bringt Licht ins Fahrverhalten der Österreicher

Vor allem im Ortsgebiet fahren viele Pkw-Lenker schneller als erlaubt und gefährden so nicht nur sich selbst, sondern besonders ungeschützte Verkehrsteilnehmer wie Kinder, Radfahrer und Fußgänger. Das Kuratorium für Verkehrssicherheit zeigt erschreckende Details im Fahrverhalten der Österreicherinnen und Österreicher auf.

ten, in Ortsgebieten mit mehr Verkehr, auf gefährlichen oder unübersichtlichen Strecken, sowie witterungsbedingte Begrenzungen, zum Beispiel bei Schnee oder Regen. Als sinnlos empfunden werden hingegen scheinbar willkürlich gesetzte 100-km/h-Beschränkungen auf der Autobahn oder 50 km/h auf Bundesstraßen, Begrenzungen auf Durchzugsstraßen in dünn besiedeltem Gebiet und an Stellen, an denen keine Gefahr ersichtlich ist, wie um Beispiel bei Schulen in der Ferienzeit. Ein Drittel der Pkw-Lenker überschritt das Limit von 80 km/h am Freiland, 15 Prozent das Limit von 100 km/h. Bei Geschwindigkeiten bis zu 80 km/h wird die Kontrollierbarkeit des Fahrzeugs deutlich überbewertet. Zur Überschätzung der eigenen Fähigkeiten hinzu kommt ein unrealistischer Optimismus, im Sinn eines „Mir wird schon nichts passieren“-Denkens.

## Hohe Strafen für Raser

Auf Autobahnen hat sich das Einhalten der Geschwindigkeits-

Als sinnlos empfunden werden scheinbar willkürlich gesetzte 100-km/h-Beschränkungen auf der Autobahn oder 50 km/h auf Bundesstraßen, Begrenzungen auf Durchzugsstraßen in dünn besiedeltem Gebiet und an Stellen, an denen keine Gefahr ersichtlich ist



begrenzungen in den vergangenen Jahren verbessert. Unter Lkw-Lenkern lässt die Fahrmoral jedoch auf der Autobahn zu wünschen übrig. Rund acht von zehn Lkw überschreiten hier die Tempo-80-Limits. Mit dem Verkehrssicherheitspaket, das seit September 2009 in Kraft ist, wurden die Strafen für Raser angehoben. Bei Geschwindigkeitsübertretungen von über 30 km/h müssen mindestens 70 Euro bezahlt werden. Übertretungen von 40 km/h im Ortsgebiet oder 50 km/h im Freiland führen zu Strafen von mindestens 150 Euro und einem Führerscheinentzug für zwei Wochen. Neu sind auch die österreichweit einheitlichen Strafhöhen auf Autobahnen. Überschreitungen der erlaubten Höchstgeschwindigkeit von 130 km/h um 10 km/h werden künftig mit 20 Euro bestraft, bei Anonymverfügung (mit Messgeräten festgestellte Überschreitung) mit 30 Euro. Mehr als 10 km/h bis 20 km/h führen zu 35 bzw. 45 Euro Strafe; mehr als 20 km/h bis 30 km/h zu 50 beziehungsweise 60 Euro. Mehr als 30 km/h Übertretung führen zu Strafen von mindestens 70 Euro, nicht nur auf Autobahnen, sondern generell. Ab 40 km/h über der erlaubten Geschwindigkeit innerorts und 50 km/h im Freiland sind 150 Euro (bis 2180 Euro) zu bezahlen.

Zur Überschätzung der eigenen Fähigkeiten kommt ein unrealistischer Optimismus hinzu, im Sinn eines „Mir wird schon nichts passieren“-Denkens.

## Burgenland

Bewusstseinsbildung beginnt im Ort

### EKKO – Energiekonzepte auf kommunaler Ebene

#### EISENSTADT

Landesrätin Verena Dunst, zuständiges Regierungsmitglied für Umweltschutz und Dorferneuerung, und DI Hans Binder von der Burgenländischen Energieagentur, präsentierten im TZ Eisenstadt eine Zwischenbilanz des Projektes EKKO, bei dem intelligente und umsetzbare Energiekonzepte für Kommunen gemeinsam mit den Gemeinden und der Bevölkerung erarbeitet werden sollen. Derzeit beteiligen sich 48 Ortschaften an dieser Initiative. „Klimaschutz ist eine ganz große gemeinsame Herausforderung. Wir können diese Herausforderung

nur dann bewältigen, wenn alle Ebenen mit einbezogen werden: Land, Wirtschaft, die Bürgerinnen und Bürger – und natürlich auch die burgenländischen Gemeinden. Daher wurde das Projekt EKKO als Klimaschutzoffensive auf breiter Basis gestartet“, erklärte dazu Landesrätin Verena Dunst.

EKKO, das Energiekonzept für Kommunen, behandelt in drei Phasen, nämlich einer Analyse-, einer Strategie- und einer Umsetzungsphase, Schwerpunkte wie Energieeinsparen, Energieeffizienz und Energieproduktion. 48 Gemeinden nehmen daran teil.



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Bgm. Dr. Ronald Spitze, Präsident des U.S. Städtebundes Dr. Ronald O. Loveridge, hier zwischen Oggau Bgm. Ernst Schmid, Vizepräsident des Österreichischen Gemeindebundes und LH Hans Niessl.

### Kalifornien zu Gast im Burgenland Know-how zum Schauen

#### EISENSTADT

Landeshauptmann Hans Niessl empfing am Samstag im Eisenstädter Landhaus eine Delegation aus dem U.S.-Bundesstaat Kalifornien. Angeführt vom Präsidenten des U.S.-Städtebundes, dem Bürgermeister der kalifornischen Stadt Riverside Dr. Ronald O. Loveridge. Er ist dabei Sprecher von 19.000 U.S.-amerikanischen Städten. Das besondere Interesse der Delegationsmitglieder gilt dem Umgang mit erneuerbarer Energie im

Burgenland. Im Anschluss an den Empfang bei LH Hans Niessl besuchte die Delegation das Zentrum für erneuerbare Energie in Güssing besuchen. Das Burgenland ist ein Musterland in der Energieversorgung. Schon jetzt decken wir Burgenländer 60 Prozent unseres Strombedarfs durch erneuerbare Energieerzeugung“, strich Landeshauptmann Hans Niessl abschließend die Vorbildrolle des Burgenlandes hervor.



## Kärnten

Finanzielle Entwicklung der Landesbudgets weiterhin besorgniserregend

### Gemeindebund fordert Kraftanstrengung für Sanierung der öffentlichen Finanzen

#### KLAGENFURT

Die finanzielle Entwicklung der Einnahmen des Landes Kärnten und der Gemeinden ist weiter äußerst negativ. Die Vorschüsse auf die Ertragsanteile für die Mona-

te Jänner und Februar 2010 befinden sich im Sinkflug. Die Kärntner Gemeinden müssen auf 6,3 Millionen Euro verzichten, das Land Kärnten auf rund 13,4 Millionen Euro.

Besonders besorgniserregend ist für den Präsidenten des Kärntner Gemeindebundes, Bgm. Hans Ferlitsch, aber auch die Schuldenentwicklung. Die gesamte Schuldenbelastung des Landes Kärnten liegt bereits bei 2,5 Milliarden Euro. Dagegen haben die Kärntner Gemeinden in den vergangenen Jahren äußerst vorsichtig agiert. Laut Gemeindefinanzbericht 2009 beträgt die Schuldenbelastung der heimischen Kommunen rund 690 Millionen Euro. Angesichts der Entwicklung der Einnahmen ist dringendes Handeln gefordert.

Tourismus Award

### Auszeichnung für Betriebe

#### KLAGENFURT

Bereits zum fünften Mal wird das Land Kärnten in Kooperation mit der „Kleinen Zeitung“ den Kärnten Tourismus Award, die höchste touristische Auszeichnung Kärntens, vergeben. Der diesjährige Award steht unter dem Motto „Tourismus und Kultur“ und wird auch heuer wieder im Rahmen der GAST, der 42. Internationalen Fachmesse für Gastronomie und Hotellerie, von einer hochkarätig besetzten Jury, unter anderem mit dem stv. Chefredakteur der „Kleinen Zeitung“ Kärnten, Adolf Winkler, verliehen.



Die Schuldenbelastung von Kärnten liegt bei rund 2,5 Milliarden Euro. Die Gemeinden müssen auf 6,3 Millionen Euro verzichten.

## Niederösterreich

Sicherheitsinitiative verlorste Blech-Polizisten zum Schutz vor Raser im Verkehr

# „Vinzenz“ steht zum Dienst in 30 Gemeinden bereit

Die Hypo Niederösterreich überreichte im Rahmen einer Sicherheitsinitiative gemeinsam mit dem Österreichischen Kommunalverlag nun 30 Blechpolizisten an Vertreter der Kommunen. Sie sollen Raser einbremsen und so die Verkehrssicherheit erhöhen. „Die Hypo Investmentbank pflegt langjährige Partnerschaften zu Gemeinden hinsichtlich individueller, maßgeschneiderter Finanzierungslösungen. Sicherheit ist dabei unser Hauptanliegen – gerade in Zeiten turbulenter Finanzmärkte“, erklärt Hypo-General Dr. Peter Harold „Deshalb war es für uns naheliegend, diesen Gedanken auch im Alltag greifbar zu machen.“ Alle Ge-

meinden Niederösterreichs hatten die Gelegenheit, die größten Sicherheitsprobleme in ihren Kommunen aufzuzeigen und einzuzeichnen. Unter allen Einsendungen wurden schließlich

30 gezogen – sie können sich die neuen Besitzer von „Vinzenz“, dem Blech-Hüter des Verkehrstempos, nennen. Der bekannteste Polizist des Landes soll das Bewusstsein der Verkehrsteil-

nehmer für ein kontrolliertes und aufmerksames Vorkommen im Straßenverkehr schärfen.

„Ich begrüße die Initiative der Hypo Landesbank sehr, zumal mir die Sicherheit in den Gemeinden besonders am Herzen liegt. Hier wird Vinzenz gerade im Bereich der Verkehrssicherheit eine wichtige Rolle spielen“, so LHStv. Mag. Wolfgang Sobotka, der gemeinsam mit Vorstand Harold in der Hypo Geschäftsstelle Kremser Gasse die Blechpolizisten an die Siegergemeinden übergab. Seinem Dienst wird „Vinzenz“ ab sofort in 30 Gemeinden Niederösterreichs antreten.



Kommunalverlags-Geschäftsführer und „Vinzenz-Produzent“ Michael Zimper überreichte „Vinzenz“ mit LHStv. Wolfgang Sobotka, Dr. Norbert Novohradsky und Dr. Peter Harold von der Hypo Niederösterreich.



## Oberösterreich

Aktion Wintersportwoche landesweit ein großer Erfolg

# Sensationelle Resonanz – Familienkarte bereits tausende Male ausgestellt

### LINZ

Seit diesem Winter stellt das Land Oberösterreich allen Schülerinnen und Schülern eine kostenlose Liftkarte zur Verfügung, wenn im Rahmen einer mehrtägigen Wintersportwoche der Schulschikurs in einem oberösterreichischen Schigebiet abgehalten wird. 7500 Gutscheine jeweils im Wert von 50 Euro wurden den Familien für die Liftkarte bereits ausgestellt, freut sich Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Hiesl über das sensationelle Echo der Aktion. „Mit dieser Schulschikurs-



Skifahren in Oberösterreich soll attraktiver werden ...

Offensive wollen wir einen weiteren wichtigen Baustein für die Zukunft des oberösterreichischen Wintertourismus setzen. Das Land Oberösterreich investiert in den Ausbau seiner Schigebiete, mit der Aktion

soll das Schifahren in Oberösterreich noch attraktiver werden. Es freut uns ganz besonders, dass Oberösterreich mit dieser Förderaktion eine Vorreiterrolle einnehmen wird“, so Hiesl.

Auf zu neuer Energie

# Förderung bringt viel

### LINZ

Energie-Landesrat Rudi Anschober zeigt sich zufrieden: „Mein Kurs der Energiewende, der schrittweise Umstieg von Öl und Kohle auf erneuerbare Energie und Energieeffizienz rechnet sich in jeder Hinsicht: weniger Ausgaben für Energieimporte, Absenkung der Energiekosten, neue Arbeitsplätze, sinkende CO<sub>2</sub>-Emissionen, die alleine im Bereich Raumwärme in der letzten Legislaturperiode um 35 Prozent abgesenkt werden konnten.“ Wesentliche Ursache dafür waren stabile Landesförderungen.



## Salzburg

### Mehr Kulturarbeit außerhalb der Ballungszentren „Wahre Landschaft“ mit acht Siegerprojekten gekürt

#### SALZBURG

„Bei der heuer zum vierten Mal durchgeführten Förderaktion ‚Wahre Landschaft‘ geht es wieder darum, ganz gezielt die Kulturarbeit außerhalb der Ballungszentren in den Landgemeinden hervorzuheben und zu unterstützen“, erläuterte Kulturreferent Landes-

hauptmann-Stellvertreter Mag. David Brenner bei einem Informationsgespräch: „Denn Salzburg hat auch hier eine unglaubliche Breite an innovativer Kulturarbeit, die weit über die Landesgrenzen hinausstrahlt.“ Aus 25 eingereichten Projekten wurden acht Sieger ausgewählt, Infos auf [www.wahrelandschaft.at](http://www.wahrelandschaft.at)



### 30 neue Klassen sichern Technik-Bildungsstandort Grünes Licht für Sanierung der HTL

#### SALZBURG

Die HTL am Standort in Salzburg-Itzling wird mit Errichtungskosten von rund 20 Millionen Euro um 30 Klassen und einen Turnsaal erweitert, der Altbestand wird besonders im Energiebereich saniert. Bildungsre-

ferentin Landeshauptfrau Mag. Gabi Burgstaller zeigte sich erleichtert über den nun fixierten Baubeginn: „Damit wird der Bildungsstandort abgesichert.“ Kritik übte sie über die Zusammenarbeit mit der BIG im Vorfeld des Baues.

### Initiative zeigt Bild der Unfallsituationen im Land

### Weniger Unfälle – aber mehr Tote

#### SALZBURG

Gib8! – das Verkehrssicherheitsprogramm des Landes gemeinsam mit den Partnern Kuratorium für Verkehrssicherheit, ÖAMTC, ARBÖ und Polizei brachte bereits erste Ergebnisse. Laut aktueller Statistik gibt

es unter anderem einen Rückgang von acht Prozent bei Unfällen mit Verletzungsfolgen. Schmerzlich sei allerdings die Tatsache, dass die Zahl der bei Unfällen getöteten Personen deutlich gestiegen ist.



## Steiermark

### KH Barmherzige Brüder

### Behandlung mit Niveau

#### GRAZ

Vom vielseitigen und auf Schwerpunkte spezialisierten Angebot des Krankenhauses der Barmherzigen Brüder überzeugte sich Landeshauptmann Mag. Franz Voves bei einem Rundgang durch das Haus. Neben Bauch- und Darmoperationen, Dialyse und Nierenheilkunde gibt es seit genau zwei Jahren auch die einzige Gehörlosenambulanz in der Steiermark. „Ich bin beeindruckt, mit welcher Professionalität und Menschlichkeit hier behandelt werden“, so LH Voves im Gespräch mit PatientInnen.

### Förderaktion für Betriebe

### Mehr Sicherheit für Kleinbetriebe

#### GRAZ

Mit einer gezielten Förderaktion reagiert die Landesregierung auf die stark gestiegenen Fälle von Einbrüchen in Kleinunternehmen. Die Anzahl sei um rund 16 Prozent gestiegen, warnte die Landesstelle. An dieser Aktion interessierte Unternehmer können von der Steirischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft (SFG) Förderungen bis maximal 1500 Euro in Form von Sicherheitsschecks erhalten. Gefördert wird ein Drittel der Gesamtkosten bis zu einem Höchstbetrag von 4500 Euro. Insgesamt stehen 800.000 Euro zur Verfügung.



RK-Präs. Schöpfer, LBD Kern, die neuen Kommandantinnen Evelyn Liebmann und Barbara Muhr, Univ.-Prof. Neuhold und LH Voves bei der Dekretverleihung in der Aula der Grazer Alten Universität.

### Zahlreiche neue KommandantInnen ernannt

### Unverzichtbares Engagement

#### GRAZ

Mit 27 neuen Feuerwehrkommandanten, darunter einer Frau, und 18 neuen Rot-Kreuz-Kommandanten, darunter drei Frauen, wurde das Netz der steirischen Einsatzorganisationen wesentlich verstärkt. Sie haben vor kurzem ihre Kommandantenausbildung abgeschlossen. Ihre Ernennungs-

dekrete überreichten den neuen Kommandanten am 4. Februar Landeshauptmann Mag. Franz Voves, Landesbranddirektor (LBD) Albert Kern und der Präsident des steirischen Roten Kreuzes, LR a. D. LAbg. Univ.-Prof. DDr. Gerald Schöpfer in der Aula der Grazer Universität.





## Tirol

Förderprogramm soll Regionen unterstützen

### Landeck und Osttirol am Weg zur Energieunabhängigkeit

#### TIROL

„Ich bin stolz, dass Tirol vom Umweltministerium für Landeck und Osttirol den Zuschlag erhalten hat, diese beiden Bezirke zu ‚Klima- und Energie-Modellregionen‘ zu machen“, erklärt LHStv Anton Steixner. Ziel dabei ist, das Potenzial an Energieeinsparung und erneuerbaren Energieträgern von Gemeinden und Regionen optimal zu nutzen und sie so zu Energieselbstversorgern zu machen. Für die ausgewählten Modellregionen stehen maximal je 100.000 Euro zur Verfügung. Die Projekte werden zu mindestens 40 Prozent

aus Eigenmitteln mitfinanziert. Die „Klima- und Energie-Modellregionen“ sind ein Förderprogramm des österreichischen Klima- und Energiefonds. „Unsere Energieversorgung steht an einem Wendepunkt. Eine revolutionäre Umgestaltung unserer heutigen Strukturen ist unumgänglich“, betont Landesenergiereferent Steixner. Mit der „Tiroler Energiestrategie 2020“ setzt Tirol auf wirksame Energie- und Klimagaseinsparungen. Dazu kommt der verstärkte Einsatz erneuerbarer Energien. In Landeck wird auf Wasserkraft gesetzt in Osttirol auf Biomasse.

Unausgeglichenheit bei Wohnbauförderungen

### Mythos Rückzahlung für schelles Geld

#### INNSBRUCK

„Wenn man sich richtig mit der Materie beschäftigt, so wäre vor allem den nächsten Generationen ein Bärenservice geleistet“, räumt LHStv. Hannes Gschwentner mit dem Mythos, wonach eine begünstigte Rückzahlung der

Wohnbauförderung die Lösung für schnelles Geld ins Landesbudget wäre, auf.



LHStv. Hannes Gschwentner.

Verein bekommt Unterstützung vom AMS Tirol

### Integration von Langzeitarbeitslosen

#### INNSBRUCK

Langzeitarbeitslose Personen durch Betreuung und Beratung auf die Reintegration in den Arbeitsmarkt vorbereiten und bei der Arbeitssuche zu unterstützen – das ist das Ziel des Pro-

jekts „AKI-FAIR“ des Vereins Initiative 40 Tirol.

Das Land gewährt dafür nun einen Beitrag von 50.000 Euro.

Hauptfinanzierer ist das Arbeitsservice Tirol.



## Vorarlberg

Schutz der Jugend

### Neues Thema Mediensucht

#### BREGENZ

Handy, PC, Internet und Spielekonsolen sind für Jugendliche aus dem Alltag nicht mehr wegzudenken. Fast jedes zwölfjährige Kind kennt sich im Internet und in der mobilen Kommunikation besser aus als seine Eltern. Doch unreflektierter Medienkonsum oder missbräuchlicher Umgang mit virtuellen Welten können für die Jugendlichen leicht zur Sucht werden. Deshalb unterstützen die Vorarlberger Landesregierung und die Gemeinden im Rahmen des Sozialfonds das neue Supro-Projekt „Gateway – Abenteuer Neue Medien“ heuer mit 26.000 Euro.

Landtagspräsidentin will vernetztes Handeln

### Energiereform von Unten



Gemeinsame Sitzung des Energiepolitischen-, Umwelt- und Volkswirtschaftlichen Ausschusses. Foto: VLK/H. Pfarmaier

#### BREGENZ

„Wir wollen in Vorarlberg unser besonderes Augenmerk auf Nachhaltigkeit in den Bereichen Umwelt und Energie richten. Das im Energiekonzept des Landes festgeschriebene Ziel, bis zum Jahr 2050 die Energieautonomie zu erreichen, er-

fordert ein breit getragenes, vernetztes Handeln.“ Das sagte Landtagspräsidentin Bernadette Mennel im Landhaus bei der gemeinsamen Sitzung des Energiepolitischen Ausschusses, des Umweltausschusses und des Volkswirtschaftlichen Ausschusses.

EU-Förderungen bis 2013

### Geld wird zu Wirtschaft

#### BREGENZ

Die EU fördert die „Regionale Wettbewerbsfähigkeit Vorarlberg“ bis 2012 mit rund 35 Mio. Euro. 65 Projekte wurden bereits bewilligt, 60 Prozent des Geldes wurde noch nicht vergeben. Auf der einen Seite geht es um betriebliche Innovationen sowie Forschung und Entwicklung, d. h. die Förderung von Technologie-, Forschungs- und Netzwerkeinrichtungen und die Verbesserung des Wissenstransfers. Auf der anderen Seite stehen regionale Wachstumsstrategien im Vordergrund.



## Südtirol

## Weiterbildung im Wandel

## 30 Prozent der Schulungen bereits gemeindeintern

## BOZEN

Die Weiterentwicklung jeder Organisation hängt vom Entwicklungspotential seiner Führungskräfte und Mitarbeiter ab. Immer mehr Führungskräfte haben inzwischen erkannt, dass es ihre Aufgabe ist, das Entwicklungspotential der Mitarbeiter zu wecken, um es optimal in die Organisation einzubringen. Hierfür bietet das gemeinsame Lernen in der Organisation die intensive Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch und zum Üben neuer Verhaltensweisen.

Das gemeinsame Erarbeiten von Seminarinhalten unterstützt deren effizienten Transfer in den Arbeitsalltag. Veränderungen oder Verbesserungen kommen zu effektiven Ergebnissen, Projekte lassen sich leichter umsetzen. Das Zusammengehörigkeitsgefühl und die Zuverlässigkeit werden gefördert, wenn sich Führungskraft und Mitarbeiter gemeinsam daran beteiligen. Zudem haben die Führungskräfte die Möglichkeit zu beobachten, ob die Mitarbeiter das Gelernte auch im Alltag anwenden, was wiederum im Mitarbeitergespräch berücksichtigt werden kann – insbesondere, wenn über die Aus- und Weiterbildung gesprochen wird und konkrete Ziele vereinbart werden. Entsprechend kann dies auch einen Einfluss auf die Mitarbeiterbewertung haben. Die Verwaltungsschule des Südtiroler Gemeindenverbandes hat sich an diese neuen Anforderungen entsprechend angepasst. 30 Prozent der Weiterbildungsveranstaltungen wer-

den bereits gemeinde-intern durchgeführt. Inhalte und Ablauf der Seminare, Workshops oder Trainings werden den speziellen Bedürfnissen und Ansprüchen der Verwaltungen angeglichen. Die Ziele der internen Weiterbildung orientieren sich an den Zielen der Verwaltung. Dadurch wird die Umsetzung der Inhalte bzw. Trainings in den Arbeitsalltag wesentlich erleichtert. Zusätzlich reduzieren sich die dienstlichen Abwesenheiten der Teilnehmer wegen der entfallenen Reisezeiten.

Die Themenpalette reicht von der Teamfähigkeit, der Konfliktfähigkeit, den kommunikativen Kompetenzen oder dem vernetzten Arbeiten über die Arbeitsorganisation bis hin zur Arbeitssicherheit. Diese Form der Weiterbildung erfreut sich – egal ob zu fachlichen oder persönlichkeitsbildenden Themen – immer größerer Beliebtheit. Denn die Vorteile von internen Veranstaltungen liegen auf der Hand. Sie sind eine gute Form, Persönlichkeitsentwicklung vor Ort nutzorientiert, zeit- und kostensparend durchzuführen. Zudem kann die Nachhaltigkeit gewährleistet werden.

Dr. Gudrun Troi

leitet die Verwaltungsschule des Südtiroler Gemeindenverbandes

## Kontakt

Südtiroler  
Gemeindenverband  
Genossenschaft,  
Kanonikus-Michael-  
Gamper-Straße 10,  
I-39100 Bozen  
Tel 0039-0471-304655,  
Fax 0039-0471-304625  
Email: [info@gvcc.net](mailto:info@gvcc.net)



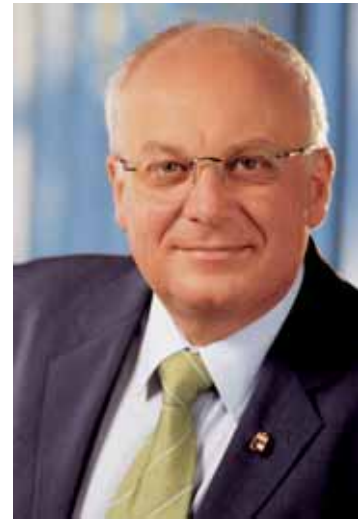
## Salzburg

Förderer, Bewahrer und treibende Kraft

## Franz Schausberger feiert 60. Geburtstag

## SALZBURG

Franz Schausberger hat seit 1969 (Vorsitz in der ÖH an der Universität Salzburg) insgesamt 38 Jahre für Salzburg und die ÖVP Salzburg gearbeitet: unter anderem war er vier Jahre Landesobmann der Jungen ÖVP, zehn Jahre ÖVP-Landesgeschäftsführer, 17 Jahre Abgeordneter zum Salzburger Landtag, davon sieben Jahre Klubobmann des ÖVP-Landtagsklubs, sowie von 1996 bis 2004 Landeshauptmann von Salzburg. „Der Jubilar hat in seinem bisherigen Wirken erkennen lassen, dass es ihm in erster Linie um unser Land, um unser Salzburg geht. Das beweist eine eindrucksvolle Reihe von Großvorhaben, die auch in Zukunft untrennbar mit dem Namen Franz Schausberger verbunden sein werden, genauso wie große inhaltliche und politische Erfolge, aber natürlich auch der Wahlausgang im Jahr 2004“, so LHStv. Wilfried Haslauer. Schausberger war Gastgeber vieler Staatsbesuche in Salzburg, des Zentral- und Mitteleuropäischen Staatspräsidentengipfels in Salzburg (mit insgesamt 19 Staatspräsidenten – das gab es in Österreich seit dem Wiener Kongress nicht mehr). Er hat sogar das World Economic Forum (WEF) nach Salzburg gebracht. Schausberger hat als Landesgeschäftsführer der ÖVP Salzburg viele Weichen gestellt. „Franz Schausberger ist für mich als Mensch, als Funktionär, aber auch als Politiker Vorbild. Als Landesgeschäftsführer der ÖVP Salzburg war er hauptverantwortlicher Wahl-



Franz Schausberger

kampfmanager für zwei Landtagswahlen“, sagt ÖVP-Landesgeschäftsführer Mag. Toni Santner.

## Wien

Neuer ÖGL-Präsident

## Norbert Böhm ab sofort im Amt

## WIEN

Ing. Norbert Böhm, Leiter der Abteilung für Fernleitungen der Fernwärme Wien GmbH, übernimmt ab sofort den Vorsitz des Vorstandes der ÖGL, Österreichische Vereinigung für Grabenloses Bauen und Instandhalten von Leitungen. Böhm folgt in seiner Eigenschaft als Vorstandsvorsitzender der Branchenplattform für grabenlose Technologien Robert Selinger, MBA, der weiterhin im Vorstand verbleibt, nach.

[www.grabenlos.at](http://www.grabenlos.at)



Norbert Böhm

## Burgenland

Neue Bürgermeister in Stinaz und Wörterberg

### Farbwechsel in Gemeinden

**STINAZZ & WÖRTERBERG**  
Die Bürgermeisterwahlen in Stinaz und Wörterberg (beide im Bezirk Güssing) sind geschlagen. In beiden Ortschaften haben sich die politischen Verhältnisse in Sachen Bürgermeister umgedreht. Insgesamt waren 1147 Personen in Stinaz wahlberechtigt.

#### Stinaz: Machtwechsel nach 60 Jahren

In Stinaz heißt der neue Bürgermeister Andreas Grandits (ÖVP). Er hat 548 Stimmen bekommen, der SPÖ-Kandidat Otto Zsivkovits erhielt 523 Stimmen. Erstmals seit 1950 wird Stinaz damit von einem ÖVP-Bürgermeister regiert. Grandits hat zum fünften Mal kandidiert. „Ich habe mir Chancen errechnet, Bürgermeister zu werden, aber so sicher war es nicht. Es war sicherlich harte, konsequente, sachlich konstruktive Arbeit in den letzten Wochen, Monaten, Jahren und Jahrzehnten“, so der neue Bürgermeister.

Bei der Bürgermeisterwahl 2007 lag die SPÖ mit drei Stimmen hauchdünn vor der ÖVP, nun steht in der südburgenländischen Ortschaft ein Ortschef der ÖVP einem SPÖ-dominierten

Gemeinderat gegenüber. Bei den Gemeinderatswahlen 2007 erreichte die SPÖ in Stinaz zehn, die ÖVP neun Gemeinderatssitze. Die Kräfteverhältnisse im Gemeinderat lauten nun: Die ÖVP stellt sechs und die SPÖ fünf Gemeinderäte.

#### Wörterberg: 92 Prozent Wahlbeteiligung

In Wörterberg hat der SPÖ-Kandidat Kurt Wagner die Wahl gewonnen - und zwar mit 57 Prozent der Stimmen. Wagner hat 236 Stimmen bekommen. Sein Gegenkandidat Klaus Gerhart von der ÖVP erhielt 177 Stimmen, das sind 43 Prozent. Kurt Wagner ist seit acht Jahren in der Gemeindepolitik tätig und war zuletzt Vizebürgermeister. Er freut sich, den Bürgermeistersessel von der ÖVP erobert zu haben.

„Durch meine sehr gute Aufbauarbeit ist es mir gelungen, innerhalb von diesen acht Jahren die Gemeinde oder zumindest den Bürgermeister zu erringen“, so der neue Ortschef.

Insgesamt waren 452 Menschen wahlberechtigt, 415 Wähler schritten tatsächlich zu den Urnen, was eine Wahlbeteiligung von knapp 92 Prozent bedeutet.

## Oberösterreich

Amtsleiter Karl Pfeil feierte seinen 50er

### Seit 34 Jahren im Gemeindedienst

#### NEBELBERG

Der Amtsleiter der Gemeinde Nebelberg, Karl Pfeil, feierte Ende Jänner seinen 50. Geburtstag. Bereits seit 34 Jahren steht



Karl Pfeil,

Pfeil im Dienste der Gemeinde Nebelberg, er leitet das Gemeindegemeinschaftsamt seit 1987. In jugendlichen Jahren hat er als Spielertrainer große Erfolge mit der Fußballmannschaft Kollerschlag gefeiert.

Trauer um Seibersdorfer Ortschef

### Paul Renner Ende Jänner gestorben

#### SEIBERSDORF

Zwei Monate vor der NÖ Gemeinderatswahl stehen die 1400 Einwohner der Gemeinde Seibersdorf (Bezirk Baden) unter Schock, nachdem am 23. Jänner 2010 Langzeitbürgermeister Paul Renner im Alter von 73 Jahren verstorben ist. Er starb nach langer Krankheit. Renner erlernte im Hotel Ambassador (Wien) den Beruf Koch, den er bis zu seiner Pensionierung 1998 ausübte. Bereits 1965 wurde er in den Gemeinderat gewählt, um von da an die Geschicke seiner Heimatge-



Paul Renner, 1937-2010

meinde maßgeblich mitzugestalten. Seit der Zusammenlegung der Katastralgemeinden Deutsch-Brodersdorf und Seibersdorf zur Marktgemeinde Seibersdorf im Jahre 1972 übte Paul Renner das Amt des Bürgermeisters aus. Seine Amtsleitung ist untrennbar mit dem wirtschaftlichen Aufstieg der Marktgemeinde verbunden. Zahlreiche kommunale Einrichtungen entstanden in seiner Zeit. Zuletzt (2005) erreichte Paul Renner bei den Bürgermeisterwahlen fast 80 Prozent.

## Für Verdienste um die Republik

### Ehrungen des Bundes

#### Mit Entschließung vom 13. Jänner 2010 hat Bundespräsident Dr. Heinz Fischer verliehen:

Das Goldene Verdienstzeichen der Republik an  
▶ **Johann Peter**, Fachoberinspektor und Bürgermeister i. R. der Marktgemeinde Aigen im Mühlkreis, OÖ

#### Mit Entschließung vom 15. Jänner 2010

Das Silberne Verdienstzeichen der Republik Österreich an

- ▶ **Franz Hauser**, Vizebürgermeister der Gemeinde Berg im Attergau, Oberösterreich.
- ▶ **Georg Wimmer**, Gemeinderat der Stadtgemeinde Marchtrenk, Oberösterreich

Die Goldene Medaille für Verdienste um die Republik an

- ▶ **Ludwig Wimmer**, ehem. Gemeindevorstand der Gemeinde Buchkirchen, Oberösterreich.

#### Mit Entschließung vom 27. Jänner 2010

Das Silberne Verdienstzeichen der Republik an

- ▶ **Alexander Ellmayer**, ehem. Vizebürgermeister der Gemeinde Innerschwand am Mondsee, Oberösterreich

Die Goldene Medaille für Verdienste um die Republik an

- ▶ **Augustine Saxinger**, ehem. Gemeinderätin der Gemeinde Heiligenberg im Mühlkreis, Oberösterreich

#### Mit Entschließung vom 29. Jänner 2010

Die Goldene Medaille für Verdienste um die Republik an

- ▶ **Werner Böcksteiner**, ehem. Gemeinderat der Gemeinde Hagenberg im Mühlkreis, Oberösterreich
- ▶ **Josef Aichinger**, ehem. Gemeinderat der Marktgemeinde Hagenberg im Mühlkreis, Oberösterreich

## Info-Broschüren

### Leitfaden und Historie Elektromobilität und Energie

**Elektrofahrzeuge** leisten wesentliche Beiträge zur Reduktion der Emissionen und des Energieverbrauchs. Wird der Strom noch dazu aus erneuerbaren Energiequellen produziert, wird Mobilität nahezu ohne Emissionen und Schadstoffe möglich. Dieser Leitfaden informiert mit Praxisbeispielen über Einsatzmöglichkeiten von Elektrofahrzeugen und bietet Informationen zu den klima:aktiv mobil Beratungs- und Förderungsangeboten. **„Erneuerbare Energie in**



**Zahlen – Die Entwicklung erneuerbarer Energie in Österreich im Jahr 2008“.** Das Lebensministerium will mit dieser



Broschüre Interesse am Thema Klimaschutz und erneuerbare Energien wecken. Österreich zählt zu den führenden Ländern bei der Entwicklung, Vermarktung und Nutzung von nachhaltigen Energietechnologien. Gemeinsam ist es möglich, diese Position weiter auszubauen.

### Die Broschüren

Beide Broschüren sind zum Gratis-Download auf [www.publikationen.lebensministerium.at](http://www.publikationen.lebensministerium.at)

## Ratgeber

### Für gute Nachbarschaft Recht und Pflicht als Hausherr oder Grundbesitzer

„Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem Nachbarn nicht gefällt!“, lautet ein Sprichwort. Doch man kann viel tun, um Streitsituationen von vornherein zu vermeiden und sich über seine Rechte und Pflichten als Hausherr, Grund- oder Wohnungsbesitzer zu informieren. Bei MANZ ist Ende Jänner ein handlicher Ratgeber erschienen, der mit nützlichen Tipps und Hinweisen u. a. folgende Fragen klärt:

- ▶ Wohnung, Haus, Schrebergarten und Schani-gärten – wo sind die Grenzen des eigenen Reichs?
- ▶ Was kann man tun, wenn einer stört: Lärm, Licht ...
- ▶ Welche Wegerechte gibt es und was darf man in Gemeinschaftsräume im Haus?
- ▶ Hecken, Zäune und Grenzsteine: Was darf sein, was ist verboten?
- ▶ Welche Rolle spielt der Hausverwalter?
- ▶ Was nützt eine Rechtsschutzversicherung – wann muss man zum Anwalt?



### Das Buch

Dornhackl/Dornhackl, „Recht unter Nachbarn“, MANZ 2009. 18,80 Euro. ISBN 978-3-214-07300-8 Kundenbestellungen telefonisch unter (01) 531 61-100 oder per E-Mail an [bestellen@manz.at](mailto:bestellen@manz.at)

## DVD-Tipp

### Der Zweite Weltkrieg – 1939-1945 Zeitgeschichte im ORF Größte Katastrophe des 20. Jahrhunderts

Der Zweite Weltkrieg, das von Adolf Hitler entfesselte Massensterben, beginnt mit der Eroberung Polens und endet 1945 als größte Katastrophe des 20. Jahrhunderts. Nach dem „Anschluss“ und in den folgenden Kriegsjahren werden mehr als 1,2 Millionen Österreicher zur Wehrmacht eingezogen. Rund 250.000 brachte der befohlene Fronteinsatz den Tod. Die größte Katastrophe des 20. Jahrhunderts kostete mindestens 55 Millionen Menschen das Leben: dar-



unter sechs Millionen Juden, die dem Holocaust zum Opfer fielen, und vier Millionen Angehörigen der unterschiedlichsten Volksgruppen.

### DVD-Set

Der Zweite Weltkrieg – 1939 bis 1945, Zeitgeschichte im ORF, 2er-DVD-Set mit Booklet; Hoanzl VertriebsgmbH., Arbeitergasse 7, 1050 Wien **Bestellannahme** Tel.: 01/588 93 – 11 Fax: 01/588 93 – 58 [vertrieb@hoanzl.at](mailto:vertrieb@hoanzl.at) [www.hoanzl.at](http://www.hoanzl.at)

## KOMMUNAL-international

Italien: Zwei Fliegen mit einer Gesetzesänderung?

### Gemeinde will eigenes Bordell und mit Einnahmen Steuern abschaffen

#### LOMBARDORE

Zur Bekämpfung der Straßenprostitution will ein Dorf bei Turin ein Gemeindebordell einrichten und es selbst verwalten. Die Einnahmen sollen die von den Bürgern gezahlten kommunalen Steuern ersetzen. Der Gemeinderat will sich daher an das Parlament in Rom wenden, damit das Gesetz abgeschafft wird, das in Italien Bordelle verbietet. „Wir wissen schon, wo das kommunale Bordell entstehen soll. Es handelt sich um eine ehemalige Fabrik an der Peripherie der Gemeinde. Es kann zu einem netten und diskreten Ort werden, wo jeder Volljähri-

ge hingehen kann. So befreien wir unsere Straßen von der Prostitution“, wurde der Bürgermeister der 1500-Seelen-Gemeinde Lombardore von der Turiner Tageszeitung „La Stampa“ zitiert. Auf den Straßen außerhalb der Gemeinde floriert seit Jahren die Prostitution. Dutzende Mädchen aus Osteuropa warten dort auf Kunden. Die Freier lassen sich auch durch eine Strafandrohung von 400 Euro nicht abschrecken. Seit Jahren wird in Italien über eine Legalisierung von Prostitution diskutiert. Dagegen wehren sich vor allem Frauenverbände und katholische Organisationen.

9. & 10. September: Österreichs größte Leistungsschau für Gemeinden

# „Da finden wir alles ...“

Für die Vertreter der Gemeinden Österreichs bedeutet die Kommunalmesse, alles an einem Ort zu haben. „Bei der Kommunalmesse, da finden wir alles was eine Gemeinde braucht“, so der Tenor. Am 9. und 10. September findet die Messe im Rahmen des 57. Österreichischen Gemeindetages auf dem Grazer Messegelände statt.

„Bei der Kommunalmesse, da finden wir alles, was eine Gemeinde braucht. Gleichzeitig, trifft man dort auf tausende Gemeindevertreter aus ganz Österreich, da gibt es immer etwas Neues, auch Bundespolitisch hört man, was sich so tut“, erklärt der Bürgermeister von Unterwart Josef Horvath. Schon seit den vergangenen zehn Jahren fährt er mit einer kleinen Gruppe an Gemeindevetretern zur Kommunalmesse. Was er ebenfalls erwähnen möchte ist, dass dort auch kulturell immer eine Überraschung wartet. „Jedes Jahr lernen wir neue Orte kennen, und dann sind wir gleichzeitig mitten im Geschehen, das finde ich sehr gut“, so Horvath. Michael Zimper, Geschäftsführer des Österreichischen Kommunalverlages, präzisiert: „Unser seit Jahren bewährtes Konzept, die Fachtagung im Rahmen des Gemeindetages in das Messegesehen zu integrieren, gibt sowohl den Ausstellern, als auch den Besuchern die Möglichkeit, in angenehmer Atmosphäre die für sie so wichtigen Kontakte zu pflegen.“

## Fachtagung ergänzt

Am 9. September wird es zudem eine Fachtagung zum Thema „Energieeffizienz / -autarkie von Ge-

Das Thema „Energieeffizienz und Energieautarkie“ spielt gerade für die Gemeinden eine wichtige Rolle, da in den Kommunen die Möglichkeiten für die ersten Schritte zur Energieunabhängigkeit besonders groß sind.

meinden“ mit anschließender Podiumsdiskussion geben. Daran werden Bundesminister Niki Berlakovich und hochrangige Experten aus Politik und Wirtschaft teilnehmen. Dieses Thema, das seit Monaten die Menschen des Landes beschäftigt, spielt gerade für den kommunalen Raum eine besonders wichtige Rolle, da in den Gemeinden die Möglichkeiten für die ersten Schritte zur Energieunabhängigkeit besonders groß sind.

## Alles für Gemeinden

Die Aussteller der Kommunalmesse zeigen ihre Produkte und Leistungen aus den Bereichen Abfallwirtschaft, Recycling und Umweltschutz, Ausstattung kommunaler und öffentlicher Einrichtungen, Energiewirtschaft, Errichtung und Sanierung kommunaler Bauten, Finanzdienstleistungen, Gebäudemangement, IT-Wirtschaft und E-Government, Katastrophen- und Hochwasserschutz,

kommunale Fahrzeuge und Geräte, Mietmaschinen/ Geräte, Sicherheitsdienste, Straßenerhaltung/Winterdienst, Verbände und Organisationen, Verkehrstechnik und -sicherheit, Verkehrswegebau, Verwaltung, Hardware, Software, Schulung, Verwaltungsreform, Wasserwirtschaft und vieles mehr.

Auf der einen Seite lernen dort die Vertreter der Wirtschaft die Wünsche und Anliegen ihrer Kunden kennen, was ein Anstoß für neue Entwicklungen sein kann, und auf der anderen Seite können sich die Konsumenten, also die Gemeindevandatare und Bürgermeister, über die neuesten Entwicklungen informieren. „Mit jährlichen Gesamtausgaben von rund 16 Milliarden Euro sind die Gemeinden immer noch der größte öffentliche Investor Österreichs, sie investieren mehr als die Bundesländer und der Bund zusammengenommen“, bringt es Zimper auf den Punkt.

## Jetzt gute Plätze sichern!

Der Verkauf für die einzelnen Messestände ist bereits voll im Gange. Zahlreiche Anmeldungen und ein riesiges Interesse von Seiten der Wirtschaft bestärken die Bedeutung der Kommunalmesse 2010. Je früher die Aussteller sich einen Stand sichern, desto mehr Spielraum haben sie bei der Platzauswahl im modernen Messegelände Graz. Zusätzlich vereinfacht wird die Standauswahl durch den direkten Zugang zur Ausstellungsfläche über die Homepage [www.kommunalverlag.at](http://www.kommunalverlag.at).

## Information

Österreichischer  
Kommunalverlag  
Löwelstraße 6, 1010 Wien  
Tel.: 01/532 23 88  
Fax.: 01/532 23 88/22  
E-Mail: [kommunalverlag@kommunal.at](mailto:kommunalverlag@kommunal.at)  
Web: [www.kommunal.at/kommunalmesse](http://www.kommunal.at/kommunalmesse)



## Vorschau auf Ausgabe 4/2010 (April):

## KATASTROPHENSCHUTZ



Foto: photos.com

Katastrophenschutz hat auch ein „Nachspiel“

## Denn das Leben muss weitergehen

Dass man sich vor einem Jahrhunderthochwasser oder einer großen Lawine nicht zu 100 Prozent schützen kann, das wissen die Menschen in Österreich. Wenn einmal die Dämme brechen oder die zahlrei-

chen anderen Schutzmaßnahmen versagen, stehen die Gemeinden und die Bevölkerung vor der Riesenaufgabe, den Ort wieder aufzubauen – denn das Leben muss weitergehen. Welche Hilfen es wo gibt, welche Quellen man „anzapfen“ kann, dem geht KOMMUNAL im April nach und versucht einen Überblick.

### EHRUNGEN UND AUSZEICHNUNGEN

#### Ehre, wem Ehre gebührt

Trotz allem, was in diversen Boulevardmedien zu lesen ist, haben die Tausenden der österreichischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Gemeindemandatäre und -mandatarinnen, die Amtsleiter und Ortsvorsteher und kommunalen Mitarbeiter für ihre Arbeit eine Auszeichnung verdient. Und der Staat ehrt seine verdienten Mitarbeiter auch mit Ehrungen und Auszeichnungen. Ein Überblick über eine altehrwürdige Tradition in KOMMUNAL.



Foto: Bundesheer

### KONTAKT

#### So erreichen Sie uns:

KOMMUNAL  
Löwelstraße 6, 1010 Wien  
Fax: 01/532 23 77  
Web: [www.kommunal.at](http://www.kommunal.at)

Mag. Sabine Brüggemann  
Tel.: 01/532 23 88 – 12  
[sabine.brueggemann@kommunal.at](mailto:sabine.brueggemann@kommunal.at)

Mag. Alexander Palaschke  
Tel.: 01/532 23 88 – 14  
[alexander.palaschke@kommunal.at](mailto:alexander.palaschke@kommunal.at)

Patrizia Poropatits  
Tel.: 01/532 23 88 – 30  
[patrizia.poropatits@kommunal.at](mailto:patrizia.poropatits@kommunal.at)

## In dieser Ausgabe:

### Fach- und Serviceinformationen für die öffentliche Hand

▶ Altstoff Recycling Austria AG	43
▶ Bundesministerium für Land u. Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft	34
▶ Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend	38
▶ Bundesministerium für Finanzen	32
▶ Bundesministerium für Inneres	27
▶ Fachverband der Stein- und keram. Industrie Betonwerbung	55
▶ FFG Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft mbH	30
▶ Gesundheit Österreich GmbH, Geschäftsbereich Fonds Gesundes Österreich	37
▶ Hochfilzer GmbH & Co KG	49
▶ Immorent AG	48
▶ Kommunalkredit Austria AG	54
▶ Mascot GmbH	59
▶ Microsoft Österreich GmbH	38
▶ Österreichisches Institut für Schul- und Sportstättenbau ÖISS	42
▶ Österreichischer Kommunalverlag	24 & 38
▶ Österreichische Post AG	47
▶ Familienfreundliche Gemeinde	36
▶ Österreichischer Wirtschaftsbund	22

## Vorschau auf Ausgabe 3/10 (März):

### FUHRPARK UND GERÄTETECHNIK

#### ▶ Auch in schlechten Zeiten rollen kommunale Räder

Die Gemeinden schaffen die Freiräume, in denen das vielgerühmte „kommunale Leben“ stattfindet. Gemeindegärtner und Arbeiter legen die Grünflächen an und pflegen die Parks, die grünen Lungen der Gemeinden. Und die Gemeinden bauen die Straßen, auf denen der Nahversorgungsverkehr läuft.

In Summe geben die Gemeinden geschätzte zwei Milliarden Euro in den Bereichen Ortsbildpflege, Altstadterhaltung Wohnbau, Fremdenverkehr, Straßen und Park- und Badeanlagen aus (Schätzungen nach der VRV).

### FREIZEIT- UND TOURISTIKEINRICHTUNGEN

#### ▶ Tourismus für Gemeinden unersetzbar

**1,9 Milliarden Euro:** Das ist die Summe, die die Gemeinden Österreichs in Fremdenverkehr, Kunst- und Kultur, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, aber auch Gesundheit stecken. Jeder dieser Bereiche ist untrennbar mit „Tourismus“ verbunden, denn wenn nur ein Bereich ausfällt, findet „Tourismus in der Gemeinde“ nicht statt.



WHERE THE NEW EUROPE IS BUILT.  
18 – 20 MAY 2010 MESSE WIEN, VIENNA

[WWW.REALVIENNA.COM](http://WWW.REALVIENNA.COM)

**Register  
now!**



# REAL VIENNA

THE REAL ESTATE AND INVESTMENT FAIR FOCUSED ON CENTRAL & EASTERN EUROPE

Organised by  
**Reed Exhibitions<sup>®</sup>**  
Messe Wien

Associated with:  
**ISTANBUL REstate**  
THE ORGANISATION FOR REAL ESTATE AND INVESTMENT FAIR

Supported by:  
**City of Vienna** **GEWINN**  
ÖSTERREICHISCHES VERBUNDKAPITAL

**Austrian**  
Official Carrier

# WAS TUT DIE KOMMUNALKREDIT FÜR ÖSTERREICH?

Infrastruktur ist die Basis für eine erfolgreiche Zukunft. Aus diesem Grund legt die Kommunalkredit ihren strategischen Fokus auf die Finanzierung von Infrastrukturprojekten, die einer breiten Öffentlichkeit zugänglich sind. **Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Energieversorgung, Anlagen der Wasserwirtschaft sowie der Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs** sind für die Allgemeinheit unerlässlich. Jeder hat einen Nutzen davon. Unser Know-how und unsere Erfahrung sind bedeutendes Kapital für **Städte und Gemeinden**, damit sie ihre Vorhaben erfolgreich umsetzen können. Investitionen in öffentliche Infrastruktur sind ein wichtiger Motor für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und die Sicherung der Zukunft.



**WASSERKRAFT** als sauberer Stromlieferant



**NACHHALTIGE ENERGIE** ohne Umweltbelastung



**MODERNE GESUNDHEITZENTREN** für Bürgerinnen und Bürger



**KADERSCHMIEDEN** für unsere Jugend



**SOZIALE INFRASTRUKTUR** für eine funktionierende Gesellschaft



**VERKEHRSWEGE** für rasche und sichere Verbindungen